

## **Beteiligentransparenzdokumentation**

### **Gesetz zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur Hilfe und Unterbringung psychisch kranker Menschen und zur Änderung des Thüringer Maßregelvollzugsgesetzes (Gesetz zur notwendigen Ausgestaltung des Richtervorbehalts)**

**Einbringer:**                      **Parlamentarische Gruppe der FDP**

**(Drucksache 7/5264)**

#### **Inhalt**

- 1. Drucksache**
- 2. Vom Einbringer übersandte Daten (Vom Einbringer wurden bisher keine Daten übersandt.)**
- 3. Im Rahmen des parlamentarischen Anhörungsverfahrens eingebrachte Beiträge**
- 4. Eigeninitiativ eingebrachte Beiträge**
- 5. Weitere Beiträge (Keine Dokumente vorhanden)**
- 6. Diskussionsforum (Keine Dokumente vorhanden)**

Gemäß § 1 Abs. 1 Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteildokG) wird beim Landtag eine öffentliche Liste der an Gesetzgebungsverfahren beteiligten natürlichen und juristischen Personen geführt (Beteiligentransparenzdokumentation). Dieses Dokument wurde aus den zum Gesetzgebungsverfahren in der Beteiligentransparenzdokumentation vorhandenen Dokumenten und Informationen zum Zweck des Downloads automatisch erstellt.

Stand: 29. September 2022

## **1. Drucksache**

## **G e s e t z e n t w u r f**

### **der Parlamentarischen Gruppe der FDP**

#### **Gesetz zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur Hilfe und Unterbringung psychisch kranker Menschen und zur Änderung des Thüringer Maßregelvollzugsgesetzes (Gesetz zur notwendigen Ausgestaltung des Richtervorbehalts)**

##### **A. Problem und Regelungsbedürfnis**

Mit dem Thüringer Gesetz für psychisch kranke Personen (ThürPsychKG) vom 2. Februar 1994 (GVBl. S. 81), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Thüringer Gesetzes zur Neuregelung der als Maßregel angeordneten Unterbringung und ähnlicher Unterbringungsmaßnahmen vom 8. August 2014 (GVBl. S. 545), wurden im Freistaat Thüringen Hilfen und Schutzmaßnahmen für psychisch erkrankte Menschen gesetzlich geregelt.

Für strafrechtlich auffällig gewordene psychisch erkrankte Menschen trifft das Thüringer Maßregelvollzugsgesetz (ThürMRVG) vom 8. August 2014 (GVBl. S. 545) entsprechende Regelungen. Das Thüringer Maßregelvollzugsgesetz wurde zuletzt durch Gesetz zur Änderung des Thüringer Maßregelvollzugsgesetzes vom 8. Oktober 2020 (GVBl. S. 503) geändert.

Das Bundesverfassungsgericht hat mit Urteil vom 24. Juli 2018 (2 BvR 309/15, 2 BvR 502/16) zur Zulässigkeit von Fixierungen bei untergebrachten Personen Anforderungen an entsprechende Regelungen in den Landesgesetzen formuliert.

Die bisherigen Regelungen zur Fixierung sowohl im Thüringer Gesetz zur Hilfe und Unterbringung psychisch kranker Menschen als auch im Thüringer Maßregelvollzugsgesetz genügen diesen verfassungsrechtlichen Anforderungen an die Anordnung und Durchführung von Fixierungen nicht. Diese Regelungen werden im Gesetzentwurf den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts angepasst. Insbesondere sind Änderungen bezüglich des Richtervorbehalts, der Betreuung und Überwachung der betroffenen Personen während der Fixierung, der ärztlichen Anordnung einer Fixierung und des Hinweises auf das Recht zur gerichtlichen Überprüfung enthalten.

##### **B. Lösung**

Die Erfordernisse aus der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zur Zulässigkeit von Fixierungen werden umgesetzt.

**C. Alternativen**

keine

**D. Kosten**

Die Umsetzung der Rechtsprechung verursacht zusätzliche Personal- und Sachkosten bei der Justiz in noch nicht sicher quantifizierbarem Umfang. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass der Richtervorbehalt für Fixierungen, die absehbar länger als 30 Minuten andauern, bereits heute geltendes Recht ist, da das Bundesverfassungsgericht davon ausgeht, dass der Richtervorbehalt in diesen Fällen unmittelbar aus dem Grundgesetz folgt.



**Gesetz zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur Hilfe und Unterbringung psychisch kranker Menschen und zur Änderung des Thüringer Maßregelvollzugsgesetzes  
(Gesetz zur notwendigen Ausgestaltung des Richtervorbehalts)**

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

**Artikel 1  
Änderung des Thüringer Gesetzes zur Hilfe und Unterbringung psychisch kranker Menschen**

§ 14 des Thüringer Gesetzes zur Hilfe und Unterbringung psychisch kranker Menschen in der Fassung vom 5. Februar 2009 (GVBl. S. 10), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 8. August 2014 (GVBl. S. 545) geändert worden ist, erhält folgende Fassung:

**"§ 14  
Besondere Sicherungsmaßnahmen**

(1) Bei einer gegenwärtigen erheblichen Selbst- oder Fremdgefährdung oder einer gegenwärtigen erheblichen Gefährdung bedeutender Rechtsgüter Dritter können

1. die Beschränkung des Aufenthaltes im Freien,
2. die Wegnahme von Gegenständen,
3. die Absonderung in einen besonderen Raum,
4. bei erhöhter Fluchtgefahr die Fesselung bei Ausführung, Vorführung oder Transport oder
5. die zeitweise Fixierung (Einschränkung der Bewegungsfreiheit)

angeordnet werden, wenn und solange die Gefahr nicht durch weniger einschneidende Maßnahmen abgewendet werden kann.

(2) Besondere Sicherungsmaßnahmen sind schriftlich anzuordnen, zu begründen und zu befristen. Die besonderen Sicherungsmaßnahmen nach Absatz 1 Nr. 1 bis 4 können durch die fachliche Einrichtungsleitung, eine zuständige Ärztin oder einen zuständigen Arzt oder eine zuständige Psychotherapeutin oder einen zuständigen Psychotherapeuten angeordnet werden. Eine Fixierung nach Absatz 1 Nr. 5 ist ausschließlich aufgrund der Anordnung durch eine zuständige Ärztin oder einen zuständigen Arzt zulässig. Besondere Sicherungsmaßnahmen sind jedoch unverzüglich aufzuheben, wenn die Voraussetzungen für ihre Anordnung weggefallen sind. Bei Gefahr im Verzug können die Anordnungen nach Satz 2 und Satz 3 auch mündlich erfolgen; den Vorgaben des Satz 1 ist danach unverzüglich nachzukommen.

(3) Bei Gefahr im Verzug dürfen besondere Sicherungsmaßnahmen nach Absatz 1 Nr. 1 bis 4 auch durch anderes therapeutisches oder pflegerisches Personal der Einrichtung angeordnet werden. Die entsprechenden Vorgaben des Absatz 2 sind unverzüglich nachzuholen.

(4) Wird eine Sicherungsmaßnahme nach Absatz 1 Nr. 3 und Nr. 4 vorgenommen, hat eine engmaschige Überwachung durch therapeutisches oder pflegerisches Personal zu erfolgen. Bei Sicherungsmaßnahmen nach Absatz 1 Nr. 5 ist grundsätzlich eine Eins-zu-Eins-Betreuung durch therapeutisches oder pflegerisches Personal, das ärztlich in solche Aufgaben eingewiesen wurde, zu gewährleisten. Die ärztliche Kontrolle der Sicherungsmaßnahmen nach diesem Absatz ist im erforderlichen Maß zu gewährleisten.

(5) Eine besondere Sicherungsmaßnahme nach Absatz 1 Nr. 5, durch welche die Bewegungsfähigkeit einer untergebrachten Person nicht nur kurzfristig weitgehend oder vollständig aufgehoben wird (freiheitsentziehende Fixierung), ist auf Antrag der zuständigen Ärztin oder des zuständigen Arztes nur nach vorheriger richterlicher Anordnung zulässig. Dies gilt nicht, wenn im Falle des Erwirkens einer solchen Anordnung der Gefahr nach Absatz 1 nicht rechtzeitig begegnet werden kann (Gefahr im Verzug). In diesem Fall hat die zuständige Ärztin oder der zuständige Arzt unverzüglich eine nachträgliche richterliche Genehmigung zu beantragen, es sei denn, es ist bereits eindeutig absehbar, dass die freiheitsentziehende Fixierung die Dauer von 30 Minuten unterschreitet und auch keine Wiederholung zu erwarten ist. Ist eine richterliche Entscheidung beantragt und die freiheitsentziehende Fixierung vor deren Erlangung beendet worden, so ist dies dem Gericht unverzüglich mitzuteilen.

(6) Nach Beendigung besonderer Sicherungsmaßnahmen nach Absatz 1 Nr. 3 bis 5 ist, sobald es der Zustand der untergebrachten Person zulässt, eine Nachbesprechung durchzuführen. Nach Beendigung einer besonderen Sicherungsmaßnahme nach Absatz 1 Nr. 5 ist die untergebrachte Person in einer für sie verständlichen Form durch das ärztliche Personal zudem auf die Möglichkeit einer nachträglichen gerichtlichen Überprüfung ihrer Zulässigkeit hinzuweisen.

(7) Zusätzlich zur Anordnung und Begründung sind die Art der Überwachung und Zeitpunkte für Beginn und Beendigung der besonderen Sicherungsmaßnahme, die Nachbesprechung nach Absatz 6 Satz 1 und der Hinweis auf die Möglichkeit der nachträglichen gerichtlichen Überprüfung nach Absatz 6 Satz 2 zu dokumentieren. Im Falle der Anordnung einer besonderen Schutzmaßnahme bei Gefahr im Verzug sind auch die Gründe für die Gefahr im Verzug und die zunächst anordnende Person unter Nennung ihrer Funktion zu dokumentieren.

(8) Hält sich der Patient ohne Erlaubnis außerhalb der Einrichtung auf, hat die Einrichtung eine unverzügliche Zurückführung zu veranlassen."

## **Artikel 2**

### **Änderung des Thüringer Maßregelvollzugsgesetzes**

§ 26 des Thüringer Maßregelvollzugsgesetzes vom 8. August 2014 (GVBl. S. 545), das zuletzt durch Gesetz vom 8. Oktober 2020 (GVBl. S. 503) geändert worden ist, erhält folgende Fassung:

#### **"§ 26**

#### **Besondere Schutz- und Sicherungsmaßnahmen**

(1) Bei einer gegenwärtigen erheblichen Selbst- oder Fremdgefährdung oder einer gegenwärtigen erheblichen Gefährdung bedeutender Rechtsgüter Dritter können

1. die Einschränkung des Aufenthaltes im Freien zusammen mit anderen Untergebrachten,
2. die Wegnahme von Gegenständen,
3. die Absonderung in einen besonderen Raum,
4. bei erhöhter Fluchtgefahr die Fesselung bei der Ausföhrung, der Vorföhrung oder einem Transport oder

5. die zeitweise Fixierung (Einschränkung der Bewegungsfreiheit)

angeordnet werden, wenn und solange die Gefahr durch keine andere geeignete, zumutbare, weniger einschneidende Maßnahme abgewendet werden kann. Die Maßnahme darf nicht über das Erforderliche hinausgehen und der zu erwartende Nutzen muss die zu erwartenden Beeinträchtigungen deutlich feststellbar überwiegen.

(2) Jede besondere Schutz- und Sicherungsmaßnahme ist gegenüber dem Untergebrachten in verständlicher Form anzukündigen. Die Ankündigung muss Angaben zur Art und Dauer der geplanten besonderen Schutz- und Sicherungsmaßnahme beinhalten. Besondere Sicherungsmaßnahmen sind schriftlich anzuordnen, zu begründen und zu befristen. Die besonderen Sicherungsmaßnahmen nach Absatz 1 Nr. 1 bis 4 können durch die fachliche Einrichtungsleitung, eine zuständige Ärztin oder einen zuständigen Arzt oder eine zuständige Psychotherapeutin oder einen zuständigen Psychotherapeuten angekündigt und angeordnet werden. Eine Fixierung nach Absatz 1 Nr. 5 ist ausschließlich aufgrund der Ankündigung und Anordnung durch eine zuständige Ärztin oder einen zuständigen Arzt zulässig. Bei Gefahr im Verzug können die Anordnungen nach Satz 2 und Satz 3 auch mündlich erfolgen; den Vorgaben des Satz 1 ist danach unverzüglich nachzukommen.

(3) Unter mehreren möglichen und geeigneten besonderen Schutz- und Sicherungsmaßnahmen ist diejenige zu wählen, die den Untergebrachten und die Allgemeinheit voraussichtlich am wenigsten beeinträchtigt.

(4) Die Maßnahme ist unverzüglich zu beenden, wenn die Voraussetzungen für ihre Anordnung weggefallen sind.

(5) Wird eine Sicherungsmaßnahme nach Absatz 1 Nr. 3 und Nr. 4 vorgenommen, hat eine engmaschige Überwachung durch therapeutisches oder pflegerisches Personal zu erfolgen. Bei Sicherungsmaßnahmen nach Absatz 1 Nr. 5 ist grundsätzlich eine Eins-zu-Eins-Betreuung durch therapeutisches oder pflegerisches Personal, das ärztlich in solche Aufgaben eingewiesen wurde, zu gewährleisten. Die ärztliche Kontrolle der Sicherungsmaßnahmen nach diesem Absatz ist im erforderlichen Maß zu gewährleisten.

(6) Eine besondere Sicherungsmaßnahme nach Absatz 1 Nr. 5, durch welche die Bewegungsfähigkeit einer untergebrachten Person nicht nur kurzfristig weitgehend oder vollständig aufgehoben wird (freiheitsentziehende Fixierung), ist auf Antrag der zuständigen Ärztin oder des zuständigen Arztes nur nach vorheriger richterlicher Anordnung zulässig. Dies gilt nicht, wenn im Falle des Erwirkens einer solchen Anordnung der Gefahr nach Absatz 1 nicht rechtzeitig begegnet werden kann (Gefahr im Verzug). In diesem Fall hat die zuständige Ärztin oder der zuständige Arzt unverzüglich eine nachträgliche richterliche Genehmigung zu beantragen, es sei denn, es ist bereits eindeutig absehbar, dass die freiheitsentziehende Fixierung die Dauer von 30 Minuten unterschreitet und auch keine Wiederholung zu erwarten ist. Ist eine richterliche Entscheidung beantragt und die freiheitsentziehende Fixierung vor deren Erlangung beendet worden, so ist dies dem Gericht unverzüglich mitzuteilen.

(7) Nach Beendigung besonderer Sicherungsmaßnahmen nach Absatz 1 Nr. 3 bis 5 ist, sobald es der Zustand der untergebrachten Person zulässt, eine Nachbesprechung durchzuführen. Nach Beendigung einer besonderen Sicherungsmaßnahme nach Absatz 1 Nr. 5 ist die untergebrachte Person in einer für sie verständlichen Form durch das ärztliche Personal zudem auf die Möglichkeit einer nachträglichen gerichtlichen Überprüfung ihrer Zulässigkeit hinzuweisen.

(8) Nach Aufhebung der Schutzmaßnahme sind zusätzlich zu Absatz 2 Satz 3 die anordnende Person und ihre Funktion, die Umstände, Zeitpunkte für Beginn und Beendigung der besonderen Sicherungsmaßnahme, die Wirksamkeit, besondere Vorkommnisse und im Fall des Absatz 5 die Art der Überwachung, die Nachbesprechung nach Absatz 6 Satz 1, der Hinweis auf die Möglichkeit der nachträglichen gerichtlichen Überprüfung nach Absatz 6 Satz 2 und im Falle der Anordnung einer besonderen Schutzmaßnahme bei Gefahr im Verzug sind auch die Gründe für die Gefahr im Verzug umfassend zu dokumentieren."

### **Artikel 3 Inkrafttreten**

Dieses Gesetz tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

**Begründung:****Artikel 1**

§ 14 wird aus folgenden Gründen neu gefasst:

In Absatz 1 wird die Reihenfolge der besonderen Sicherungsmaßnahmen aus systematischen Gründen geändert.

Absatz 2 legt nunmehr fest, dass besondere Sicherungsmaßnahmen nur durch die fachliche Einrichtungsleitung, eine Ärztin oder einen Arzt oder eine Psychotherapeutin oder einen Psychotherapeuten angeordnet werden dürfen.

Entsprechend den Vorgaben des Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts (Urteil vom 24. Juli 2018, 2 BvR 309/15, 2 BvR 502/16) ist die Anordnung einer Fixierung jedoch ausschließlich durch eine Ärztin oder einen Arzt zu treffen und ein Schriftformerfordernis geregelt.

Im Falle einer Gefahr im Verzug soll jedoch die Abwendung der Gefahr Vorrang vor der Schriftform haben.

Diesem letztgenannten Grundsatz dient auch die Erweiterung des anordnungsberechtigten Personenkreises im Absatz 3. Aufgrund der damit verbundenen Schwere des Eingriffs in die Rechte der Betroffenen ist hier die Anordnung einer Fixierung ausgenommen.

Aufgrund der besonderen Schwere des Eingriffs und der damit verbundenen Gesundheitsgefahren für die betroffene Person wird in Absatz 4 festgelegt, dass bei einer Fixierung grundsätzlich eine Eins-zu-Eins-Betreuung durch ärztlich eingewiesenes therapeutisches oder pflegerisches Personal zu erfolgen hat. Damit soll zum einen die Sicherheit des Gesundheitszustands der oder des Betroffenen und zum anderen eine persönliche und aktive Begleitung zur Unterstützung bei der Überwindung der Krise gewährleistet sein.

Eine adäquate Betreuung kann dabei entsprechend der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts nur durch entsprechend qualifiziertes Fachpersonal sichergestellt werden.

In Absatz 5 wird nun der Richtervorbehalt geregelt.

Nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts stellt eine nicht nur kurzfristige Fixierung eine Freiheitsentziehung nach Art. 104 Abs. 2 Grundgesetz dar. Daher soll der Richtervorbehalt der oder dem Betroffenen vor der Freiheitsentziehung ein justizförmiges Verfahren gewährleisten und damit die Rechtsstaatlichkeit der Anwendung besonderer Schutzmaßnahmen gewährleisten.

Aus Gründen der Rechtssicherheit wird die Dauer der Kurzfristigkeit gesetzlich definiert. Eine Schutzmaßnahme ist dann kurzfristig, wenn sie absehbar die Grenze von 30 Minuten nicht überschreitet.

Wenn zur Abwendung einer gegenwärtigen erheblichen Gefahr die vorherige Einholung der richterlichen Genehmigung diesem Zweck entgegenstehen würde (Gefahr im Verzug), dann soll die Einholung der richterlichen Genehmigung nachträglich möglich sein.

Auch Absatz 6 ist ebenfalls eine Folge der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts. Die oder der Betroffene muss von einer Ärztin oder einem Arzt auf die Möglichkeit zur nachträglichen gerichtlichen Überprüfung der Fixierung hingewiesen werden. Dabei ist der Hinweis

in einer auf die Verständnismöglichkeiten der betroffenen Person ausgerichteten Art und Weise zu erteilen.

Absatz 7 dient insbesondere dem Recht, die besonderen Schutzmaßnahmen gerichtlich prüfen zu lassen.

Absatz 8 ist der vormalige Absatz 4.

## **Artikel 2**

§ 26 wird aus folgenden Gründen neu gefasst:

In Absatz 1 wird die Reihenfolge der besonderen Sicherungsmaßnahmen aus systematischen Gründen geändert.

Absatz 2 legt nunmehr fest, dass besondere Sicherungsmaßnahmen nur durch die fachliche Einrichtungsleitung, eine Ärztin oder einen Arzt oder eine Psychotherapeutin oder einen Psychotherapeuten angeordnet werden dürfen.

Entsprechend den Vorgaben der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts (Urteil vom 24. Juli 2018, 2 BvR 309/15, 2 BvR 502/16) ist die Anordnung einer Fixierung jedoch ausschließlich durch eine Ärztin oder einen Arzt zu treffen und ein Schriftformerfordernis geregelt. Im Falle einer Gefahr im Verzug soll jedoch die Abwendung der Gefahr Vorrang vor der Schriftform haben.

Absätze 3 und 4 bleiben unverändert.

Aufgrund der besonderen Schwere des Eingriffs und der damit verbundenen Gesundheitsgefahren für die betroffene Person wird in Absatz 5 festgelegt, dass bei einer Fixierung grundsätzlich eine Eins-zu-Eins-Betreuung durch ärztlich eingewiesenes therapeutisches oder pflegerisches Personal zu erfolgen hat. Damit soll zum einen die Sicherheit des Gesundheitszustands der oder des Betroffenen und zum anderen eine persönliche und aktive Begleitung zur Unterstützung bei der Überwindung der Krise gewährleistet sein.

Eine adäquate Betreuung kann dabei entsprechend der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts nur durch entsprechend qualifiziertes Fachpersonal sichergestellt werden.

In Absatz 6 wird der notwendige Richtervorbehalt geregelt.

Nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts stellt eine nicht nur kurzfristige Fixierung auch bei im Rahmen des Maßregelvollzugs untergebrachten Personen eine Freiheitsentziehung nach Art. 104 Abs. 2 Grundgesetz dar. Daher soll der Richtervorbehalt auch der oder dem Untergebrachten vor der Freiheitsentziehung ein justizförmiges Verfahren gewährleisten und damit die Rechtsstaatlichkeit der Anwendung besonderer Schutzmaßnahmen gewährleisten.

Aus Gründen der Rechtssicherheit wird die Dauer der Kurzfristigkeit gesetzlich definiert. Eine Schutzmaßnahme ist dann kurzfristig, wenn sie absehbar die Grenze von 30 Minuten nicht überschreitet.

Wenn zur Abwendung einer gegenwärtigen erheblichen Gefahr die vorherige Einholung der richterlichen Genehmigung diesem Zweck entgegenstehen würde (Gefahr im Verzug), dann soll die Einholung der richterlichen Genehmigung nachträglich möglich sein.

Auch Absatz 7 ist ebenfalls eine Folge der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts. Die oder der Untergebrachte muss von einer Ärztin oder einem Arzt auf die Möglichkeit zur nachträglichen gerichtlichen Überprüfung der Fixierung hingewiesen werden. Dabei ist der Hinweis in einer auf die Verständnismöglichkeiten der betroffenen Person ausgerichteten Art und Weise zu erteilen.

Absatz 7 dient insbesondere dem Recht des Untergebrachten, die besonderen Schutzmaßnahmen gerichtlich prüfen zu lassen.

Für die Parlamentarische Gruppe:

Montag

## **2. Vom Einbringer übersandte Daten**

**(Vom Einbringer wurden bisher keine Daten übersandt.)**



### **3. Im Rahmen des parlamentarischen Anhörungsverfahrens eingebrachte Beiträge**

**Die folgenden natürlichen und juristischen Personen haben sich im Rahmen des parlamentarischen Anhörungsverfahrens beteiligt.**

Kassenärztliche Vereinigung Thüringen  
Thüringer Trauma Netzwerk ThÜTz  
Deutsche Polizeigewerkschaft Thüringen e.V.  
Landgericht Erfurt  
Landgericht Mühlhausen  
Landgericht Gera  
Landesverband Thüringen der Angehörigen psychisch Kranker e.V.  
Landgericht Meiningen  
Verband der Privatkliniken in Thüringen e.V.  
Bundesverband der Berufsbetreuer/innen  
Deutsche Gesellschaft für Psychiatrie und Psychotherapie, Psychosomatik und Nervenheilkunde e.V.  
Ökumenisches Hainich Klinikum gGmbH  
Landesärztekammer Thüringen  
DBH Fachverband für Soziale Arbeit, Strafrecht und Kriminalpolitik  
LIGA der Freien Wohlfahrtspflege e.V.  
Landeskrankenhausgesellschaft Thüringen e.V.  
Rechtsanwaltskammer Thüringen  
Thüringer Gesellschaft für Psychiatrie, Neurologie, Kinder- und Jugendpsychiatrie e.V.  
Gewerkschaft der Polizei Thüringen  
Ostdeutsche Psychotherapeutenkammer  
Thüringer Landespolizeidirektion  
Ökumenisches Hainich Klinikum gGmbH, Helios Fachkliniken Hildburghausen GmbH, Asklepios  
Fachklinikum Stadtroda GmbH  
Thüringischer Landkreistag

**Die Beiträge der Beteiligten sind in der Beteiligientransparenzdokumentation nur enthalten, wenn die Zustimmung zur Veröffentlichung erteilt wurde.**

**Formblatt zur Datenerhebung**  
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
<b>Gesetz zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur Hilfe und Unterbringung psychisch kranker Menschen und zur Änderung des Thüringer Maßregelvollzugsgesetzes (Gesetz zur notwendigen Ausgestaltung des Richtervorbehalts)</b> Gesetzentwurf der Parlamentarischen Gruppe der FDP - Drucksache 7/5264 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Kassenärztliche Vereinigung Thüringen</td> <td>Körperschaft des öffentlichen Rechts</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Zum Hospitalgraben 8</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99425 Weimar</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Kassenärztliche Vereinigung Thüringen	Körperschaft des öffentlichen Rechts	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Zum Hospitalgraben 8	Postleitzahl, Ort	99425 Weimar
Name	Organisationsform										
Kassenärztliche Vereinigung Thüringen	Körperschaft des öffentlichen Rechts										
Geschäfts- oder Dienstadresse											
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Zum Hospitalgraben 8										
Postleitzahl, Ort	99425 Weimar										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse      <input type="checkbox"/> Wohnadresse            (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)         </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
Name	Vorname										
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)											
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der <b>Schwerpunkt</b> Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBetellidokG)	
	Geschäftsführung	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die <b>wesentlichen Inhalte</b> (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren <b>zusammen</b> ! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBetellidokG)	
	Die Forderung des BVerfG nach einem Richtervorbehalt zur Anordnung einer Fixierung wurde im Gesetzentwurf umgesetzt. Der richterliche Bereitschaftsdienst sollte Erwähnung im Entwurf finden.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBetellidokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem <b>Anlass</b> haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail	
	<input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als <b>Anwaltskanzlei</b> im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBetellidokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7:	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligte(n)transparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Weimar, 3. August 2022	Hauptgeschäftsführer



**kvt**  
Kassenärztliche  
Vereinigung Thüringen

Kassenärztliche Vereinigung Thüringen | Postfach 2019 | 99401 Weimar

Thüringer Landtag  
Ausschuss für Soziales, Arbeit,  
Gesundheit und Gleichstellung  
Jürgen-Fuchs-Straße 1  
99096 Erfurt

Hauptgeschäftsführer

Zum Hospitaigraben 8  
99425 Weimar  
Internet: [www.kvt.de](http://www.kvt.de)

Datum: 3. August 2022

**Gesetz zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur Hilfe und Unterbringung psychisch kranker Menschen und zur Änderung des Thüringer Maßregelvollzugsgesetzes (Gesetz zur notwendigen Ausgestaltung des Richtervorbehalts)**

Gesetzesentwurf der Parlamentarischen Gruppe der FDP - Drucksache 7/5264 -  
hier: Ihr Schreiben vom 15.07.2022

Thüringer Landtag  
**Zuschrift**  
7/2065

zu Drs. 7/5264

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir bedanken uns für die Übersendung des o. g. Entwurfs zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur Hilfe und Unterbringung psychisch kranker Menschen und zur Änderung des Thüringer Maßregelvollzugsgesetzes.

Die Kassenärztliche Vereinigung (KV) Thüringen ist die Selbstverwaltung der rund 4.200 in unserem Bundesland tätigen Vertragsärzte und Vertragspsychotherapeuten. Für die Menschen im Land stellt die KV Thüringen mit ihren Mitgliedern eine wohnortnahe ambulante ärztliche und psychotherapeutische Versorgung sicher, einschließlich eines organisierten ärztlichen Bereitschaftsdienstes außerhalb der Sprechstundenzeiten. Sie vertritt die Interessen ihrer Mitglieder gegenüber den Krankenkassen und übernimmt die Honorarverteilung.

Der vorliegende Gesetzesentwurf vom 11.04.2022 zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur Hilfe und Unterbringung psychisch kranker Menschen und zur Änderung des Thüringer Maßregelvollzugsgesetzes beruht auf der Umsetzung der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) vom 24. Juli 2018 zur Fixierung psychisch Kranker, die in einem psychiatrischen Fachkrankenhaus oder in der psychiatrischen Fachabteilung eines Krankenhauses untergebracht und behandelt werden. Dabei berücksichtigt der Entwurf die geforderten Voraussetzungen des BVerfG, insbesondere den Richtervorbehalt, für die Anordnung einer nicht nur kurzfristigen Fixierung des Patienten während der psychiatrischen Unterbringung.

In Umsetzung des Richtervorbehaltes fordert das BVerfG zugleich einen richterlichen Bereitschaftsdienst, der den Zeitraum von 8:00 Uhr bis 21:00 Uhr abdeckt. Diese Forderung wird im aktuellen Gesetzesentwurf weder im Gesetzestext noch in seiner Begründung behandelt. Auch bleibt für den die Fixierung anordnenden Arzt unklar, wie in einem solchen Fall vorzugehen ist.



In diesem Zusammenhang regen wir daher an, im weiteren Gesetzgebungsverfahren die Pflicht zur Einführung eines solchen Dienstes sowie Handlungsvorgaben für den Arzt im Falle einer fehlenden Erreichbarkeit eines Richters zur Nachtzeit gesetzlich zu verankern.

Für Rückfragen stehe ich Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichem Gruß

Hauptgeschäftsführer

Anlage

**Formblatt zur Datenerhebung**  
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Zu welchem <b>Gesetzentwurf</b> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?	
<b>Gesetz zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur Hilfe und Unterbringung psychisch kranker Menschen und zur Änderung des Thüringer Maßregelvollzugsgesetzes (Gesetz zur notwendigen Ausgestaltung des Richtervorbehalts)</b>	
Gesetzentwurf der Parlamentarischen Gruppe der FDP	
- Drucksache 7/5264 -	

<b>1.</b>	Haben Sie sich als <b>juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)	
	Name	Organisationsform
		Th u e t z
	Geschäfts- oder Dienstadresse	Ziegenplan 12
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	
	Postleitzahl, Ort	98530 Rahr
<b>2.</b>	Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	

3.	Was ist der <b>Schwerpunkt</b> Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Dinkelmann Thuetz psychol. Psychotherapeuten und KJF	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	Mehr transparente Rechtsicherheit für die Patienten und Ärzte / Therapeuten	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als <b>Anwaltskanzlei im Auftrag</b> eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	



7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBetellidokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift/
Reh 4. 8. 22	

**Formblatt zur Datenerhebung  
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligtentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Zu welchem <b>Gesetzentwurf</b> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Gesetz zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur Hilfe und Unterbringung psychisch kranker Menschen und zur Änderung des Thüringer Maßregelvollzugsgesetzes (Gesetz zur notwendigen Ausgestaltung											
<b>1.</b>	Haben Sie sich als <b>juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
	<table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%; border: none;">Name</td> <td style="width: 50%; border: none;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Deutsche Polizeigewerkschaft Thüringen</td> <td style="border: none;">e.V.</td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="border: none;"></td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="border: none;">Schwerborner Straße 33</td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border: none;">99086 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Deutsche Polizeigewerkschaft Thüringen	e.V.	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Schwerborner Straße 33	Postleitzahl, Ort	99086 Erfurt
	Name	Organisationsform									
	Deutsche Polizeigewerkschaft Thüringen	e.V.									
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Schwerborner Straße 33									
Postleitzahl, Ort	99086 Erfurt										
<b>2.</b>	Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)</small>										
	<table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%; border: none;">Name</td> <td style="width: 50%; border: none;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="border: none;"></td> <td style="border: none;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="border: none;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse      <input type="checkbox"/> Wohnadresse  <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Straße, Hausnummer</td> <td style="border: none;"></td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border: none;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3.	<b>Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
5.	<b>Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem <b>Anlass</b> haben Sie sich geäußert?	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
	In welcher <b>Form</b> haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	<b>Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	<b>Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!</b>	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	

7.	<b>Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu?</b> (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilDokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift

**Formblatt zur Datenerhebung**  
**nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligtentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

<b>Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?</b>		
Gesetz zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur Hilfe und Unterbringung psychisch kranker Menschen und zur Änderung des Thüringer Maßregelvollzugsgesetzes (Gesetz zur notwendigen Ausgestaltung		
<b>1.</b>	Haben Sie sich als Vertreter einer <b>juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>	
	Name	Organisationsform
	Landgericht Erfurt	
	Geschäfts- oder Dienstadresse	
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Postfach 900432
	Postleitzahl, Ort	99107 Erfurt
<b>2.</b>	Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)</small>	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	

3.	Was ist der <b>Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem <b>Anlass</b> haben Sie sich geäußert?	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
	In welcher <b>Form</b> haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich <b>als Anwaltskanzlei im Auftrag</b> eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren <b>Auftraggeber!</b>	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	

7.	<b>Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtentransparenzdokumentation zu?</b> (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.  
 Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss  
 des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift

**Formblatt zur Datenerhebung  
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligentransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

<b>Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?</b>		
Gesetz zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur Hilfe und Unterbringung psychisch kranker Menschen und zur Änderung des Thüringer Maßregelvollzugsgesetzes (Gesetz zur notwendigen Ausgestaltung		
<b>1.</b>	Haben Sie sich als <b>juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)	
	<div style="flex: 1; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Name</div> <div style="flex: 1; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Organisationsform</div>	
	<div style="flex: 1; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Landgericht Mühlhausen</div> <div style="flex: 1; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></div>	
	<div style="flex: 1; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</div> <div style="flex: 1; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></div>	
	<div style="flex: 1; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</div> <div style="flex: 1; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Postfach 1165</div>	
	<div style="flex: 1; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Postleitzahl, Ort</div> <div style="flex: 1; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">99961 Mühlhausen</div>	
<b>2.</b>	Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)	
	<div style="flex: 1; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Name</div> <div style="flex: 1; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Vorname</div>	
	<div style="flex: 1; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></div> <div style="flex: 1; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></div>	
	<div style="flex: 1;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse         </div> <div style="flex: 1;"> <input type="checkbox"/> Wohnadresse         </div>	
	(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	<div style="flex: 1; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Straße, Hausnummer</div> <div style="flex: 1; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></div>	
	<div style="flex: 1; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Postleitzahl, Ort</div> <div style="flex: 1; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></div>	



3.	<b>Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
5.	<b>Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	<b>Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?</b>	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
	<b>In welcher Form haben Sie sich geäußert?</b>	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	<b>Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	<b>Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!</b>	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	

7.	<b>Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der          Beteiligientransparenzdokumentation zu?</b> (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.  
 Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss  
 des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift

2319

THÜR. LANDTAG POST  
22.09.2022 11:24

23468/2022

**Formblatt zur Datenerhebung  
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Zu welchem **Gesetzentwurf** haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?

**Gesetz zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur Hilfe und Unterbringung psychisch kranker Menschen und zur Änderung des Thüringer Maßregelvollzugsgesetzes (Gesetz zur notwendigen Ausgestaltung des Richtervorbehalts)**

Gesetzentwurf der Parlamentarischen Gruppe der FDP

- Drucksache 7/5264 -

1. Haben Sie sich als **juristischen Person** geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)?  
(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)

Name	Organisationsform
Landesrat Jena,	Freierrat Thüringen
Geschäfts- oder Dienstadresse	Rudolf-Diesel Str. 2, 07545 Jena
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	1
Postleitzahl, Ort	✓

2. Haben Sie sich als **natürliche Person** geäußert, d. h. als Privatperson?  
(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilG)

Name	Vorname
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse	<input type="checkbox"/> Wohnadresse
(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
Straße, Hausnummer	
Postleitzahl, Ort	

3.	Was ist der <b>Schwerpunkt Ihrer</b> inhaltlichen oder beruflichen <b>Tätigkeit?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte</b> (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren <b>zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Einschränkung des Personenkreises, das Fixierung ausbauen darf. Herstellen, gleiche Terminologie zum Betrugsrecht. Forderung eines fachärztlichen Begründungs, das Fixierungsbedarf bereits bei Antragstellung bei Gericht.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem <b>Anlass</b> haben Sie sich geäußert?	
	In welcher <b>Form</b> haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich <b>als Anwaltskanzlei im Auftrag</b> eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren <b>Auftraggeber!</b>	

7.	<b>Stimmen Sie einer Veröffentlichung</b> Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Jena 14.9.22	



DER PRÄSIDENT

Landgericht Gera · Postfach 17 64 · 07507 Gera

Thüringer Landtag  
Ausschuss für Soziales, Arbeit,  
Gesundheit und Gleichstellung  
Jürgen-Fuchs-Straße 1  
99090 Erfurt

THÜR. LANDTAG POST  
25.08.2022 08:32

21110/22

justiz.thueringen.de

Ihr Zeichen:

Ihre Nachricht vom:

Unser Zeichen:

**Betreff: Gesetz zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur Hilfe und Unterbringung psychisch kranker Menschen und zur Änderung des Thüringer Maßregelvollzugsgesetzes**  
hier: Anhörungsverfahren

Gera,  
18.08.2022

Der Vorsitzende der Beschwerdekammer des Landgerichts Gera, die regelmäßig in Beschwerdesachen mit der Anordnung freiheitsbeschränkender Maßnahmen befasst ist, hat hierzu folgende Stellungnahme abgegeben:

Zu § 14 Abs. 2 Satz 3 ThürPsychKG-E

Der Entwurf verlangt in Übereinstimmung mit der grundlegenden Entscheidung des BVerfG vom 24. Juli 2018 – 2 BvR 309/15, Rn. 83, juris, dass ein Arzt die Anordnung trifft. Hier wird der vom BVerfG verwendete Wortlaut aufgegriffen. Dies ist jedoch allgemeiner als in § 8 ThürPsychKG. Dort wird verlangt, dass es zumindest ein Arzt mit Erfahrungen auf dem Gebiet der Psychiatrie sein muss. Ich halte diese Einschränkung auch in § 14 Abs. 2 Satz 3 für geboten. Denn es erscheint zweifelhaft, ob ein Arzt, der keine Erfahrung im Fachgebiet der Psychiatrie hat, die Notwendigkeit und die Dauer der Fixierung eines psychisch kranken Menschen wirklich sachgerecht einschätzen kann. Hierbei muss beachtet werden, dass z.B. eine fünf- oder sieben-Punkt-Fixierung zu den intensivsten Formen der Beschränkung körperlicher Bewegungsfreiheit gehört.

Zu § 14 Abs. 3 ThürPsychKG-E

Für eine sachliche Auseinandersetzung damit, warum die Fesselung im Grundsatz nur von einem besonders qualifizierten Personenkreis (fachliche Einrichtungsleitung, Arzt, Psychotherapeut) angeordnet werden darf und ob es vor diesem Hintergrund richtig ist, den Personenkreis ausnahmsweise auf weiteres Personal zu erweitern, bedürfte es der Kenntnis der Gründe für die grundsätzliche Begrenzung des Personenkreises. Diese sind in der Begründung des Gesetzesentwurfs nicht erwähnt.

Landgericht Gera  
Rudolf-Diener-Straße 2  
07545 Gera

www.thueringen.de/olg/

Zu § 14 Abs. 5 S. 1 ThürPsychKG-E

Terminologisch rege ich an, einen Gleichlauf zum Betreuungsrecht des BGB herzustellen. Fixierungsmaßnahmen werden durch einen Arzt (besser: Psychiater) *angeordnet* und das Gericht *genehmigt* die Anordnung. Nach dem vorgelegten Entwurf ordnen sowohl der Arzt (besser: Psychiater) als auch das Gericht an und man fragt sich, wer denn letztlich die anordnende Stelle ist.

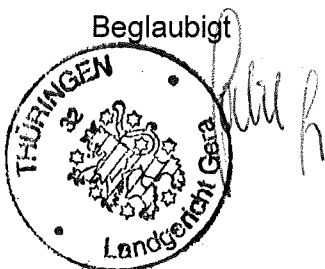
Des Weiteren rege ich an, als formale Voraussetzung vorzusehen, dass der Antrag des anordnenden Arztes (besser: Psychiaters) eine Begründung zur Notwendigkeit der Fixierung und deren Dauer enthalten muss (vgl. § 331 Abs. 1 S. 1 Nr. 2 FamFG). Da der zuständige Richter kein psychiatrischer Fachmann ist, wird er vor einer Entscheidung fachlichen Rat benötigen. Wenn eine (fach-)ärztliche Begründung mit der Antragstellung eingereicht wird, beschleunigt dies das gerichtliche Verfahren und schärft zugleich aufseiten der Klinik das Problembewusstsein (Fixierung als intensivste Form der Einschränkung von körperlicher Freiheit, vgl. auch Keidel/Giers, 20. Aufl. 2020, FamFG § 331 Rn. 17), weil die wesentlichen Gründe für die Fixierung dem Gericht gegenüber dokumentiert werden müssen. Ein ärztliches Gutachten sollte nicht verlangt werden, weil dies in den üblicherweise eiligen Situationen der Praxis ganz regelmäßig nicht erstellt werden kann. Hierzu verweise ich auf meine Anregung auf Änderung des ThürPsychKG vom 21.04.2022 an das TMMJV.

Zu § 14 Abs. 7 Satz 2 ThürPsychKG-E

Aus der Regelung in Abs. 7 S. 2 ergibt sich streng genommen kein klarer Wortlaut zu dem Umstand, ob neben der Begründung für Gefahr im Verzug auch eine Begründung für die Anordnung der besonderen Schutzmaßnahme nachträglich verschriftlicht werden muss.

Vorsorglich weise ich darauf hin, dass das Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetz für die Stellungnahme von Gerichten nicht einschlägig ist, weshalb keine Beifügung des Formblatts erfolgt

Im Auftrag



Kopie

Abs.: 7. Zivilkammer des Landgerichts Gera, Rudolf-Diener-Straße 2, 07545 Gera

An:

**Thüringer Ministerium für Migration  
Justiz und Verbraucherschutz**  
Werner-Seelenbinder-Straße 5  
99096 Erfurt

über:

**Frau Präsidentin  
des Thüringer Oberlandesgerichts**  
Rathenaustraße 13  
07745 Jena

über:

**Herrn Präsidenten  
des Landgerichts Gera**  
Rudolf-Diener-Straße 2  
07545 Gera

Gera, der 21.04.2022

**Thüringer Gesetz zur Hilfe und Unterbringung psychisch kranker Menschen  
(ThürPsychKG)**

hier: Anregungen betreffend § 8 ThürPsychKG

Sehr geehrter Herr Minister,  
sehr geehrte Damen und Herren,

als Vorsitzender der Kammer des Landgerichts Gera, die u.a. für Beschwerden in Verfahren in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit zuständig ist, möchte ich Sie in Abstimmung mit meinen Kammerkollegen auf § 8 ThürPsychKG aufmerksam machen, der in der rechtspraktischen Anwendung erhebliche Probleme bereitet. Ich rege an, dem Landtag über die Landesregierung eine Änderung dieser Norm vorzuschlagen.

§ 8 ThürPsychKG regelt die Antragstellung und das Verfahren zur geschlossenen Unterbringung psychisch kranker Menschen in ein psychiatrisches Krankenhaus gegen deren Willen. Hierbei verlangt diese Norm einen schriftlichen Antrag des zuständigen Sozialpsychiatrischen Dienstes auf Unterbringung (Abs. 1 S. 1), dem ein fachärztliches Gutachten eines Sachverständigen beizufügen ist (Abs. 2). Diese beiden Voraussetzungen bereiten rechtspraktisch erhebliche Schwierigkeiten.



1.) Ein ganz erhebliches Problem stellt das Erfordernis dar, dass dem Unterbringungsantrag des Sozialpsychiatrischen Dienstes ein fachärztliches Gutachten beizufügen ist.

Die 7. Zivilkammer beanstandet hierbei nicht, dass es sich grundsätzlich um die Einschätzung eines Facharztes für Psychiatrie und Psychotherapie handeln muss, die auf einer höchstens 3 Tage alten Untersuchung des Betroffenen beruhen darf und auf die Unterbringungsvoraussetzungen eingehen muss. Diese Anforderungen sind vor dem Hintergrund des Antrags auf eine freiheitsentziehende Maßnahme und den besonders hohen Stellenwert der im Grundgesetz und der Thüringer Verfassung geschützten Freiheit der Person (insbes. Artt. 2, 104 GG; Art. 4 ThürVerf) ausdrücklich zu begrüßen.

Ein ganz erhebliches Problem ist es aber, dass es sich um ein **Gutachten** i.S.v. § 321 Abs. 1 Satz 1 und 2 FamFG handeln muss. Von einem Gutachten ist zu erwarten, dass es auf seine wissenschaftliche Begründung, seine innere Logik und Schlüssigkeit hin überprüfbar ist. Die Ausführungen des Sachverständigen müssen so gehalten sein, dass sie Art und Ausmaß der Erkrankung im Einzelnen anhand der Vorgeschichte, der durchgeführten Untersuchung und der sonstigen Erkenntnisse darstellen und wissenschaftlich begründen. Der Sachverständige hat darzulegen, von welchen Anknüpfungstatsachen er ausgeht und auf welche konkreten Untersuchungsergebnisse er welche seiner Feststellungen zum psychischen Zustand des Betroffenen stützt. Erforderlich ist eine differentialdiagnostische Klärung sowie Klassifizierung der Diagnose. Eine Verdachtsdiagnose genügt nicht (zu alldem u.a. Keidel/Giers, 20. Aufl. 2020, FamFG § 280, Rn. 23 m.w.N.; FamFG § 321 Rn. 7 m.w.N.).

Diese an ein Gutachten bestehenden Anforderungen können in der Rechtspraxis grundsätzlich nicht umgesetzt werden. Denn regelmäßig geraten psychisch kranke Menschen aufgrund unvorhersehbarer, **kurzfristiger Akutsituationen** in einen Zustand, in denen sie eine gegenwärtige Gefahr für ihr Leben, ihre Gesundheit oder bedeutende Rechtsgüter andere darstellen und nach dem ThürPsychKG untergebracht werden müssen. Der Sozialpsychiatrische Dienst kann zwar zunächst eine vorläufige Unterbringung nach § 9 ThürPsychKG vornehmen, muss aber unverzüglich (vgl. BVerfG NJW 2002, 3161; NJW 2004, 1442), spätestens nach 24 Stunden einen Antrag auf Unterbringung bei Gericht stellen.

Die für die vorläufige Unterbringung zur Verfügung stehende Zeit reicht nicht aus, um ein umfassendes, wissenschaftlich begründetes Gutachten i.S.v. § 8 Abs. 2 ThürPsychKG zu verfassen. Diese Zeit reicht bisweilen nicht einmal dazu aus, eine bei Aufnahme in die Klinik gestellte Verdachtsdiagnose medizinisch gesichert bestätigen zu können. Den Unterbringungsanträgen des Sozialpsychiatrischen Dienstes an das Gericht sind daher meist nur ausführlichere ärztliche Bescheinigungen beigelegt. Das hat zur Folge, dass das Gericht in einen Entscheidungskonflikt gerät, ob mit Beschluss auszusprechen ist, dass eine Person, bei der dringende Anhaltspunkte dafür bestehen, dass sie eine gegenwärtige Gefahr für ihr Leben, ihre Gesundheit oder bedeutende Rechtsgüter andere darstellt, **allein wegen eines praktisch kaum vermeidbaren Formfehlers** bei der Antragstellung ohne Weiteres aus der Klinik zu entlassen ist!

§ 8 Abs. 2 ThürPsychKG geht mit dem Erfordernis, dass der Antragstellung ein Gutachten beizufügen ist, über in anderen Unterbringungsverfahren geltende Anforderungen hinaus. Gem. § 321 Abs. 2 FamFG i.V.m. § 312 Nr. 4 FamFG würde auch ein – bezogen auf bestehende Gefahren – hinreichend aussagekräftiges, **ausführliches ärztliches Zeugnis** genügen. Die Bundesländer Baden-Württemberg, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein haben in ihren Landesgesetzen von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht. Auch in bürgerlich-rechtlichen Unterbringungsverfahren nach § 1906 BGB genügt ein fachärztliches Zeugnis in Verfahren der einstweiligen Anordnung gem. § 331 FamFG, wenn dringende Gründe für die Annahme vorliegen, dass die Voraussetzungen für die Genehmigung

oder Anordnung einer Unterbringungsmaßnahme gegeben sind und ein dringendes Bedürfnis für ein sofortiges Tätigwerden besteht.

2.) Die zweite formale Schwierigkeit in der Anwendung des § 8 ThürPsychKG liegt darin, dass der Sozialpsychiatrische Dienst den Unterbringungsantrag **schriftlich** zu stellen hat.

Für den Fall schriftlicher Antragstellung gilt seit 01.01.2022 die Norm des § 14b Abs. 1 S. 1 FamFG. Der Sozialpsychiatrische Dienst muss als Behörde den Unterbringungsantrag als **elektronisches Dokument** übermitteln. Auch dies stellt die Rechtspraxis vor erhebliche Herausforderungen. Denn der Unterbringungsbedarf entsteht nicht selten zur Nachtzeit oder an Wochenenden, in denen kein Dienstbetrieb in den Diensträumen der Behörde stattfindet. Es fehlen dem jeweils zuständigen Sachbearbeiter des Sozialpsychiatrischen Dienstes nicht selten die technischen Mittel, um einen Antrag als elektronisches Dokument zu stellen. Daher beantragen Sozialpsychiatrische Dienste im Gerichtsbezirk die Unterbringung auch weiterhin regelmäßig schriftlich. Die Anträge sind teilweise handschriftlich verfasst, z.B. wenn der zuständige Sachbearbeiter den Betroffenen in die Klinik begleitet hat.

§ 14b Abs. 1 S. 2, 3 FamFG erlaubt zwar die (schriftliche) Ersatzeinreichung bei vorübergehender Unmöglichkeit der Einreichung eines elektronischen Dokuments. Die Kammer hält es jedoch für problematisch, wenn der gesetzliche Ausnahmefall in der Praxis die Regel darstellt. Darüber hinaus besteht Rechtsunsicherheit, insbesondere in der konkreten Anwendung der unbestimmten Rechtsbegriffe „aus technischen Gründen vorübergehend nicht möglich“ und „vorübergehende Unmöglichkeit“. Die Kammer hat zudem aufgrund des in der Verfassung bei Freiheitsentziehungen verankerten Gesetzesvorbehalts Bedenken gegen die rechtliche Zulässigkeit der vom Landgericht Mühlhausen vertretenen teleologische Reduktion des § 14b Abs. 1 FamFG (vgl. LG Mühlhausen, Beschluss vom 04. Februar 2022 – 1 T 20/22 –, juris).

Erneut ist zu bedenken, dass eine Person, die eine gegenwärtige Gefahr für ihr Leben, ihre Gesundheit oder bedeutende Rechtsgüter andere darstellt, im Zweifel **allein wegen eines Formfehlers bei der Antragstellung** ohne Weiteres aus der Unterbringung entlassen werden müsste (vgl. LG Lübeck, Beschluss vom 21. Januar 2022 – 7 T 19/22 –, juris).

Die Probleme in der Anwendung von § 8 Abs. 1 S. 1 ThürPsychKG würden verschwinden, wenn die Schriftform der Antragstellung **als Soll-Vorschrift** ausgestaltet würde (entsprechend dem gesetzlichen Regelfall des § 23 S. 4 FamFG - vgl. hierzu LG Lübeck, Beschluss vom 17. März 2022 – 7 T 98/22 –, Rn. 14, juris m.w.N.).

Mit freundlichen Grüßen,

**Formblatt zur Datenerhebung**  
**nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenz dokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Zu welchem <b>Gesetzentwurf</b> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
<b>Gesetz zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur Hilfe und Unterbringung psychisch kranker Menschen und zur Änderung des Thüringer Maßregelvollzugsgesetzes (Gesetz zur notwendigen Ausgestaltung des Richtervorbehalts)</b> Gesetzentwurf der Parlamentarischen Gruppe der FDP - Drucksache 7/5264 -											
<b>1.</b>	Haben Sie sich als <b>juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"><i>Landesverband Thüringen der Angehörigen psychisch Kranker</i></td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"><i>Verein</i></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"><i>Thälmannstr. 58</i></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"><i>99085 Erfurt</i></td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	<i>Landesverband Thüringen der Angehörigen psychisch Kranker</i>	<i>Verein</i>	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	<i>Thälmannstr. 58</i>	Postleitzahl, Ort	<i>99085 Erfurt</i>
	Name	Organisationsform									
	<i>Landesverband Thüringen der Angehörigen psychisch Kranker</i>	<i>Verein</i>									
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	<i>Thälmannstr. 58</i>									
Postleitzahl, Ort	<i>99085 Erfurt</i>										
<b>2.</b>	Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)</small>										
	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="padding: 2px;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse      <input type="checkbox"/> Wohnadresse  <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Straße, Hausnummer</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der <b>Schwerpunkt</b> Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBetellG)	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte</b> (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren <b>zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBetellG)	
	<i>Einführung einer öffentlichen Kontrolle des Vollzugs durch Informationspflicht der Einrichtung gegenüber einem Angehörigen des Untergebrachten - und/oder gegenüber eines von ihm mit der Gesundheitsfürsorge Bevollmächtigten (Patientenkontinenz).</i>	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBetellG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem <b>Anlass</b> haben Sie sich geäußert?	
	In welcher <b>Form</b> haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als <b>Anwaltskanzlei</b> im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBetellG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren <b>Auftraggeber!</b>	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 25.08.2022	

Landesverband Thüringen der  
Angehörigen psychisch Kranker e.V.  
Thälmannstr. 58 - 99085 Erfurt  
Tel./Fax: 0361-23004038

Das Dokument wurde zum Zweck der Veröffentlichung in der BTD bearbeitet.



THÜR. LANDTAG POST  
29.08.2022 08:26  
2134712022



**familien selbsthilfe  
psychiatrie**

Bundesverband der Angehörigen  
psychisch erkrankter Menschen e.V.

Landesverband Thüringen der Angehörigen psychisch Kranker e.V.  
Geschäftsstelle | Thälmannstr. 58 | 99085 Erfurt

Thüringer Landtag  
Ausschuss für Soziales, Arbeit, Gesundheit und  
Gleichstellung  
Jürgen-Fuchs-Straße 1  
99096 Erfurt

Tel./Fax: 0361-23004038  
E-Mail: [geschst@lvthueringen-apk.de](mailto:geschst@lvthueringen-apk.de)  
Internet: [www.lvapk-thueringen.de](http://www.lvapk-thueringen.de)

Erfurt, 25.08.2022

## **Stellungnahme zum Gesetz zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur Hilfe und Unterbringung psychisch kranker Menschen und zur Änderung des Thüringer Maßregelvollzugsgesetzes**

Gesetzentwurf der Parlamentarischen Gruppe der FDP

Drucksache 7/5264

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir danken Ihnen sehr für die Beteiligung unseres Landesverbandes im Anhörungsverfahren zu diesem Gesetzentwurf.

Unser Landesverband befürwortet die vorliegende Textfassung von Artikel 1 und 2 des Gesetzentwurfes. Zudem möchten wir zu folgender Ergänzung des Artikels 2 Absatz 7 (Maßregelvollzug) anregen:

„Nach Beendigung einer besonderen Sicherungsmaßnahme nach Absatz 1 Nr. 1-5 ist eine vom Untergebrachten mit der Gesundheitsfürsorge beauftragte Person oder ein Angehöriger, insofern der Arzt diesen gegenüber durch den Untergebrachten von der Schweigepflicht entbunden wurde, über den Vorgang angemessen zu informieren.“

Zur Begründung:

Zur Gewährleistung der Rechtssicherheit gehört aus unserer Sicht neben einer zweckgenauen gesetzlichen Regelung und deren stringenten Vollzug eine jeweils angemessene öffentliche Kontrolle des Vollzugs. Diese öffentliche Kontrolle ist im vorliegenden Gesetzentwurf nicht angesprochen, sie ist nach Auffassung des Landesverbandes in der Praxis des MRV generell nicht (ausreichend) gegeben. Daher unterbreitet der Landesverband seinen Vorschlag zu einer ergänzenden Regelung im Zusammenhang mit seiner Erwägung in Thüringen – analog z.B. zu Bayern – Selbsthilfegruppen von Angehörigen der im MRV Untergebrachten zu ermöglichen und ihre Aktivitäten neben gegenseitiger (psychischer) Unterstützung auch auf die Unterstützung der therapeutischen Behandlung der Untergebrachten zu orientieren.

### Zur Anlage 3 – Fragenkatalog der CDU-Fraktion

1. Ja, der vorgelegte Gesetzentwurf entspricht aus unserer Sicht dem Verfassungsgerichtsurteil. Wir schlagen jedoch wie oben ausgeführt, eine Veränderung zu Absatz 7 vor.
5. Die Einschränkung ist mit den (allgemeinen) Rechtsbegriffen hinreichend erfasst. Die damit zusammenhängende Regelungsdichte ist hinreichend. Entscheidend sind aber,
  - a) Der jeweilige Vollzug in der jeweiligen Einrichtung
  - b) Die behördliche und öffentliche Kontrolle des Vollzugs
6. Ja, die Wegnahme sollte ausdrücklich als logische Konsequenz der Gefahrenabwehr im Rahmen der besonderen Schutz- und Sicherungsmaßnahmen erlaubt sein.
7. Zu Fragen der jeweiligen medizinischen Zweckmäßigkeit, u.a. des milderer Eingriffs, enthält sich der Landesverband der Äußerung.

Für Rückfragen stehen wir gern zur Verfügung unter 0361-23004038 von Montag bis Donnerstag 9.00- 14.00 Uhr.

Mit freundlichen Grüßen

Vereinsvorsitzende

Landesverband Thüringen der  
Angehörigen psychisch Kranker e.V.  
Thälmannstr. 58 - 99085 Erfurt  
Tel./Fax: 0361-23004038

# Formblatt zur Datenerhebung

nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligtentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?

**Gesetz zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur Hilfe und Unterbringung psychisch kranker Menschen und zur Änderung des Thüringer Maßregelvollzugsgesetzes (Gesetz zur notwendigen Ausgestaltung des Richtervorbehalts)**

Gesetzentwurf der Parlamentarischen Gruppe der FDP

- Drucksache 7/5264 -

1. Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)?  
(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)

Name

Organisationsform

Landgericht Meiningen

Gericht

Geschäfts- oder Dienstadresse

Straße, Hausnummer (oder Postfach)

Kindenallee 11

Postleitzahl, Ort

98617 Meiningen

2. Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson?  
(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)

Name

Vorname

☐ Geschäfts- oder Dienstadresse

☐ Wohnadresse

(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)

Straße, Hausnummer

Postleitzahl, Ort



3.	Was ist der <b>Schwerpunkt</b> Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBetellG)	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw, änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBetellG)	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBetellG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6) <input type="checkbox"/> nein	
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBetellG)	
	<input type="checkbox"/> ja <input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)	
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der . Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Hannover, 29.08.22	



DER PRÄSIDENT

Landgericht Meiningen · Postfach 100462 · 98604 Meiningen

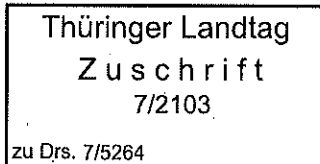
Thüringer Landtag  
Ausschuss für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung  
Jürgen-Fuchs-Straße 1

99096 Erfurt

nachrichtlich:

Frau Präsidentin  
des Thüringer Oberlandesgerichts  
Rathenaustraße 13

07745 Jena



Ihr/e Ansprechpartner/In:

Durchwahl:  
Telefon 03693 509-228  
Telefax 03693 509-205

poststelle@  
lgmgn.thuerlingen.de

Ihr Zeichen:

Ihre Nachricht vom:  
15.07.2022

Unser Zeichen:  
(bitte bei Antwort angeben)

Meiningen  
29.08.2022

- nur per E-Mail -

**Gesetz zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur Hilfe und Unterbringung psychisch kranker Menschen und zur Änderung des Thüringer Maßregelvollzugsgesetzes**

**(Gesetz zur notwendigen Ausgestaltung des Richtervorbehaltes)**

Gesetzentwurf der Parlamentarischen Gruppe der FDP

- Drucksache 7/5264 -

Die Vorlage des Gesetzentwurfs wird ausdrücklich begrüßt. Damit wird endlich, vier Jahre nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes vom 24.07.2018 und mehr als drei Jahre nach Ablauf der in der Entscheidung genannten Übergangsfrist versucht, erhebliche rechtsstaatliche Defizite des Rechtsrahmens für Fixierungen in psychiatrischen Krankenhäusern und im Maßregelvollzug zu beseitigen.

Zu den vom Ausschuss aufgeworfenen Fragen nehme ich nach Anhörung der gerichtlichen Praxis wie folgt Stellung:

Landgericht Meiningen  
Lindenallee 15  
98617 Meiningen

[www.thuerlingen.de/olg/](http://www.thuerlingen.de/olg/)

### Frage 1:

Der Gesetzentwurf orientiert sich mit seinem Regelungsinhalt an den Aussagen des Bundesverfassungsgerichtes in der Entscheidung vom 24.07.2022, geht zum Teil aber ohne Not über die dort formulierten Vorgaben hinaus. Das Verfassungsgericht hat anlässlich einer 5- und 7-Punkt-Fixierung festgestellt, dass die Maßnahmen jedenfalls dann, wenn sämtliche Gliedmaßen des Betroffenen mit Gurten am Bett festgebunden werden, eine Freiheitsentziehung darstellen, die einen Richtervorbehalt erfordert. Der Gesetzesentwurf geht über das vom Bundesverfassungsgericht in seiner Entscheidung vorgegebene Maß hinaus, indem nicht nur 5-Punkt- oder 7-Punkt-Fixierungen dem Richtervorbehalt unterstellt werden, sondern ggf. auch niedrigere Fixierungsmaßnahmen. Zwar überlässt der Entwurf es letztlich der Auslegung der Gerichte, welche Fixierungsmaßnahmen unter die Regelung fallen, in dem er den Richtervorbehalt nur für solche Fixierungsmaßnahmen, welche die Bewegungsfähigkeit der untergebrachten Person nicht nur kurzfristig vollständig oder weitgehend aufheben (freiheitsentziehende Fixierung) anordnet. Die Formulierung „weitgehend“ lässt jedoch eine weite Auslegung auf alle Arten der Fixierung zu. Da aber eine Ausweitung der Normanwendung auch auf Fixierungen an weniger als 5-Punkten die Praxis deutlich überlasten würde, sollte der Richtervorbehalt in § 14 Abs. 5 ThürPsychKG bzw. § 26 Abs. 6 ThürMRVG des Entwurfs auf eine vollständige Aufhebung der Bewegungsfreiheit beschränkt und das Wort „weitgehend“ gestrichen werden (vgl. etwa hierzu die vergleichbaren Formulierungen in § 171a Abs. 1 StVollzG; § 21 des Hessisches Gesetz über Hilfen bei psychischen Krankheiten (Psychisch-Kranken-Hilfegesetz - PsychKHG); § 28 PsychHG – Schleswig-Holstein). Damit werden die Gerichte in die Lage versetzt, nicht ohne Not die Anwendung des Richtervorbehaltes auf über die vom Verfassungsgericht angesprochenen 5- und 7-Punkt-Fixierungen auszudehnen.

Um Abgrenzungsschwierigkeiten zu vermeiden, könnte die sonstige Einschränkung der Bewegungsfreiheit durch eine mechanische Vorrichtungen unterhalb der 5-Punkt-Fixierung in einer weiteren Ziffer ohne Richtervorbehalt geregelt werden (vgl. etwa die Regelung in Hessen in § 21 Abs. 1 Ziff. 6 PsychKHG).

Weiterhin sollte in § 14 Abs. 5 bzw. § 26 Abs. 6 ThürMRVG aufgenommen werden, dass der Fixierungsantrag schriftlich durch den zuständigen Arzt/Ärztin bei Gericht zu stellen ist und dem Antrag ein ärztliches Zeugnis (entsprechend § 281 FamFG) über die Notwendigkeit der Maßnahme beizufügen ist. Nach der geplanten Regelung werden an die fachliche Qualifikation des beantragenden Arztes keine Anforderungen gestellt. Dies ist abzulehnen. Der beantragende Arzt/Ärztin sollte entsprechend § 280 FamFG Arzt für Psychiatrie oder Arzt mit Erfahrung auf dem Gebiet der Psychiatrie sein.

Zur Klarstellung sollte zudem hinsichtlich der gerichtlichen Zuständigkeiten und das gerichtliche Verfahren eine Verweisung auf die Verfahrensvorschriften des FamFG aufgenommen werden.

Da nach den Vorgaben des BVerfG im Zeitraum von 21:00 Uhr bis 06:00 Uhr ein richterlicher Eildienst grundsätzlich nicht erforderlich ist, wird in der Praxis in dieser Zeit eine richterliche Entscheidung von den Kliniken nicht zu erlangen sein. Es wäre nach Ansicht der befragten amtsgerichtlichen Praxis wünschenswert, bereits in den jeweiligen Normen eine Beschränkung der unverzüglichen Einholung einer richterlichen Entscheidung auf die Zeit außerhalb der Nachtzeit (21:00 bis 6:00 Uhr) aufzunehmen.

**Frage 5:**

Die Eingrenzung erscheint ausreichend. Es wird insbesondere deutlich, dass die Maßnahmen, insbesondere die Fixierung als Behandlungsmaßnahme oder disziplinarische Maßnahme, nicht zulässig ist.

**Frage 7:**

Die Nennung weiterer Maßnahmen würde den Regelungsgehalt der Vorschriften nur unnötig aufblähen. Ggf. wäre eine Öffnungsklausel auf „ähnlich schwerwiegende Eingriffe in Freiheitsrechte“ bzw. die sonstige Einschränkung der Bewegungsfreiheit durch eine mechanische Vorrichtung zu erwägen (s.o. Fragen 1).

Die „medikamentöse Ruhigstellung“ dürfte in den Bereich der Zwangsbehandlung fallen, die ohnehin im ThürPsychKG nicht den Anforderungen des Bundesverfassungsgerichts entspricht und ebenfalls einer Neukodifizierung bedarf.

**Frage 8:**

Eine schriftliche Anordnung der Maßnahme erscheint - auch zur Selbstkontrolle des Anordnenden - sinnvoll und dient der Rechtssicherheit. Es ist aber unklar, was mit schriftlicher Anordnung im Sinne von § 14 Abs. 2 S. 1 gemeint ist (gesondertes Schreiben oder Dokumentation in den Akten). Eine Dokumentation in den Patientenakten dürfte insoweit ausreichend sein. Der Begriff „zuständige Arzt“ lässt nicht erkennen, ob es sich um einen psychiatrischen Facharzt handeln soll. An der fachlichen Qualifikation des Arztes sollte jedoch festgehalten werden.

**Frage 9:**

Eine Ankündigung im Maßregelvollzug erscheint sinnvoll, soweit dies möglich ist. Wenn von dem Patienten eine unmittelbare Gefahr ausgeht, herrscht meist eine Situation vor, in der für vorherige Ankündigungen, insbesondere wenn diese noch schriftlich erfolgen sollte, gar keine Zeit ist.

Gegen eine Nachbesprechung bestehen keine Einwände, dies dürfte auch den Vorgaben des BVerfG entsprechen.

**Frage 10:**

Eine Dokumentation in den Patientenakten erscheint ausreichend. Die Dokumentation der Maßnahme und ihre Begründung sollten auch enthalten, ob die jeweils verwandte besondere Sicherungsmaßnahme dahingehend überprüft wurde, ob sie das mildeste verfügbare Mittel war. Dies beinhaltet auch die Darlegung über die Abwägung zur Verwendung milderer Mittel. Insbesondere im Fall der Fixierung muss aus der Begründung erkennbar sein, dass die Maßnahme die Ultima Ratio war. Aus der Dokumentation sollte sich auch ergeben, welcher Mitarbeiter der Einrichtung die 1:1 Betreuung durchgeführt hat und zu welchem Zeitpunkt durch welchen Arzt die Kontrolle erfolgte. Diesen Anforderungen kommt der Entwurf m.E. jedoch ausreichend nach.

Im Auftrag

Richter am Landgericht

**Formblatt zur Datenerhebung**  
**nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?		
Gesetz zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur Hilfe und Unterbringung psychisch kranker Menschen und zur Änderung des Thüringer Maßregelvollzugsgesetzes (Gesetz zur notwendigen Ausgestaltung des Richtervorbehalts) Gesetzentwurf der Parlamentarischen Gruppe der FDP - Drucksache 7/5264 -		
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2; Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)	
	Name	Organisationsform
	Verband der Privatkliniken (n Thüringen e.V.	eingetragener Verein
	Geschäfts- oder Dienstadresse:	c/o. Helios Fachkliniken Hildburghausen GmbH
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Elsfelder Str. 41
	Postleitzahl, Ort	98646 Hildburghausen
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	

3.	<b>Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBetellG)	
	Der Verband bezweckt als Berufsverband der Privatkliniken in Thüringen die Wahrnehmung der gemeinsamen und fachlichen Belange aller Mitglieder in allen gesellschaftspolitischen, sozialpolitischen und fachlichen Angelegenheiten, insbesondere gegenüber der Öffentlichkeit, der Regierung, den politischen Parteien, den Behörden sowie gegenüber den fachlichen und überfachlichen Unternehmerorganisationen.	
4.	<b>Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher</b>	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBetellG)	
	<p>Die Umsetzung der Festlegungen des vorgelagten Gesetzentwurfes würde Arbeits- und Organisationsabläufe wesentlich verbessern und rechtssicher machen. Damit würde Konfliktpotenzial bei der Lösung akuter Eskalationssituationen erheblich vermindert werden.</p> <p>Alle Formen der Anordnung besonderer Schutz- und Sicherungsmaßnahmen der Untergebrachten, bedürfen in den Thüringer Maßregelvollzugs aktuell der vorherigen Zustimmung eines/r Interventionsbeauftragten. Diese Regelung erfordert nicht nur einen erheblichen Arbeitsaufwand, doch auch für den verantwortlichen Arzt, sondern stört zugleich empfindlich die Organisationsabläufe.</p> <p>Die Anordnung von besonderen Sicherungsmaßnahmen bedarf nicht unbedingt einer ärztlichen Qualifikation, aber einer breiten psychiatrischen und psychotherapeutischen Erfahrung durch eine mehrjährige Tätigkeit im Maßregelvollzug.</p> <p>Nach den vorliegenden Erfahrungen können zusätzliche Kosten anfallen. Die Einrichtungen gehen davon aus, dass für die 1:1-Betreuung Fachpersonal erforderlich ist, aber es keine examinierten Pflegekräfte sein müssen. Die Kosten würden dann steigen, wenn die Forderung bestünde, examiniertes Pflegepersonal einzustellen, um erhöhten Personalbedarf abzudecken.</p> <p>Anmerkung: In medizinisch begründeten Ausnahmefällen muss es weiterhin möglich sein, eine 1:1-Betreuung mittels Videoüberwachung durchführen zu können.</p>	
5.	<b>Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBetellG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6) <input type="checkbox"/> nein	
	<b>Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?</b>	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	<b>Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBetellG)	
	<input type="checkbox"/> ja <input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)	
	<b>Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!</b>	



7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Hildburghausen, 25.08.2022	

THÜR. LANDTAG POST  
29.08.2022 13:20

21403/2022



Verband der Privatkliniken in Thüringen e.V.  
Thüringer Landtag  
Ausschuss für Soziales, Arbeit,  
Gesundheit und Gleichstellung  
Frau Ministerialrätin Baierl  
Referatsleiterin  
Jürgen-Fuchs-Straße 1  
99096 Erfurt

1. Vorsitzende des Vorstandes

Telefon: 03685/ 776 800  
Telefax: 03685/ 776 940  
E-Mail: [gf@vpkt.de](mailto:gf@vpkt.de)  
Internet: [www.vpkt.de](http://www.vpkt.de)

29. August 2022

**Gesetzentwurf der Parlamentarischen Gruppe der FDP Drucksache 7/5264**  
**Anhörungsverfahren gemäß § 79 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtags**  
**hier: Stellungnahme des VPKT e.V. mit Bezug auf die gemeinsame Stellungnahme der Thüringer**  
**Fachkrankenhäuser mit Maßregelvollzug**

Sehr geehrte Frau Ministerialrätin Baierl,  
sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit bedanken wir uns für die Gelegenheit, zu dem Antrag der FDP und zu dem Fragenkatalog der CDU-Fraktion zu o.g. Thematik eine Stellungnahme abgeben zu können. Da uns die Abstimmung zwischen den drei Thüringer Fachkliniken mit Maßregelvollzügen in dieser wichtigen Thematik von Vorteil erschien, bitten wir Sie um Verständnis, dass wir nachfolgend inhaltlich mit dieser Stellungnahme übereinstimmen.

Wir unterstützen grundsätzlich die Zielstellung des o. g. Antrags und begrüßen die Erörterung der aufgeführten Fragestellungen.

**Zu den Fragen nehmen wir im Einzelnen wie folgt Stellung:**

1. Der vorgelegte Gesetzentwurf basiert auf den Feststellungen der Urteile des 2. Senats des Bundesverfassungsgerichtes vom 24. Juli 2018 (2 BvR 309/15, 2 BvR 309/16). Eine derartige Einschätzung können wir nicht abschließend vornehmen, da dies einer juristischen Einschätzung bedarf.

Da die Erreichbarkeit der Gerichte auch in der Nacht sowie an Wochenenden und Feiertagen gegeben sein muss, ist es notwendig, dies gleichfalls gesetzlich zu regeln.

Seiten 1 von 5

2. Die Umsetzung der Festlegungen des vorgelegten Gesetzentwurfes würde Arbeits- und Organisationsabläufe wesentlich verbessern und rechtssicherer machen. Damit würde Konfliktpotenzial bei der Lösung akuter Eskalationssituationen erheblich vermindert werden.

**Begründung:**

Alle Formen der Anordnung besonderer Schutz- und Sicherungsmaßnahmen, wie die Einschränkung des Aufenthaltes im Freien zusammen mit anderen Untergebrachten, die Wegnahme von Gegenständen, die Absonderung in einem besonderen Raum oder bei erhöhter Fluchtgefahr die Feststellung bei der Ausführung, Vorführung oder einem Transport bedürfen in Thüringer Maßregelvollzügen aktuell der vorherigen Zustimmung eines/r Interventionsbeauftragten. Bei Gefahr in Verzug ist die Zustimmung des/r Interventionsbeauftragten unverzüglich nachzuholen.

Diese Regelung erfordert nicht nur einen erheblichen Arbeitsaufwand, auch für den verantwortlichen Arzt, sondern stört zugleich empfindlich die Organisationsabläufe.

Allein die Problematik, dass, wenn der verantwortliche Facharzt auf der Basis seiner Sach- und Fachkunde bei einem Untergebrachten die gegenwärtige erhebliche Selbst- oder Fremdgefährdung oder die gegenwärtige erhebliche Gefährdung der Rechtsgüter Dritter festgestellt hat, er den Interventionsbeauftragten am Telefon davon jedoch nicht überzeugen kann, und dieser die Zustimmung nicht erteilt, kann sich ein Dilemma entwickeln. Dies besteht darin, dass sich der verantwortliche Facharzt generell bzw. im Einzelfall nicht mehr traut, die besonderen Schutz- und Sicherungsmaßnahmen anzuordnen, obschon er überzeugt ist, dass aufgrund eines psychopathologischen Ausnahmezustandes beim Untergebrachten eine erhebliche Selbst- und Fremdgefährdung besteht.

Ordnet er die besonderen Schutz- und Sicherungsmaßnahmen nicht an, weil er die Zustimmung des Interventionsbeauftragten nicht hat, und begeht der Untergebrachte im Nachgang einen Suizid, so übernimmt der Interventionsbeauftragte nicht die Verantwortung. Die Verantwortlichkeit bleibt beim behandelnden Facharzt.

Bezüglich der besonderen Schutz- und Sicherungsmaßnahmen ist es unzureichend, dass Fesselungen nur bei zusätzlicher, erhöhter Fluchtgefahr verhängt werden können und die Fesselung bei einer Ausführung, Vorführung oder beim Transport eines Untergebrachten bisher nur dann erlaubt sind. Erfahrungsgemäß besteht auch bei Untergebrachten mit sehr hohem Aggressionspotential und nicht einschätzbaren impulshaften Handlungen die Notwendigkeit einer Fesselung bei Ausführungen, Vorführungen und Transporten, auch ohne dass erhöhte Fluchtgefahr besteht. Dies ist erforderlich, um Verletzungen des begleitenden Personals zu vermeiden.

§ 14 ThürMRVG (neu) sieht vor, dass die besonderen Sicherungsmaßnahmen nach Abs. 1 Nummer 1-4 durch die fachliche Einrichtungsleitung, eine zuständige Ärztin oder einen zuständigen Arzt oder eine zuständige Psychotherapeutin oder einen zuständigen Psychotherapeuten angekündigt und angeordnet werden können. Die Zustimmung des Interventionsbeauftragten ist nicht mehr erforderlich.

Die geplante Änderung unter Abs. 2 hat dahingehend Auswirkungen, dass in Zukunft die fachliche Einrichtungsleitung (also auch eine Juristin/ein Jurist) oder der/die zuständige Arzt/Ärztin (also auch ohne Facharztanerkennung) oder eine Psychotherapeutin/ein Psychotherapeut (also auch eine

Psychologin/ein Psychologe, die/der noch kein psychologischer Psychotherapeut ist) Sicherungsmaßnahmen von Abs. 1 Nr. 1-4 anordnen können soll, ist nicht angemessen. Die Anordnung von besonderen Sicherungsmaßnahmen bedarf einer breiten psychiatrischen und psycho-therapeutischen Erfahrung durch eine mehrjährige Tätigkeit im Maßregelvollzug. „Zuständige Ärzte“ und „zuständige Psychotherapeuten“ könnten sonst Personen sein, die kaum oder gar nicht über klinische Erfahrungen in diesem Bereich verfügen.

Besondere Sicherungsmaßnahmen sollten nur von der Vollzugsleitung und der von ihr benannten Vertretung anzuordnen sein. Notwendigerweise muss diese Person wie oben beschrieben im Maßregelvollzug mehrjährig erfahren sein, sie kann dabei ein Facharzt/ eine Fachärztin für Psychiatrie, für Kinder- und Jugendpsychiatrie, für Psychosomatik, eine Ärztin/ein Arzt ohne abgeschlossene Facharztweiterbildung, eine Psychologische Psychotherapeutin/ein Psychologischer Psychotherapeut oder eine Psychologin/ein Psychologe ohne abgeschlossene Therapieausbildung sein. Die Erweiterung der Anordnungserlaubnis auf nicht ärztliche Berufsgruppen ist aus fachlicher Sicht dringend überfällig.

Die Änderung, dass bei Gefahr im Vollzug besondere Sicherungsmaßnahmen nach Abs. 1-4 auch durch anderes therapeutisches oder pflegerisches Personal der Einrichtung angeordnet werden können soll, sind zu befürworten, selbstverständlich ist aber frühestmöglich die Vollzugsleitung bzw. die für diese Aufgaben benannte Vertretung darüber zu informieren. Die geplante Änderung einer durchgängigen 1:1-Betreuung bei Fixierungen wird aufgrund der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes schon so gehandhabt. Die durchgängige 1:1-Betreuung ist aus medizinischen und psychotherapeutischen Gründen dringend erforderlich. Die Anforderung, dass diese durch „therapeutisches oder pflegerisches Personal, dass durch Ärzte in solche Aufgaben eingewiesen wurde“ erfolgen muss, halten wir für richtig.

Aufgrund der derzeitigen Versorgungsstrukturen im Maßregelvollzug mit erheblichem Personalmangel im pflegerischen Bereich ist eine kontinuierliche 1:1-Betreuung „nur durch erfahrenes Fachpersonal“ (dies bedeutet: examinierte Fachkräfte für Pflege) aktuell schon sehr schwer zu gewährleisten, da dieses innerhalb einer Schicht immer auch für andere, medizinische Aufgaben (Ausgabe der Medikation etc.) herangezogen werden muss. Examinierte Pflegekräfte stehen auf dem Arbeitsmarkt kaum noch zur Verfügung. Ein Problem, das auch nicht durch bessere Entlohnung allein gelöst werden kann. Das „erforderliche Maß der ärztlichen Kontrolle“ während der Sicherungsmaßnahme „Fixierung“ sollte durch fachärztliche Beurteilung festgelegt werden.

Wichtig erscheint, dass in § 14 Abs. 7 ThürMRVG hingewiesen wird, dass ein Untergebrachter bei besonderen Sicherungsmaßnahmen nach Abs. 1 Nummer 3-5 auf die Möglichkeit einer nachträglichen gerichtlichen Überprüfung ihrer Zulässigkeit hinzuweisen ist.

Auch für die Mitarbeiter:innen ist im jeweiligen Kontext zu erwarten, so die Erfahrung der vergangenen 20 Jahre, dass sie erhebliche Stress- und Arbeitsbelastung erfahren, wenn sie den Untergebrachten nicht ausreichend gesichert sehen, nachdem der zuständige Arzt akute Suizidalität festgestellt hat.

3. Nach den vorliegenden Erfahrungen können zusätzlichen Kosten anfallen. Die Einrichtungen gehen davon aus, dass für die 1:1-Betreuung Fachpersonal erforderlich ist, aber es keine examinierten Pflegekräfte sein müssen. Die Kosten würden dann steigen, wenn die Forderung bestünde, examiniertes Pflegepersonal einzustellen, um den erhöhten Personalbedarf abzudecken.

4. Der vorgelegte Gesetzentwurf wird nach vorliegenden Erfahrungen keine gravierenden negativen Auswirkungen auf die im Thüringer Maßregelvollzug Untergebrachten haben. Grundsätzlich besteht dadurch die Möglichkeit einer besseren Untergebrachtenbetreuung. Allerdings könnte es zu fachlich nicht fundierten Entscheidungen kommen, wenn im Maßregelvollzug unerfahrene Ärzte, Psychologen oder Juristen Sicherungsmaßnahmen anordnen dürften, was bedeuten könnte, dass diese zu früh, zu spät oder fälschlicherweise verhängt würden.
5. Die in § 14 Abs. 1 ThürPsychKG bzw. § 26 Abs. 1 ThürMRVG genannte Einschränkung grenzt nur bei „gegenwärtigen erheblichen Selbst- oder Fremdgefährdung oder einer gegenwärtigen erheblichen Gefährdung bedeutender Rechtsgüter Dritter“ im richtigen Maße ein, in welchen Situationen besondere Sicherungsmaßnahmen nach § 14 Abs. 1 ThürPsychKG bzw. § 26 Abs. 1 ThürRVG ergriffen werden können. Die Formulierung grenzt die Situation ausreichend ein.
6. Die in § 14 ThürPsychKG bzw. § 26 ThürMRVG Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 vorgesehene Vorenthaltung von Gegenständen sollte neben der Wegnahme ausdrücklich erlaubt sein.
7. Es ist nicht erforderlich zusätzlich zu den in § 14 ThürPsychKG bzw. § 26 ThürMRVG Abs. 1 Satz 1 Nr. 1-5 genannten besonderen Sicherungsmaßnahmen weitere Maßnahmen zu nennen, wie etwa die Absonderung von anderen Patienten bzw. Untergebrachten oder die medikamentöse Ruhigstellung. Die erwähnte sogenannte „medikamentöse Ruhigstellung“ ist unnötig. Untergebrachte im Maßregelvollzug müssen nicht und werden nicht „ruhiggestellt“.

Die medikamentöse Zwangsbehandlung von Maßregelvollzugsuntergebrachten ist in § 29 ThürMRVG geregelt. Hier muss dringend eine Änderung erfolgen im Sinne einer Regelung, welche ermöglichen sollte, dass Untergebrachte „zur Erreichung des Vollzugsziels (nämlich der Sicherung der Allgemeinheit durch eine Besserung der sog. „Anlasserkrankung“ des Untergebrachten, welche für seine Gefährlichkeit ursächlich ist) zwangsbehandelt werden dürfen. Dies sollte genehmigt werden, sofern Untergebrachte im Maßregelvollzug die medikamentöse Behandlung ihrer sog. „Anlasserkrankung“ mehrfach abgelehnt haben, diesbezüglich aber nicht einwilligungsfähig sind und folglich nicht erlassen können, was eine Ablehnung für sie selbst bedeutet. Die Konsequenz wäre ein jahrelanges, reines „Verwahren und Sichern“ psychisch schwer kranker – oft junger! – Menschen im Maßregelvollzug, welche aufgrund fortbestehender Gefährlichkeit nicht gelockert werden können, da die zugrundeliegende psychiatrische Erkrankung nicht medikamentös behandelt werden kann.

Selbstverständlich müssten alle anderen Bedingungen für medikamentöse Zwangsbehandlungen (wie z.B. Nutzen-Schaden-Abwägung, mehrmalige Ablehnung der oralen Einnahme, Geeignetheit des Präparates, mildestes Mittel, fehlende ablehnende Patientenverfügung etc.) erfüllt sein.

8. Die Lösung stellt sich rechtssicher und praktikabel dar.
9. Eine für den Untergebrachten verständliche Ankündigung (§ 26 Abs. 2 ThürMRVG) und Nachbesprechung (§ 14 Abs. 6 ThürPsychKG bzw. § 26 Abs. 7 ThürMRVG) der besonderen Sicherungsmaßnahmen nach § 14 Abs. 1 ThürPsychKG bzw. § 26 Abs. 1 ThürMRVG sollte gesetzlich fixiert werden. Dies ist bereits im Thüringer Maßregelvollzugsgesetz geregelt.

10. Angepasstes Dokumentationsblatt vor Ort in den Thüringer Maßregelvollzügen in Abstimmung mit den Interventionsbeauftragten. Dieses sollte schriftlich erfolgen und folgende Inhalte umfassen:
- Beginn der Fixierung
  - Ende der Fixierung
  - Grund für die Fixierung
  - Dauer der Fixierung
11. Die Regelungen in § 14 ThürPsychKG und § 26 ThürMRVG sollten generell synchronisiert werden.

**Weitere Anmerkungen zum Entwurf:**

In medizinisch begründeten Ausnahmefällen muss es weiterhin möglich sein, eine 1:1- Betreuung mittels Videoüberwachung durchführen zu können.

Im Übrigen wird ausdrücklich begrüßt, dass die 1:1-Betreuung nicht nur von examiniertem Pflegepersonal, sondern auch von ärztlich eingewiesenem Personal übernommen werden kann.

Freundliche Grüße

1. Vorsitzende des Verbandes

**Formblatt zur Datenerhebung**  
**nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilG in der Beteiligtransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Zu welchem <b>Gesetzentwurf</b> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?												
<b>Gesetz zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur Hilfe und Unterbringung psychisch kranker Menschen und zur Änderung des Thüringer Maßregelvollzugsgesetzes (Gesetz zur notwendigen Ausgestaltung des Richtervorbehalts)</b> Gesetzentwurf der Parlamentarischen Gruppe der FDP - Drucksache 7/5264 -												
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer <b>juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)											
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td rowspan="3"> <b>BdB</b> BUNDESVERBAND DER          BERUFSBETREUER/INNEN          Landesverband Thüringen          Alfred-Hess-Str. 36 - 99094 Erfurt          Tel. 0361 55 400 110 Fax 0361 55 400 115       </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Geschäfts- oder Dienstadresse	<b>BdB</b> BUNDESVERBAND DER BERUFSBETREUER/INNEN Landesverband Thüringen Alfred-Hess-Str. 36 - 99094 Erfurt Tel. 0361 55 400 110 Fax 0361 55 400 115	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Postleitzahl, Ort					
	Name	Organisationsform										
	Geschäfts- oder Dienstadresse	<b>BdB</b> BUNDESVERBAND DER BERUFSBETREUER/INNEN Landesverband Thüringen Alfred-Hess-Str. 36 - 99094 Erfurt Tel. 0361 55 400 110 Fax 0361 55 400 115										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)											
Postleitzahl, Ort												
2.	Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilG)											
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <div style="display: flex; justify-content: space-between;"> <span>Geschäfts- oder Dienstadresse</span> <input type="checkbox"/> Wohnadresse         </div> </td> </tr> <tr> <td colspan="2">           (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)         </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td></td> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname	<div style="display: flex; justify-content: space-between;"> <span>Geschäfts- oder Dienstadresse</span> <input type="checkbox"/> Wohnadresse         </div>		(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer			Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname										
	<div style="display: flex; justify-content: space-between;"> <span>Geschäfts- oder Dienstadresse</span> <input type="checkbox"/> Wohnadresse         </div>											
	(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)											
Straße, Hausnummer												
	Postleitzahl, Ort											



TUT/11833/22/3

3.	Was ist der <b>Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBetellG)	
	reduktierte Betreuung von Menschen mit Behinderung und Krankheit	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die <b>wesentlichen Inhalte</b> (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren <b>zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBetellG)	
	• Kritik ist die fehlende Gesamtbeurteilung des Ges. Entw. in Bezug auf Möglichkeiten zur Vermeidung von Zwang • Fehlende Bezug auf eine wissenschaftlich-forschende Begleitung • statt Erfassung und Evaluation von sozialen Zwangs- maßnahmen.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBetellG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6) <input type="checkbox"/> nein	
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem <b>Anlass</b> haben Sie sich geäußert?	
	In welcher <b>Form</b> haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich <b>als Anwaltskanzlei im Auftrag</b> eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBetellG)	
	<input type="checkbox"/> ja <input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)	
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren <b>Auftraggeber!</b>	



7.	<b>Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu?</b> (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 06.05.2022	

Thüringer Landtag  
Ausschuss für Soziales, Arbeit,  
Gesundheit und Gleichstellung  
Jürgen-Fuchs-Straße 1  
99096 Erfurt

THÜR. LANDTAG POST  
26.08.2022 11:59  
21301/2022

- per E-Mail -  
[poststelle@thueringer-landtag.de](mailto:poststelle@thueringer-landtag.de)

[www.berufsbetreuung.de](http://www.berufsbetreuung.de)

Erfurt, den 26. August 2022

**Stellungnahme  
des Bundesverbands der Berufsbetreuer/innen e.V.  
zum Gesetzentwurf zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur  
Unterbringung psychisch kranker Menschen und zur Änderung des  
Thüringer Maßregelvollzugsgesetzes (Drucksache 7/5264)**

---

Der Bundesverband der Berufsbetreuer/innen e.V. (BdB) vertritt die Interessen von rund 7.500 beruflich tätigen rechtlichen Betreuer\*innen. Er ist die kollegiale Heimat seiner Mitglieder und macht Politik für deren Interessen. Der BdB stärkt seine Mitglieder darin, Menschen mit Betreuungsbedarf professionell zu unterstützen, ein Leben nach eigenen Wünschen und Vorstellungen zu führen – selbstbestimmt und geschützt.

---

## **I. Vorbemerkungen**

Der BdB bedankt sich für die Möglichkeit, Stellung zu beziehen zum Gesetzentwurf zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur Unterbringung psychisch kranker Menschen und zur Änderung des Thüringer Maßregelvollzugsgesetzes (Drucksache 7/5264).

Das Thüringer Gesetz zur Hilfe und Unterbringung psychisch kranker Menschen (ThürPsychKG) regelt die freiheitsentziehende Unterbringung psychisch kranker Menschen im Falle akuter Selbst- oder Fremdgefährdung in einem psychiatrischen Fachkrankenhaus, das Thüringer Maßregelvollzugsgesetz (ThürMRVG) die freiheitsentziehende Unterbringung von psychisch kranken oder suchtkranken Straftätern.

Mit der geplanten Änderung der genannten Gesetze sollen die Erfordernisse aus der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zur Zulässigkeit von Fixierungen vom 24.07.2018 (2 BvR 309/15, 2 BvR 502/16) umgesetzt werden.

## **II. Stellungnahme**

Die vorgeschlagenen Änderungen erscheinen nach Ansicht des BdB insgesamt frei von inhaltlichen Widersprüchen. Es ist allerdings zu kritisieren, warum die aktuelle Möglichkeit nicht genutzt wird, weitere Schwachstellen der Gesetze einer Überarbeitung zu unterziehen.

---

Denn beide Gesetze genügen nicht den Ansprüchen einer menschenrechtsbasierten Psychiatrie.

Im dritten Bericht über die Entwicklung der Menschenrechtssituation in Deutschland stellt das Deutsche Institut für Menschenrechte (DIMR) z.T. deutliche Mängel im Bereich der Zwangsmaßnahmen in der allgemeinen Psychiatrie fest (BT-Drs.19/6493), insbesondere Thüringen schneidet dabei schlecht ab (S. 69). Dies allein sollte eigentlich Anlass sein, das gesamte ThürPsychKG sowie das ThürMRVG in den Blick zu nehmen.

Allerdings sind es nicht nur die rechtlichen Vorgaben, die angesichts der Notwendigkeit einer kritischen Gesamtbetrachtung zu betrachten sind, sondern auch bestehende rechtliche und praktische Ansätze zur Zwangsvermeidung. Beispiele sind die ambulanten Hilfsangebote, der Blick auf die Klinikstrukturen, verschiedene „gelebte“ Konzepte zur Zwangsvermeidung, Besuchskommissionen usw. Thüringen fällt bspw. bei den Regelungen zur Ausgestaltung der Besuchskommissionen im Vergleich mit anderen Bundesländern ebenso zurück (S. 85).

Schließlich moniert der BdB die mangelhafte Forschungslage zum Thema Zwangsmaßnahmen. Die Notwendigkeit der systematischen Forschung zu Ausmaß und Auswirkung, Entstehung, Vorbeugung und Verhinderung von Zwangsmaßnahmen ist dringend gegeben, da dies die Grundlage für die Steuerung und Entwicklung, sowie die Verbesserung des Versorgungssystems darstellt, mit dem Ziel einer Reduktion von Zwang, der Entwicklung von Behandlungsstandards sowie generell einer den Menschenrechten verpflichteten Psychiatrie. Das Problem besteht allerdings nicht nur in der mangelnden Forschung, sondern beginnt bereits bei der Validität erhobener Standarddaten. Die verfügbare Routinedokumentation in der Psychiatrie stellt sich aus unterschiedlichen Gründen ebenso als unzulänglich heraus. In der Mehrzahl der deutschen psychiatrischen Kliniken wird Zwang nicht systematisch statistisch erfasst und ausgewertet. Dieser Mangel ist fatal. Es fehlen bundesweit einheitliche Datenerhebungen. Die Kulturhoheit der Bundesländer sorgt mit ihren unterschiedlichen Psychiatriegesetzen überdies für eine unübersichtliche und sich vom Anspruch stark unterscheidende Datenlage, die nur beschwerlich interpretiert werden kann. Die Zahlen über die Anwendung von Zwangsbehandlungen sind daher unbekannt und basieren nur auf Schätzungen. Trotz vereinzelnder Fortschritte und Bewegungen in diesem Thema ist noch viel zu wenig getan.

Der Landesgesetzgeber sollte hier den Anspruch verfolgen, dass ausreichend, regelmäßig und verpflichtend Standarddaten zu Zwangsmaßnahmen erhoben werden. Eine „Black Box“, wie es jahrzehntelang betrieben wurde, kann keine Lösung bleiben.

Die beispielhaften Punkte zeigen, dass das ThürPsychKG wie auch das ThürMRVG noch weit davon entfernt sind, um den Ansprüchen einer menschenrechtsbasierten Psychiatrie zu entsprechen. Eine umfangreichere Überarbeitung als nur die Erfordernisse aus der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zur Zulässigkeit von Fixierungen vom 24.07.2018 umzusetzen erscheint notwendig.

### **III. Zusammenfassung & Positionen des BdB**

Der vorliegende Gesetzentwurf zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur Unterbringung psychisch kranker Menschen und zur Änderung des Thüringer Maßregelvollzugsgesetzes will die Erfordernisse aus der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zur Zulässigkeit von Fixierungen vom 24.07.2018 (2 BvR 309/15, 2 BvR 502/16) umsetzen. Der BdB ist jedoch der Ansicht, dass die vorhanden z.T. deutlichen Schwachstellen der beiden Gesetze ebenso überarbeitet werden sollten.

Mit freundlichen Grüßen

**Formblatt zur Datenerhebung**  
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
<b>Gesetz zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur Hilfe und Unterbringung psychisch kranker Menschen und zur Änderung des Thüringer Maßregelvollzugsgesetzes (Gesetz zur notwendigen Ausgestaltung des Richtervorbehalts)</b> Gesetzentwurf der Parlamentarischen Gruppe der FDP - Drucksache 7/5264 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">DGPPN</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Reinhardtstraße</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">29</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">10117, Berlin</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform		DGPPN	Geschäfts- oder Dienstadresse	Reinhardtstraße	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	29	Postleitzahl, Ort	10117, Berlin
	Name	Organisationsform									
		DGPPN									
	Geschäfts- oder Dienstadresse	Reinhardtstraße									
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	29									
Postleitzahl, Ort	10117, Berlin										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)</small>										
	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="padding: 2px;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse      <input type="checkbox"/> Wohnadresse  <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Straße, Hausnummer</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Leitung Wissenschaftlicher Dienst DGPPN, Politikbeauftragter des Vorstands	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Der Gesetzentwurf wird insgesamt begrüßt. Eine Änderung sollte jedoch dringend hinsichtlich der Anordnung von besonderen Sicherungsmaßnahmen dahingehend erfolgen, dass nur Ärzte diese regelhaft anordnen dürfen. Zudem sollte ergänzt werden, dass die dokumentierten Zwangsmaßnahmen jährlich in anonymisierter Form an die Fachaufsicht weitergeleitet werden und eine Veröffentlichung einer umfangreichen Statistik in geeigneter Form (vgl. Bericht der Ombudsstelle in Baden-Württemberg) zu erfolgen hat.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Berlin, 30.08.2022	

Stellungnahme  
30.08.2022

Thüringer Landtag  
Zuschrift  
7/2109  
zu Drs. 7/5264

## **Stellungnahme der DGPPN im Anhörungsverfahren zum Gesetzentwurf zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur Hilfe und Unterbringung psychisch kranker Menschen und zur Änderung des Thüringer Maßregelvollzugsgesetzes**

### **Fragenkatalog zur schriftlichen Anhörung zum Gesetzentwurf in Drucksache 7/5264**

*Entspricht der vorgelegte Gesetzentwurf Ihrer Ansicht nach dem Verfassungsgerichtsurteil vom 24. Juli 2018 (2 BvR 309/15, 2 BvR 502/16)? Welche Änderungen halten Sie für notwendig?*

Ja, der vorgelegte Entwurf entspricht nach Ansicht der DGPPN dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts.

*Grenzt die in § 14 Abs. 1 ThürPsychKG bzw. § 26 Abs. 1 ThürMRVG genannte Einschränkung, nur bei „gegenwärtigen erheblichen Selbst- oder Fremdgefährdung oder einer gegenwärtigen erheblichen Gefährdung bedeutender Rechtsgüter Dritter“ im richtigen Maße ein, in welchen Situationen besondere Sicherungsmaßnahmen nach § 14 Abs. 1 ThürPsychKG bzw. § 26 Abs. 1 ThürRVG ergriffen werden können?*

Im Wesentlichen grenzt die genannte Einschränkung die Situationen im richtigen Maße ein. Bei Selbstgefährdung sollte aus Sicht der DGPPN die Zulässigkeit der Fixierung in § 14 Abs. 1 Nr. 5 außerdem voraussetzen, dass dem Patienten infolge seines Krankheitszustands die Einsicht in die Schwere seiner Erkrankung und die Notwendigkeit von Behandlungsmaßnahmen oder die Fähigkeit fehlt, sich zu einer Behandlung zu entschließen.

*Sollten zusätzlich zu den in § 14 ThürPsychKG bzw. § 26 ThürMRVG Abs. 1 Satz 1 Nr. 1-5 genannten besonderen Sicherungsmaßnahmen weitere Maßnahmen genannt werden, wie etwa die Absonderung von anderen Patienten oder die medikamentöse Ruhigstellung?*

Anwendung findet häufig auch die sog. Zurückhaltung oder Festhalten. Auch ihre Anwendung sollte als besondere Sicherungsmaßnahme definiert werden und einem Richtervorbehalt unterworfen sein.

Die medikamentöse Ruhigstellung wird in vielen PsychKG im Rahmen von Behandlungen gegen den Willen geregelt, was von der DGPPN angemahnt wird, da es sich dabei nicht um eine therapeutische Behandlung handelt. Da sie jedoch regelhaft Anwendung findet, sollte sie im Rahmen der besonderen Sicherungsmaßnahmen geregelt werden.

Im Übrigen regt die DGPPN an, die bisher nur unzureichend im Thüringer PsychKG geregelte Anwendung von Behandlungen gegen den Willen der Patienten (§ 12) ebenfalls zu reformieren und dabei eine Analogie zur Regelung nach § 1906a BGB herzustellen.

*Ist die Lösung rechtssicher und praktikabel, besondere Sicherungsmaßnahmen nach § 14 Abs. 1 ThürPsychKG bzw. § 26 Abs. 1 ThürMRVG durch zuständige Ärzte oder Psychotherapeuten schriftlich anordnen zu lassen?*

Dass besondere Sicherungsmaßnahmen, auch mit Ausnahme der Fixierung wie hier vorgesehen, regelhaft auch von Psychotherapeuten angeordnet werden können, ist nach Kenntnis der DGPPN ein Novum unter den PsychKG. Laut S3-Leitlinie „Verhinderung von Zwang“ (DGPPN 2018, s. S. 227) darf eine freiheitsbeschränkende oder -entziehende Maßnahme nur von dem zuständigen Arzt aufgrund einer Urteilsbildung am psychisch erkrankten Menschen erfolgen und nur bei Gefahr im Verzug ohne ärztliche Anordnung erfolgen, die jedoch so rasch wie möglich nachzuholen ist. Die DGPPN empfiehlt daher dringend, dass die Anordnung freiheitsentziehender und -beschränkender Maßnahmen grundsätzlich weiterhin durch Ärzte zu erfolgen hat und eine Anordnung durch nicht-ärztliches Personal auf Situationen, bei denen Gefahr im Verzug besteht, zu beschränken.

Eine schriftliche Anordnung ist notwendig und entspricht den Empfehlungen der S3-Leitlinie (DGPPN 2018, s. S. 227). Zudem ist laut Leitlinie eine Aufklärung über die beabsichtigte Maßnahme erforderlich.

*Sollten eine für den Patienten verständliche Ankündigung (§ 26 Abs. 2 ThürMRVG) und Nachbesprechung (§ 14 Abs. 6 ThürPsychKG bzw. § 26 Abs. 7 ThürMRVG) der besonderen Sicherungsmaßnahmen nach § 14 Abs. 1 ThürPsychKG bzw. § 26 Abs. 1 ThürMRVG gesetzlich fixiert werden?*

Ja, dies ist notwendig und sollte in dem Falle, dass eine Übersetzung in eine andere Sprache notwendig ist, auch entsprechende Mittel für eine Übersetzung vorsehen.



*In welcher Form sollte die Dokumentation (§ 14 Abs. 7 ThürPsychKG bzw. § 26 Abs. 8 ThürMRVG) erfolgen und welche Inhalte der Dokumentation sind gesetzlich zu fixieren?*

Die Dokumentation sollte neben den im Entwurf enthaltenen Aspekten auch die Art der Maßnahme und vorherige Deeskalationsversuche umfassen (DGPPN 2018, s. S. 251).

Zudem wird angeregt, dass eine jährliche Meldung über Sicherungsmaßnahmen in verschlüsselter und anonymisierter Form an die Fachaufsicht und eine Veröffentlichung einer umfangreichen Statistik in geeigneter Form (siehe Bericht der Ombudsstelle in Baden-Württemberg § 10 des Gesetzes über Hilfen und Schutzmaßnahmen bei psychischen Krankheiten) zu erfolgen hat.

*Sollten die Regelungen in § 14 ThürPsychKG und § 26 ThürMRVG generell synchronisiert werden?*

Ja, die oben aufgeführten Regelungen sollten inklusive der Ergänzungsvorschläge der DGPPN in beiden Vorschriften synchronisiert werden, da beide Patientengruppen einen gleichberechtigten Anspruch auf größtmögliche Wahrung ihrer Patientenautonomie haben.

## Literatur

DGPPN (2018) S3-Leitlinie „Verhinderung von Zwang: Prävention und Therapie aggressiven Verhaltens bei Erwachsenen“ AWMF-Register Nr. 038-022. <https://www.dgppn.de/Resources/Persistent/154528053e2d1464d9788c0b2d298ee4a9d1cca3/S3%20LL%20Verhinderung%20von%20Zwang%20LANG+LITERATUR%20FINAL%2010.9.2018.pdf>

**Formblatt zur Datenerhebung**  
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenz dokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Zu welchem <b>Gesetzentwurf</b> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
<b>Gesetz zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur Hilfe und Unterbringung psychisch kranker Menschen und zur Änderung des Thüringer Maßregelvollzugsgesetzes (Gesetz zur notwendigen Ausgestaltung des Richtervorbehalts)</b> Gesetzentwurf der Parlamentarischen Gruppe der FDP - Drucksache 7/5264 -											
<b>1.</b>	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
	<table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%; border: none;">Name</td> <td style="width: 50%; border: none;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="border: none;"></td> <td style="border: none;">Forensische Klinik gGmbH</td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="border: none;">ÖHK Ökumenisches Hämatologie-Kliniken</td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="border: none;">Pfadlerode 102</td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border: none;">99974 Mühlhausen</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform		Forensische Klinik gGmbH	Geschäfts- oder Dienstadresse	ÖHK Ökumenisches Hämatologie-Kliniken	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Pfadlerode 102	Postleitzahl, Ort	99974 Mühlhausen
	Name	Organisationsform									
		Forensische Klinik gGmbH									
	Geschäfts- oder Dienstadresse	ÖHK Ökumenisches Hämatologie-Kliniken									
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Pfadlerode 102									
Postleitzahl, Ort	99974 Mühlhausen										
<b>2.</b>	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)</small>										
	<table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%; border: none;">Name</td> <td style="width: 50%; border: none;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="border: none;"></td> <td style="border: none;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="border: none;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse      <input type="checkbox"/> Wohnadresse  <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Straße, Hausnummer</td> <td style="border: none;"></td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border: none;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3.	<b>Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBetellG)	
	<i>Chefärztin der Forensischen Klinik          (psychiatr. + med. Versorgung der Pat., fachlich. Risikoeinschätzung)</i>	
4.	<b>Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher</b> <input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBetellG)  Die Umsetzung der Festlegungen des vorgelegten Gesetzentwurfes würde Arbeits- und Organisationsabläufe wesentlich verbessern und rechtssicher machen. Damit würde Konfliktpotenzial bei der Lösung akuter Eskalationssituationen erheblich vermindert werden. Alle Formen der Anordnung besonderer Schutz- und Sicherungsmaßnahmen der Unterbrachten, bedürfen in den Thüringer Maßregelvollzügen aktuell der vorherigen Zustimmung eines/r Interventionsbeauftragten. Diese Regelung erfordert nicht nur einen erheblichen Arbeitsaufwand, doch auch für den verantwortlichen Arzt, sondern stört zugleich empfindlich die Organisationsabläufe. Die Anordnung von besonderen Sicherungsmaßnahmen bedarf nicht unbedingt einer ärztlichen Qualifikation, aber einer breiten psychiatrischen und psychotherapeutischen Erfahrung durch eine mehrjährige Tätigkeit im Maßregelvollzug. Nach den vorliegenden Erfahrungen können zusätzliche Kosten anfallen. Die Einrichtungen gehen davon aus, dass für die 1:1-Betreuung Fachpersonal erforderlich ist, aber es keine examinierten Pflegekräfte sein müssen. Die Kosten würden dann steigen, wenn die Forderung bestünde, examiniertes Pflegepersonal einzustellen, um erhöhten Personalbedarf abzudecken.	
5.	<b>Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBetellG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	<b>Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?</b>     <b>In welcher Form haben Sie sich geäußert?</b> <input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	<b>Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBetellG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	<b>Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!</b>   	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtransparenzdokumentation zu? (§ 6 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Lühlhausen, 29.08.2022	

THÜR. LANDTAG POST  
31.08.2022 10:14

21591/2022



Ökumenisches  
Hainich Klinikum

Ökumenisches Hainich Klinikum gGmbH  
Pfalferode 102 · 99974 Mühlhausen

Geschäftsführung

Thüringer Landtag

Jürgen-Fuchs-Str. 1  
99096 Erfurt

Zeichen: fliege/aw

Per E-Mail: [poststelle@thueringer-landtag.de](mailto:poststelle@thueringer-landtag.de)

29.08.2022

Ihre Nachricht vom 15.07.2022

AZ: 7/5264

**Gesetzentwurf der Parlamentarischen Gruppe der FDP Drucksache 7/5264**

**Anhörungsverfahren gemäß § 79 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtags**

**hier: Stellungnahme der ÖHK gGmbH Mühlhausen mit Bezug auf die gemeinsame  
Stellungnahme der Thüringer Fachkrankenhäuser mit Maßregelvollzug**

sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit bedanken wir uns für die Gelegenheit, zu dem Antrag der FDP und zu dem Fragenkatalog der CDU-Fraktion zu o.g. Thematik eine Stellungnahme abgeben zu können. Da uns die Abstimmung zwischen den drei Thüringer Fachkliniken mit Maßregelvollzügen in dieser wichtigen Thematik von Vorteil erschien, bitten wir Sie um Verständnis, dass wir nachfolgend inhaltlich mit der von den drei Fachkliniken übersandten Stellungnahme übereinstimmen.

Wir unterstützen grundsätzlich die Zielstellung des o. g. Antrags und begrüßen die Erörterung der aufgeführten Fragestellungen.

Ökumenisches Hainich Klinikum gGmbH  
Akademisches Lehrkrankenhaus des  
Universitätsklinikums Jena

Pfalferode 102  
99974 Mühlhausen  
T +49 3601 80-30  
F +49 3601 80-3104

Fachkrankenhaus für Psychiatrie,  
Kinder- und Jugendpsychiatrie,  
Psychosomatik und Neurologie



**Zu den Fragen nehmen wir im Einzelnen wie folgt Stellung:**

1. Der vorgelegte Gesetzentwurf basiert auf den Feststellungen der Urteile des 2. Senats des Bundesverfassungsgerichtes vom 24. Juli 2018 (2 BvR 309/15, 2 BvR 309/16). Eine derartige Einschätzung können wir nicht abschließend vornehmen, da dies einer juristischen Einschätzung bedarf.

Da die Erreichbarkeit der Gerichte auch in der Nacht sowie an Wochenenden und Feiertagen gegeben sein muss, ist es notwendig, dies gleichfalls gesetzlich zu regeln.

2. Die Umsetzung der Festlegungen des vorgelegten Gesetzentwurfes würde Arbeits- und Organisationsabläufe wesentlich verbessern und rechtssicherer machen. Damit würde Konfliktpotenzial bei der Lösung akuter Eskalationssituationen erheblich vermindert werden.

**Begründung:**

Alle Formen der Anordnung besonderer Schutz- und Sicherungsmaßnahmen, wie die Einschränkung des Aufenthaltes im Freien zusammen mit anderen Untergebrachten, die Wegnahme von Gegenständen, die Absonderung in einem besonderen Raum oder bei erhöhter Fluchtgefahr die Fesselung bei der Ausführung, Vorführung oder einem Transport bedürfen in Thüringer Maßregelvollzügen aktuell der vorherigen Zustimmung eines/r Interventionsbeauftragten. Bei Gefahr in Verzug ist die Zustimmung des/r Interventionsbeauftragten unverzüglich nachzuholen.

Diese Regelung erfordert nicht nur einen erheblichen Arbeitsaufwand, auch für den verantwortlichen Arzt, sondern stört zugleich empfindlich die Organisationsabläufe.

Allein aus der Problematik, dass, wenn der verantwortliche Facharzt auf der Basis seiner Sach- und Fachkunde bei einem Untergebrachten die gegenwärtige erhebliche Selbst- oder Fremdgefährdung oder die gegenwärtige erhebliche Gefährdung der Rechtsgüter Dritter festgestellt hat, er den Interventionsbeauftragten am Telefon davon jedoch nicht überzeugen kann, und dieser die Zustimmung nicht erteilt, kann sich ein Dilemma entwickeln. Dies besteht darin, dass der verantwortliche Facharzt generell bzw. im Einzelfall zögern könnte, die besonderen Schutz- und Sicherungsmaßnahmen anzuordnen, obschon er überzeugt ist, dass aufgrund eines psychopathologischen Ausnahmezustandes beim Untergebrachten eine erhebliche Selbst- und Fremdgefährdung besteht.

Ordnet er die besonderen Schutz- und Sicherungsmaßnahmen nicht an, weil er die Zustimmung des Interventionsbeauftragten nicht erreichen konnte, und begeht der Untergebrachte im Nachgang einen Suizid, so übernimmt der

Interventionsbeauftragte nicht die Verantwortung. Die Verantwortlichkeit bleibt beim behandelnden Facharzt.

Bezüglich der besonderen Schutz- und Sicherungsmaßnahmen ist es unzureichend, dass Fesselungen nur bei zusätzlicher, erhöhter Fluchtgefahr verhängt werden können und die Fesselung bei einer Ausführung, Vorführung oder beim Transport eines Untergebrachten bisher nur dann erlaubt sind. Erfahrungsgemäß besteht auch bei Untergebrachten mit sehr hohem Aggressionspotential und nicht einschätzbaren impulshaften Handlungen die Notwendigkeit einer Fesselung bei Ausführungen, Vorführungen und Transporten, auch ohne dass erhöhte Fluchtgefahr besteht. Dies ist erforderlich, um Verletzungen des begleitenden Personals zu vermeiden.

§ 14 ThürMRVG (neu) sieht vor, dass die besonderen Sicherungsmaßnahmen nach Abs. 1 Nummer 1-4 durch die fachliche Einrichtungsleitung, eine zuständige Ärztin oder einen zuständigen Arzt oder eine zuständige Psychotherapeutin oder einen zuständigen Psychotherapeuten angekündigt und angeordnet werden können. Die Zustimmung des Interventionsbeauftragten ist nicht mehr erforderlich.

Die geplante Änderung unter Abs. 2 hat dahingehend Auswirkungen, dass in Zukunft die fachliche Einrichtungsleitung (also auch eine Juristin/ein Jurist) oder der/die zuständige Arzt/Ärztin (also auch ohne Facharztanerkennung) oder eine Psychotherapeutin/ein Psychotherapeut (also auch eine Psychologin/ein Psychologe, die/der noch kein psychologischer Psychotherapeut ist) Sicherungsmaßnahmen von Abs. 1 Nr. 1-4 anordnen können soll, ist nicht angemessen. Die Anordnung von besonderen Sicherungsmaßnahmen bedarf einer breiten psychiatrischen und psychotherapeutischen Erfahrung durch eine mehrjährige Tätigkeit im Maßregelvollzug. „Zuständige Ärzte“ und „zuständige Psychotherapeuten“ könnten sonst Personen sein, die kaum oder gar nicht über klinische Erfahrungen in diesem Bereich verfügen.

Besondere Sicherungsmaßnahmen sollten nur von der Vollzugsleitung und der von ihr benannten Vertretung anzuordnen sein. Notwendigerweise muss diese Person wie oben beschrieben im Maßregelvollzug mehrjährig erfahren sein, sie kann dabei ein Facharzt/ eine Fachärztin für Psychiatrie, für Kinder- und Jugendpsychiatrie, für Psychosomatik, eine Ärztin/ein Arzt ohne abgeschlossene Facharztweiterbildung, eine Psychologische Psychotherapeutin/ein Psychologischer Psychotherapeut oder eine Psychologin/ein Psychologe ohne abgeschlossene Therapieausbildung sein. Die Erweiterung der Anordnungserlaubnis auf nicht ärztliche Berufsgruppen ist aus fachlicher Sicht dringend überfällig.

Die Änderung, dass bei Gefahr im Vollzug besondere Sicherungsmaßnahmen nach Abs. 1-4 auch durch anderes therapeutisches oder pflegerisches Personal der

Einrichtung angeordnet werden können soll, sind zu befürworten, selbstverständlich ist aber frühestmöglich die Vollzugsleitung bzw. die für diese Aufgaben benannte Vertretung darüber zu informieren. Die geplante Änderung einer durchgängigen 1:1-Betreuung bei Fixierungen wird aufgrund der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes schon so gehandhabt. Die durchgängige 1:1-Betreuung ist aus medizinischen und psychotherapeutischen Gründen dringend erforderlich. Die Anforderung, dass diese durch „therapeutisches oder pflegerisches Personal, dass durch Ärzte in solche Aufgaben eingewiesen wurde“ erfolgen muss, halten wir für richtig.

Aufgrund der derzeitigen Versorgungsstrukturen im Maßregelvollzug mit erheblichem Personalmangel im pflegerischen Bereich ist eine kontinuierliche 1:1-Betreuung „nur durch erfahrenes Fachpersonal“ (dies bedeutet: examinierte Fachkräfte für Pflege) aktuell schon sehr schwer zu gewährleisten, da dieses innerhalb einer Schicht immer auch für andere, medizinische Aufgaben (Ausgabe der Medikation etc.) herangezogen werden muss. Examinierte Pflegekräfte stehen auf dem Arbeitsmarkt kaum noch zur Verfügung. Ein Problem, das auch nicht durch bessere Entlohnung allein gelöst werden kann. Das „erforderliche Maß der ärztlichen Kontrolle“ während der Sicherungsmaßnahme „Fixierung“ sollte durch fachärztliche Beurteilung festgelegt werden.

Wichtig erscheint, dass in § 14 Abs. 7 ThürMRVG darauf hingewiesen wird, dass ein Untergebrachter bei besonderen Sicherungsmaßnahmen nach Abs. 1 Nummer 3-5 auf die Möglichkeit einer nachträglichen gerichtlichen Überprüfung ihrer Zulässigkeit hinzuweisen ist.

Auch für die Mitarbeiter:Innen ist im jeweiligen Kontext zu erwarten, so die Erfahrung der vergangenen 20 Jahre, dass sie erhebliche Stress- und Arbeitsbelastung erfahren, wenn sie den Untergebrachten nicht ausreichend gesichert sehen, nachdem der zuständige Arzt akute Suizidalität festgestellt hat.

3. Nach den vorliegenden Erfahrungen können zusätzlichen Kosten anfallen. Die Einrichtungen gehen davon aus, dass für die 1:1-Betreuung Fachpersonal erforderlich ist, aber es keine examinierten Pflegekräfte sein müssen. Die Kosten würden dann steigen, wenn die Forderung bestünde, examiniertes Pflegepersonal einzustellen, um den erhöhten Personalbedarf abzudecken.
4. Der vorgelegte Gesetzentwurf wird nach vorliegenden Erfahrungen keine gravierenden negativen Auswirkungen auf die im Thüringer Maßregelvollzug Untergebrachten haben. Grundsätzlich besteht dadurch die Möglichkeit einer besseren Untergebrachtenbetreuung. Allerdings könnte es zu fachlich nicht fundierten Entscheidungen kommen, wenn im Maßregelvollzug unerfahrene Ärzte,



Psychologen oder Juristen Sicherungsmaßnahmen anordnen dürften, was bedeuten könnte, dass diese zu früh, zu spät oder fälschlicherweise verhängt würden.

5. Die in § 14 Abs. 1 ThürPsychKG bzw. § 26 Abs. 1 ThürMRVG genannte Einschränkung grenzt nur bei „gegenwärtigen erheblichen Selbst- oder Fremdgefährdung oder einer gegenwärtigen erheblichen Gefährdung bedeutender Rechtsgüter Dritter“ im richtigen Maße ein, in welchen Situationen besondere Sicherungsmaßnahmen nach § 14 Abs. 1 ThürPsychKG bzw. § 26 Abs. 1 ThürMRVG ergriffen werden können. Die Formulierung grenzt die Situation ausreichend ein.
6. Die in § 14 ThürPsychKG bzw. § 26 ThürMRVG Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 vorgesehene Vorenthaltung von Gegenständen sollte neben der Wegnahme ausdrücklich erlaubt sein.
7. Es ist nicht erforderlich, zusätzlich zu den in § 14 ThürPsychKG bzw. § 26 ThürMRVG Abs. 1 Satz 1 Nr. 1-5 genannten besonderen Sicherungsmaßnahmen weitere Maßnahmen zu nennen, wie etwa die Absonderung von anderen Patienten bzw. Untergebrachten oder die medikamentöse Ruhigstellung. Die erwähnte sogenannte „medikamentöse Ruhigstellung“ ist unnötig. Untergebrachte im Maßregelvollzug müssen nicht und werden nicht „ruhiggestellt“.

Die medikamentöse Zwangsbehandlung von Maßregelvollzugsuntergebrachten ist in § 29 ThürMRVG geregelt. Hier muss dringend eine Änderung erfolgen im Sinne einer Regelung, welche ermöglichen sollte, dass Untergebrachte „zur Erreichung des Vollzugsziels (nämlich der Sicherung der Allgemeinheit durch eine Besserung der sog. „Anlasserkrankung“ des Untergebrachten, welche für seine Gefährlichkeit ursächlich ist) zwangsbehandelt werden dürfen. Dies sollte genehmigt werden, sofern Untergebrachte im Maßregelvollzug die medikamentöse Behandlung ihrer sog. „Anlasserkrankung“ mehrfach abgelehnt haben, diesbezüglich aber nicht einwilligungsfähig sind und folglich nicht ermessen können, was eine Ablehnung für sie selbst bedeutet. Die Konsequenz wäre ein jahrelanges, reines „Verwahren und Sichern“ psychisch schwer kranker – oft junger! – Menschen im Maßregelvollzug, welche aufgrund fortbestehender Gefährlichkeit nicht gelockert werden können, da die zugrundeliegende psychiatrische Erkrankung nicht medikamentös behandelt werden kann.

Selbstverständlich müssten alle anderen Bedingungen für medikamentöse Zwangsbehandlungen (wie z.B. Nutzen-Schaden-Abwägung, mehrmalige Ablehnung der oralen Einnahme, Geeignetheit des Präparates, mildestes Mittel, fehlende ablehnende Patientenverfügung etc.) erfüllt sein.

8. Die Lösung stellt sich rechtssicher und praktikabel dar.

9. Eine für den Untergebrachten verständliche Ankündigung (§ 26 Abs. 2 ThürMRVG) und Nachbesprechung (§ 14 Abs. 6 ThürPsychKG bzw. § 26 Abs. 7 ThürMRVG) der besonderen Sicherungsmaßnahmen nach § 14 Abs. 1 ThürPsychKG bzw. § 26 Abs. 1 ThürMRVG sollte gesetzlich fixiert werden. Dies ist bereits im Thüringer Maßregelvollzugsgesetz geregelt.
10. Angepasstes Dokumentationsblatt vor Ort in den Thüringer Maßregelvollzügen in Abstimmung mit den Interventionsbeauftragten. Dieses sollte schriftlich erfolgen und folgende Inhalte umfassen:
  - Beginn der Fixierung
  - Ende der Fixierung
  - Grund für die Fixierung
  - Dauer der Fixierung
11. Die Regelungen in § 14 ThürPsychKG und § 26 ThürMRVG sollten generell synchronisiert werden.

**Weitere Anmerkungen zum Entwurf:**

Im Übrigen wird ausdrücklich begrüßt, dass die 1:1-Betreuung nicht nur von examiniertem Pflegepersonal, sondern auch von ärztlich eingewiesenem Personal übernommen werden kann.

Mit freundlichen Grüßen

**Formblatt zur Datenerhebung**  
**nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtransparenz dokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtransparenz dokumentationsgesetz (ThürBeteil dokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteil dokG in der Beteiligtransparenz dokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Zu welchem <b>Gesetzentwurf</b> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
<b>Gesetz zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur Hilfe und Unterbringung psychisch kranker Menschen und zur Änderung des Thüringer Maßregelvollzugsgesetzes (Gesetz zur notwendigen Ausgestaltung des Richtervorbehalts)</b> Gesetzentwurf der Parlamentarischen Gruppe der FDP - Drucksache 7/5264 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer <b>juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteil dokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name <b>Landesärztekammer</b></td> <td style="width: 50%;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td><b>Zeitschriften</b></td> <td><b>KÖRPERSCHAFT</b></td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td><b>15 SECHS ICHT 33</b></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td><b>07751 JENA</b></td> </tr> </table>	Name <b>Landesärztekammer</b>	Organisationsform	<b>Zeitschriften</b>	<b>KÖRPERSCHAFT</b>	Geschäfts- oder Dienstadresse	<b>15 SECHS ICHT 33</b>	Straße, Hausnummer (oder Postfach)		Postleitzahl, Ort	<b>07751 JENA</b>
Name <b>Landesärztekammer</b>	Organisationsform										
<b>Zeitschriften</b>	<b>KÖRPERSCHAFT</b>										
Geschäfts- oder Dienstadresse	<b>15 SECHS ICHT 33</b>										
Straße, Hausnummer (oder Postfach)											
Postleitzahl, Ort	<b>07751 JENA</b>										
2.	Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteil dokG)</small>										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Vorname</td> </tr> <tr> <td> </td> <td> </td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse      <input type="checkbox"/> Wohnadresse  <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td> </td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td> </td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
Name	Vorname										
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>											
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der <b>Schwerpunkt</b> Ihrer inhaltlichen oder beruflichen <b>Tätigkeit</b> ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem <b>Anlass</b> haben Sie sich geäußert?	
	In welcher <b>Form</b> haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail	
	<input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich <b>als Anwaltskanzlei im Auftrag</b> eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren <b>Auftraggeber</b> !	

7.	<b>Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu?</b> (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
13.5.2022	

Landesärztekammer Thüringen | Postfach 100740 | 07707 Jena

Thüringer Landtag  
Ausschuss für Soziales, Arbeit, Gesundheit und  
Gleichstellung  
Jürgen-Fuchs-Straße 1  
99096 Erfurt

per Mail: [poststelle@thueringer-landtag.de](mailto:poststelle@thueringer-landtag.de)

Datum: 31.08.2022

**Gesetz zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur Hilfe und Unterbringung psychisch kranker Menschen  
und zur Änderung des Thüringer Maßregelvollzugsgesetzes  
(Gesetz zur notwendigen Ausgestaltung des Richtervorbehalts)**  
Gesetzentwurf der Parlamentarischen Gruppe der FDP  
- Drucksache 7/5264 -

Sehr geehrte Frau Ministerialrätin , sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für die Möglichkeit, zu dem im Betreff genannten Antrag Stellung nehmen zu können.

Die Landesärztekammer Thüringen schließt sich der in der Anlage beigefügten Stellungnahmen des Ökumenischen Hainich Klinikum gGmbH (formale Zuständigkeit federführend durch Frau /Chefärztin MRV, Herrn /Ärztlicher Direktor und /Ärztliche Direktorin und Mitglied des Suchtausschusses Landesärztekammer Thüringen - primär zuständig für Rechtsfragen) vollumfänglich an.

Für weitere Fragen stehen wir Ihnen gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Hauptgeschäftsführer

Anlagen

**Kontakt**

Im Semmlicht 33 | 07751 Jena

Tel.: 03641 614 - 0

Fax: 03641 614 - 169

Mail: [post@laek-thueringen.de](mailto:post@laek-thueringen.de)

Web: [www.laek-thueringen.de](http://www.laek-thueringen.de)

**Datenschutz**

Die Information nach der DS-GVO bei Datenerhebung- Datenschutzhinweise nach Art. 13 und 21 DS-GVO finden Sie auf unserer Homepage [www.laek-thueringen.de/datenschutz](http://www.laek-thueringen.de/datenschutz). Sollte es Ihnen nicht möglich sein, diese dort einzusehen, senden wir sie Ihnen gerne zu.



Ökumenisches  
Hainich Klinikum

Ökumenisches Hainich Klinikum gGmbH  
Pfafferode 102 · 99974 Mühlhausen

**Geschäftsführung**

Thüringer Landtag  
Frau Ministerialrätin  
Jürgen-Fuchs-Str. 1  
99096 Erfurt

T +49 3601 80-3852  
F +49 3601 80-3101

Zeichen:

Per E-Mail: [poststelle@thueringer-landtag.de](mailto:poststelle@thueringer-landtag.de)

29.08.2022

Ihre Nachricht vom 15.07.2022

AZ: 7/5264

**Gesetzentwurf der Parlamentarischen Gruppe der FDP Drucksache 7/5264**

**Anhörungsverfahren gemäß § 79 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtags**

**hier: Stellungnahme der ÖHK gGmbH Mühlhausen mit Bezug auf die gemeinsame  
Stellungnahme der Thüringer Fachkrankenhäuser mit Maßregelvollzug**

Sehr geehrte Frau  
sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit bedanken wir uns für die Gelegenheit, zu dem Antrag der FDP und zu dem Fragenkatalog der CDU-Fraktion zu o.g. Thematik eine Stellungnahme abgeben zu können. Da uns die Abstimmung zwischen den drei Thüringer Fachkliniken mit Maßregelvollzügen in dieser wichtigen Thematik von Vorteil erschien, bitten wir Sie um Verständnis, dass wir nachfolgend inhaltlich mit dieser Stellungnahme übereinstimmen.

Wir unterstützen grundsätzlich die Zielstellung des o. g. Antrags und begrüßen die Erörterung der aufgeführten Fragestellungen.

Ökumenisches Hainich Klinikum gGmbH  
Akademisches Lehrkrankenhaus des  
Universitätsklinikums Jena

Fachkrankenhaus für Psychiatrie,  
Kinder- und Jugendpsychiatrie,  
Psychosomatik und Neurologie

Pfafferode 102  
99974 Mühlhausen  
T +49 3601 80-30  
F +49 3601 80-3104  
[sekretariat@oehk.de](mailto:sekretariat@oehk.de)  
[www.oehk.de](http://www.oehk.de)

Geschäftsführer:  
Ärztliches Direktorat:

Vorsitzende des Aufsichtsrates:



**Zu den Fragen nehmen wir im Einzelnen wie folgt Stellung:**

1. Der vorgelegte Gesetzentwurf basiert auf den Feststellungen der Urteile des 2. Senats des Bundesverfassungsgerichtes vom 24. Juli 2018 (2 BvR 309/15, 2 BvR 309/16). Eine derartige Einschätzung können wir nicht abschließend vornehmen, da dies einer juristischen Einschätzung bedarf.

Da die Erreichbarkeit der Gerichte auch in der Nacht sowie an Wochenenden und Feiertagen gegeben sein muss, ist es notwendig, dies gleichfalls gesetzlich zu regeln.

2. Die Umsetzung der Festlegungen des vorgelegten Gesetzentwurfes würde Arbeits- und Organisationsabläufe wesentlich verbessern und rechtssicherer machen. Damit würde Konfliktpotenzial bei der Lösung akuter Eskalationssituationen erheblich vermindert werden.

**Begründung:**

Alle Formen der Anordnung besonderer Schutz- und Sicherungsmaßnahmen, wie die Einschränkung des Aufenthaltes im Freien zusammen mit anderen Untergebrachten, die Wegnahme von Gegenständen, die Absonderung in einem besonderen Raum oder bei erhöhter Fluchtgefahr die Feststellung bei der Ausführung, Vorführung oder einem Transport bedürfen in Thüringer Maßregelvollzügen aktuell der vorherigen Zustimmung eines/r Interventionsbeauftragten. Bei Gefahr in Verzug ist die Zustimmung des/r Interventionsbeauftragten unverzüglich nachzuholen.

Diese Regelung erfordert nicht nur einen erheblichen Arbeitsaufwand, auch für den verantwortlichen Arzt, sondern stört zugleich empfindlich die Organisationsabläufe.

Allein die Problematik, dass, wenn der verantwortliche Facharzt auf der Basis seiner Sach- und Fachkunde bei einem Untergebrachten die gegenwärtige erhebliche Selbst- oder Fremdgefährdung oder die gegenwärtige erhebliche Gefährdung der Rechtsgüter Dritter festgestellt hat, er den Interventionsbeauftragten am Telefon davon jedoch nicht überzeugen kann, und dieser die Zustimmung nicht erteilt, kann sich ein Dilemma entwickeln. Dies besteht darin, dass sich der verantwortliche Facharzt generell bzw. im Einzelfall nicht mehr traut, die besonderen Schutz- und Sicherungsmaßnahmen anzuordnen, obschon er überzeugt ist, dass aufgrund eines psychopathologischen Ausnahmezustandes beim Untergebrachten eine erhebliche Selbst- und Fremdgefährdung besteht.

Ordnet er die besonderen Schutz- und Sicherungsmaßnahmen nicht an, weil er die Zustimmung des Interventionsbeauftragten nicht hat, und begeht der Untergebrachte im Nachgang einen Suizid, so übernimmt der



Interventionsbeauftragte nicht die Verantwortung. Die Verantwortlichkeit bleibt beim behandelnden Facharzt.

Bezüglich der besonderen Schutz- und Sicherungsmaßnahmen ist es unzureichend, dass Fesselungen nur bei zusätzlicher, erhöhter Fluchtgefahr verhängt werden können und die Fesselung bei einer Ausführung, Vorführung oder beim Transport eines Untergebrachten bisher nur dann erlaubt sind. Erfahrungsgemäß besteht auch bei Untergebrachten mit sehr hohem Aggressionspotential und nicht einschätzbaren impulshaften Handlungen die Notwendigkeit einer Fesselung bei Ausführungen, Vorführungen und Transporten, auch ohne dass erhöhte Fluchtgefahr besteht. Dies ist erforderlich, um Verletzungen des begleitenden Personals zu vermeiden.

§ 14 ThürMRVG (neu) sieht vor, dass die besonderen Sicherungsmaßnahmen nach Abs. 1 Nummer 1-4 durch die fachliche Einrichtungsleitung, eine zuständige Ärztin oder einen zuständigen Arzt oder eine zuständige Psychotherapeutin oder einen zuständigen Psychotherapeuten angekündigt und angeordnet werden können. Die Zustimmung des Interventionsbeauftragten ist nicht mehr erforderlich.

Die geplante Änderung unter Abs. 2 hat dahingehend Auswirkungen, dass in Zukunft die fachliche Einrichtungsleitung (also auch eine Juristin/ein Jurist) oder der/die zuständige Arzt/Ärztin (also auch ohne Facharztanerkennung) oder eine Psychotherapeutin/ein Psychotherapeut (also auch eine Psychologin/ein Psychologe, die/der noch kein psychologischer Psychotherapeut ist) Sicherungsmaßnahmen von Abs. 1 Nr. 1-4 anordnen können soll, ist nicht angemessen. Die Anordnung von besonderen Sicherungsmaßnahmen bedarf einer breiten psychiatrischen und psychotherapeutischen Erfahrung durch eine mehrjährige Tätigkeit im Maßregelvollzug. „Zuständige Ärzte“ und „zuständige Psychotherapeuten“ könnten sonst Personen sein, die kaum oder gar nicht über klinische Erfahrungen in diesem Bereich verfügen.

Besondere Sicherungsmaßnahmen sollten nur von der Vollzugsleitung und der von ihr benannten Vertretung anzuordnen sein. Notwendigerweise muss diese Person wie oben beschrieben im Maßregelvollzug mehrjährig erfahren sein, sie kann dabei ein Facharzt/ eine Fachärztin für Psychiatrie, für Kinder- und Jugendpsychiatrie, für Psychosomatik, eine Ärztin/ein Arzt ohne abgeschlossene Facharztweiterbildung, eine Psychologische Psychotherapeutin/ein Psychologischer Psychotherapeut oder eine Psychologin/ein Psychologe ohne abgeschlossene Therapieausbildung sein. Die Erweiterung der Anordnungserlaubnis auf nicht ärztliche Berufsgruppen ist aus fachlicher Sicht dringend überfällig.

Die Änderung, dass bei Gefahr im Vollzug besondere Sicherungsmaßnahmen nach Abs. 1-4 auch durch anderes therapeutisches oder pflegerisches Personal der

Einrichtung angeordnet werden können soll, sind zu befürworten, selbstverständlich ist aber frühestmöglich die Vollzugsleitung bzw. die für diese Aufgaben benannte Vertretung darüber zu informieren. Die geplante Änderung einer durchgängigen 1:1-Betreuung bei Fixierungen wird aufgrund der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes schon so gehandhabt. Die durchgängige 1:1-Betreuung ist aus medizinischen und psychotherapeutischen Gründen dringend erforderlich. Die Anforderung, dass diese durch „therapeutisches oder pflegerisches Personal, dass durch Ärzte in solche Aufgaben eingewiesen wurde“ erfolgen muss, halten wir für richtig.

Aufgrund der derzeitigen Versorgungsstrukturen im Maßregelvollzug mit erheblichem Personalmangel im pflegerischen Bereich ist eine kontinuierliche 1:1-Betreuung „nur durch erfahrenes Fachpersonal“ (dies bedeutet: examinierte Fachkräfte für Pflege) aktuell schon sehr schwer zu gewährleisten, da dieses innerhalb einer Schicht immer auch für andere, medizinische Aufgaben (Ausgabe der Medikation etc.) herangezogen werden muss. Examinierte Pflegekräfte stehen auf dem Arbeitsmarkt kaum noch zur Verfügung. Ein Problem, das auch nicht durch bessere Entlohnung allein gelöst werden kann. Das „erforderliche Maß der ärztlichen Kontrolle“ während der Sicherungsmaßnahme „Fixierung“ sollte durch fachärztliche Beurteilung festgelegt werden.

Wichtig erscheint, dass in § 14 Abs. 7 ThürMRVG hingewiesen wird, dass ein Untergebrachter bei besonderen Sicherungsmaßnahmen nach Abs. 1 Nummer 3-5 auf die Möglichkeit einer nachträglichen gerichtlichen Überprüfung ihrer Zulässigkeit hinzuweisen ist.

Auch für die Mitarbeiter:Innen ist im jeweiligen Kontext zu erwarten, so die Erfahrung der vergangenen 20 Jahre, dass sie erhebliche Stress- und Arbeitsbelastung erfahren, wenn sie den Untergebrachten nicht ausreichend gesichert sehen, nachdem der zuständige Arzt akute Suizidalität festgestellt hat.

3. Nach den vorliegenden Erfahrungen können zusätzlichen Kosten anfallen. Die Einrichtungen gehen davon aus, dass für die 1:1-Betreuung Fachpersonal erforderlich ist, aber es keine examinierten Pflegekräfte sein müssen. Die Kosten würden dann steigen, wenn die Forderung bestünde, examiniertes Pflegepersonal einzustellen, um den erhöhten Personalbedarf abzudecken.
4. Der vorgelegte Gesetzentwurf wird nach vorliegenden Erfahrungen keine gravierenden negativen Auswirkungen auf die im Thüringer Maßregelvollzug Untergebrachten haben. Grundsätzlich besteht dadurch die Möglichkeit einer besseren Untergebrachtenbetreuung. Allerdings könnte es zu fachlich nicht fundierten Entscheidungen kommen, wenn im Maßregelvollzug unerfahrene Ärzte,

Psychologen oder Juristen Sicherungsmaßnahmen anordnen dürften, was bedeuten könnte, dass diese zu früh, zu spät oder fälschlicherweise verhängt würden.

5. Die in § 14 Abs. 1 ThürPsychKG bzw. § 26 Abs. 1 ThürMRVG genannte Einschränkung grenzt nur bei „gegenwärtigen erheblichen Selbst- oder Fremdgefährdung oder einer gegenwärtigen erheblichen Gefährdung bedeutender Rechtsgüter Dritter“ im richtigen Maße ein, in welchen Situationen besondere Sicherungsmaßnahmen nach § 14 Abs. 1 ThürPsychKG bzw. § 26 Abs. 1 ThürMRVG ergriffen werden können. Die Formulierung grenzt die Situation ausreichend ein.
6. Die in § 14 ThürPsychKG bzw. § 26 ThürMRVG Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 vorgesehene Vorenthaltung von Gegenständen sollte neben der Wegnahme ausdrücklich erlaubt sein.
7. Es ist nicht erforderlich, zusätzlich zu den in § 14 ThürPsychKG bzw. § 26 ThürMRVG Abs. 1 Satz 1 Nr. 1-5 genannten besonderen Sicherungsmaßnahmen weitere Maßnahmen zu nennen, wie etwa die Absonderung von anderen Patienten bzw. Untergebrachten oder die medikamentöse Ruhigstellung. Die erwähnte sogenannte „medikamentöse Ruhigstellung“ ist unnötig. Untergebrachte im Maßregelvollzug müssen nicht und werden nicht „ruhiggestellt“.

Die medikamentöse Zwangsbehandlung von Maßregelvollzugsuntergebrachten ist in § 29 ThürMRVG geregelt. Hier muss dringend eine Änderung erfolgen im Sinne einer Regelung, welche ermöglichen sollte, dass Untergebrachte „zur Erreichung des Vollzugsziels (nämlich der Sicherung der Allgemeinheit durch eine Besserung der sog. „Anlasserkrankung“ des Untergebrachten, welche für seine Gefährlichkeit ursächlich ist) zwangsbehandelt werden dürfen. Dies sollte genehmigt werden, sofern Untergebrachte im Maßregelvollzug die medikamentöse Behandlung ihrer sog. „Anlasserkrankung“ mehrfach abgelehnt haben, diesbezüglich aber nicht einwilligungsfähig sind und folglich nicht erlassen können, was eine Ablehnung für sie selbst bedeutet. Die Konsequenz wäre ein jahrelanges, reines „Verwahren und Sichern“ psychisch schwer kranker – oft junger! – Menschen im Maßregelvollzug, welche aufgrund fortbestehender Gefährlichkeit nicht gelockert werden können, da die zugrundeliegende psychiatrische Erkrankung nicht medikamentös behandelt werden kann.

Selbstverständlich müssten alle anderen Bedingungen für medikamentöse Zwangsbehandlungen (wie z.B. Nutzen-Schaden-Abwägung, mehrmalige Ablehnung der oralen Einnahme, Geeignetheit des Präparates, mildestes Mittel, fehlende ablehnende Patientenverfügung etc.) erfüllt sein.

8. Die Lösung stellt sich rechtssicher und praktikabel dar.

9. Eine für den Untergebrachten verständliche Ankündigung (§ 26 Abs. 2 ThürMRVG) und Nachbesprechung (§ 14 Abs. 6 ThürPsychKG bzw. § 26 Abs. 7 ThürMRVG) der besonderen Sicherungsmaßnahmen nach § 14 Abs. 1 ThürPsychKG bzw. § 26 Abs. 1 ThürMRVG sollte gesetzlich fixiert werden. Dies ist bereits im Thüringer Maßregelvollzugsgesetz geregelt.
10. Angepasstes Dokumentationsblatt vor Ort in den Thüringer Maßregelvollzügen in Abstimmung mit den Interventionsbeauftragten. Dieses sollte schriftlich erfolgen und folgende Inhalte umfassen:
  - Beginn der Fixierung
  - Ende der Fixierung
  - Grund für die Fixierung
  - Dauer der Fixierung
11. Die Regelungen in § 14 ThürPsychKG und § 26 ThürMRVG sollten generell synchronisiert werden.

**Weitere Anmerkungen zum Entwurf:**

In medizinisch begründeten Ausnahmefällen muss es weiterhin möglich sein, eine 1:1-Betreuung mittels Videoüberwachung durchführen zu können.

Im Übrigen wird ausdrücklich begrüßt, dass die 1:1-Betreuung nicht nur von examiniertem Pflegepersonal, sondern auch von ärztlich eingewiesenem Personal übernommen werden kann.

Mit freundlichen Grüßen

Geschäftsführer

Chefärztin



Ihr Zeichen

Ihre Nachricht vom

Telefon  
03601 803-499

Unser Zeichen

Datum  
11.08.2022

**Stellungnahme**  
**zum Reformentwurf der FDP-Fraktion im Thüringer Landtag**  
**im Hinblick auf das Gesetz zum Schutz psychisch kranker Menschen (PsychKG)**

---

Die nunmehr im Konkreten angegangenen Reformschritte mit Ziel einer Novellierung des Gesetzes sind begrüßenswert und stellen in Teilen den Nachvollzug gesetzlicher Vorgaben dar, wie sie sich nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes aus dem Jahr 2018 herleiten.

Nach ausführlicher Diskussion im Chefarzt-Kollegium unseres Klinikums kommentieren wir die einzelnen Novellierungsvorschläge wie folgt:

**1. Anordnung von Sicherungsmaßnahmen:**

Es wird vorgeschlagen, dass Einrichtungsleitung, Psychotherapeuten etc. besondere Sicherungsmaßnahmen anordnen können mit Ausnahme der Fixierung (Einschränkung der Bewegungsfreiheit).

**Unsere Einschätzung:**

Die hier vorgeschlagenen Personenangaben und deren Qualifizierung sind wesentlich zu unbestimmt.

Zielführender wäre es hingegen, wenn der/die jeweilige Chefarzt/Chefärztin Personen benennt, die im Falle ihrer Abwesenheit entsprechende Sicherungsmaßnahmen anordnen können, jeweils abhängig von der Erfahrung / Expertise dieser Personen in dem forensischen Fachbereich.



*Begründung:*

Es sollte an dieser Stelle mehr auf die Erfahrung im Umgang mit forensischen Patienten abgezielt werden sowie mit der Kenntnis des Teams und der baulich-strukturellen Voraussetzungen der Station, auf der der Patient untergebracht ist. Erst in diesem gedanklichen Zusammenspiel können die unbedingt notwendigen Maßnahmen definiert und angeordnet werden. All dies setzt eine gute Kenntnis der Haus- und Personalstrukturen voraus.

**1.2. Thema Fixierung:**

Es ist zu klären, welche Form der Fixierung hier gemeint ist, ob also wie im Bundesgericht festgeschrieben 5- und 7-Punkt-Fixierungen angedacht sind oder ob es sich um Fixierungen aller Art handelt, also auch zum Bsp. den „festen Stuhl“ in der Gerontopsychiatrie oder auch eine 3- bzw. 4-Punkt-Fixierung. Auch das körperliche Fixieren des Patienten durch unmittelbaren Zugriff von Mitarbeitern könnte als Fixierung definiert werden, letztlich auch die medikamentöse Bewegungseinschränkung im Krisenfall.

**1.3. Eins-zu-Eins-Betreuung bei fixierten Patienten:**

*Aktuelle Situation:*

Bisher war – zumindest bei 5- und 7-Punkt-Fixierungen – die Sitzwache durch eine examinierte Krankenpflegekraft sicherzustellen.

**Unsere Einschätzung:**

Es ist zu begrüßen, dass im Hinblick auf die angespannte Lage im Pflegedienst nun auch solche Personen mit der Sitzwache beauftragt werden können, die ärztliche in ihre Tätigkeit eingewiesen wurden. Im Praxisalltag hat sich immer wieder gezeigt, dass es für manche Patienten ein hohes Maß an Provokation bedeutet, wenn eine Person der Pflege erkennbar in unmittelbarer Nähe zu ihr sitzt. In solchen Fällen sollte es auch möglich sein, dass der Mitarbeiter in Schleusenraum des Krisenzimmers oder kurz davor sitzt, um den Patienten nicht unnötig zu provozieren.

**1.4. Ärztliche Kontrollen der Sicherungsmaßnahmen**

*Aktuelle Regelungen:*

Die Kontrollen sind im erforderlichen Maße zu gewährleisten.

**Unsere Einschätzung:**

Bei gleichzeitiger Vorhaltung einer Eins-zu-Eins-Sitzwache sollte es in der Verantwortung des Arztes liegen, in welchen zeitlichen Abständen durch ihn Kontrollen festgelegt werden, ggfs. in Absprache mit dem fachärztlichen Hintergrund. Nicht praktikabel sind Lösungen, die von manchen Richtern vorgegeben werden, bspw. Kontrollen in 30-Minuten-Abständen.

### **1.5. Erreichbarkeit der Gerichte:**

#### *Aktuelle Situation:*

Vielfach sind die Gerichte am Abend nur bis ca. 21 Uhr zu erreichen, in der nachfolgenden Nachtpause steht kein Richter zur Verfügung, erst mit Beginn des Regeldienstes um 08.00 Uhr am nächsten Morgen endet dieser Zeitraum.

#### **Unsere Einschätzung:**

Es sollte für alle Gerichte verbindlich festgelegt werden, von wann bis wann sie zu erreichen sind, eine notfallmäßige Rufbereitschaft sollte für 24 Stunden an allen Tagen bestehen, um eine hinreichende Rechtshilfe und Rechtssicherheit für die Patienten vorzuhalten.

### **1.6. Hält sich der Patient ohne Erlaubnis außerhalb der Einrichtung auf, hat die Einrichtung eine unverzügliche Zurückführung zu veranlassen:**

#### **Unsere Einschätzung:**

Die Unterbringung ist hoheitlich durch das Gericht angeordnet, die Rückführung des Patienten kann in keiner Weise Aufgabe der Einrichtung sein. Durch diese wird die unerlaubte Abwesenheit des Patienten bei der zuständigen PI gemeldet, die nach dem Patienten sucht und diesen nach dem Auffinden zurückführt.

### **2. Finanzierung der Unterbringung:**

#### **Unsere Einschätzung:**

Es muss klar geregelt sein, in welcher Reihenfolge andere Institutionen die Finanzierung der Unterbringung verantworten, sobald kein Krankenkassenschutz gegeben ist.

### **3. Inhaltliche Ergänzung:**

Eine Heilbehandlung (nicht eine Ruhigstellung!) des psychiatrisch schwer erkrankten Patienten muss im Gesetz vorgesehen sein. Dabei gehen wir davon aus, dass die zwangsweise Unterbringung in einem psychiatrischen Krankenhaus „einen schweren Gesundheitsschaden“ (Definition DGPPN) für den Patienten darstellt. Zu dessen Abwendung muss bei dem nicht einsichtsfähigen (und letztlich deswegen ja untergebrachten) Patienten eine umfängliche medikamentöse Behandlung möglich sein mit einem kurativen Ziel, bis zumindest die Geschäfts- und Einwilligungsfähigkeit wiedergegeben ist.

Für die ärztliche Einschätzung einer solchen Situation sollten zumindest zwei Fachärzte/Fachärztinnen verantwortlich unterschreiben, denkbar wäre auch, dass hier klinikübergreifend Kollegen / Kolleginnen sich wechselseitig supervidieren und entsprechende Fälle überprüfen.

Ärztlicher Direktor

**Formblatt zur Datenerhebung**  
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Zu welchem **Gesetzentwurf** haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?

**Gesetz zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur Hilfe und Unterbringung psychisch kranker Menschen und zur Änderung des Thüringer Maßregelvollzugsgesetzes (Gesetz zur notwendigen Ausgestaltung des Richtervorbehalts)**

Gesetzentwurf der Parlamentarischen Gruppe der FDP

- Drucksache 7/5264 -

1. Haben Sie sich als Vertreter einer **juristischen Person** geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)?  
(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)

Name

Organisationsform

DBH e.V. - Fachverband für  
soziale Arbeit, Strafrecht und Wohnungspolitik

Geschäfts- oder Dienstadresse

Straße, Hausnummer (oder Postfach)

Aachener Str. 1064

Postleitzahl, Ort

50858 Köln

2. Haben Sie sich als **natürliche Person** geäußert, d. h. als Privatperson?  
(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)

Name

Vorname

☐ Geschäfts- oder Dienstadresse

☐ Wohnadresse

(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)

Straße, Hausnummer

Postleitzahl, Ort



3.	Was ist der <b>Schwerpunkt</b> Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBetellG)	
	- Bildungswesen in der sozialen Strafakthilfe - Öffentlichkeitsarbeit / Gemeinwesenarbeit	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBetellG)	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBetellG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als <b>Anwaltskanzlei im Auftrag</b> eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBetellG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	<b>Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligungstransparenzdokumentation zu?</b> (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

<b>Ort, Datum</b>	<b>Unterschrift</b>
<i>Wien, 24.05.2022</i>	

# DBH

Fachverband für  
Soziale Arbeit,  
Strafrecht und  
Kriminalpolitik

DBH e.V. – Präsidium · Aachener Str. 1064 · 50858 Köln

Thüringer Landtag  
Jürgen-Fuchs-Str. 1

99096 Erfurt

DBH-Präsidentin

Vizepräsident

T: +49 221-9486-5120

F: +49 221-9486-5121

[kontakt@dbh-online.de](mailto:kontakt@dbh-online.de)

Thüringer Landtag

Z u s c h r i f t

7/2122

zu Drs. 7/5264

Datum: 23.08.2022

**Stellungnahme des DBH-Fachverbandes für Soziale Arbeit, Strafrecht und Kriminalpolitik e.V. zum Gesetz zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur Hilfe und Unterbringung psychisch kranker Menschen und zur Änderung des Thüringer Maßregelvollzugsgesetzes**

Sehr geehrte Damen und Herren,

für die Gelegenheit zur Stellungnahme zum Gesetzesentwurf bedankt sich der DBH-Fachverband für Soziale Arbeit, Strafrecht und Kriminalpolitik e. V. und nimmt wie folgt Stellung:

Der Entwurf der Parlamentarischen Gruppe der FDP zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur Hilfe und Unterbringung psychisch kranker Menschen und der Entwurf zur Änderung des Thüringer Maßregelvollzugsgesetzes dient der Umsetzung des Urteils des Bundesverfassungsgerichts vom 24.Juli 2018 (2 BvR 309/15, 2 BvR 502/16). Die bestehenden gesetzlichen Regelungen sollen den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts angepasst werden. Die Änderungen beziehen sich auf den Richtervorbehalt, die Betreuung und Überwachung der betroffenen Personen

während der Fixierung, die ärztliche Anordnung der Fixierung und den Hinweis an die betroffene Person über eine gerichtliche Überprüfung (A. Problem und Regelungsbedürfnis und B. Lösung).

Wegen der gleichen Problematik hat der DBH-Fachverband im Januar und Februar 2019 Stellung genommen zu dem Gesetzentwurf zur Verbesserung des Rechtsschutzes bei Fixierungen im Justiz- und Maßregelvollzug und bei öffentlich-rechtlichen Unterbringungen in psychiatrischen Einrichtungen des Landes Nordrhein-Westfalen, zu dem Gesetzentwurf der Bayerischen Staatsregierung zur Anpassung des Rechts der Fixierung im bayerischen Justizvollzug und zu dem Gesetzentwurf des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz zur Stärkung der Rechte von Betroffenen bei Fixierungen im Rahmen von Freiheitsentziehungen. Grundlage der jeweiligen Gesetzesentwürfe war das oben genannte Urteil des Bundesverfassungsgerichts.

Da diese Gesetzestexte im Entwurf mit dem übersandten Gesetzestext hinsichtlich der Umsetzung der Anforderungen des Bundesverfassungsgerichts übereinstimmen, beziehen wir uns auf unsere bisher abgegebenen Stellungnahmen und übersenden diese als Anlage zu diesem Schreiben.

Mit freundlichen Grüßen,

(DBH-Präsidentin)

(Vize-Präsident)

DBH e.V. – Präsidium · Aachener Str. 1064 · 50858 Köln

Bundesministerium der Justiz und für  
Verbraucherschutz  
Referat II A 6

11015 Berlin

DBH-Präsidium

T: +49 221-9486-5120

F: +49 221-9486-5121

[kontakt@dbh-online.de](mailto:kontakt@dbh-online.de)

[www.dbh-online.de](http://www.dbh-online.de)

Köln, 01.03.2019

## **Stellungnahme des DBH-Fachverbandes für Soziale Arbeit, Strafrecht und Kriminalpolitik**

*zum Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Rechte von Betroffenen bei Fixierungen  
im Rahmen von Freiheitsentziehungen (Referentenentwurf des Bundesministeriums der  
Justiz und für Verbraucherschutz vom 22.02.2019)*

Der DBH-Fachverband begrüßt die zeitnahe Umsetzung des Urteils des Bundesverfassungsgerichts zur Fixierung psychisch kranker Untergebrachter gem. § 25 PsychKG bzw. nach bayerischer Rechtslage vom 24. Juli 2018 -2 BvR 309/15, 2 BvR 502/16-, juris. Die Stellungnahmefrist bis zum 01.03.2019 ist allerdings zu kurz bemessen. Neben der Erarbeitung einer Stellungnahme bedarf es innerhalb eines Gremiums (Präsidium DBH-Fachverband) immer einer notwendigen Zeit für eine Abstimmung.

Das Gericht hat für den Freistaat Bayern festgestellt, dass es an einer den verfassungsrechtlichen Anforderungen genügenden gesetzlichen Grundlage fehlt und hat für eine Regelung eine Übergangszeit bis zum 30. Juni 2019 festgelegt. Bis dahin führen Fixierungen unter bestimmten Voraussetzungen nicht zur Unzulässigkeit der Maßnahme (Rdnr. 126, 130). Angesichts dieser Fristsetzung können wir die Eilbedürftigkeit nachvollziehen.

Im Anschreiben des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz vom 22. Februar 2019 wird auf die 89. Juniko im November 2018 verwiesen, wo eine Einigung mit den Ländern erfolgte, eine bundeseinheitliche Bestimmung zur gerichtlichen Zuständigkeit und zum gerichtlichen Verfahren zu schaffen. Diese Regelung begrüßen wir. Unserer Auffassung nach wäre es auch sinnvoll gewesen, den Gesetzestext zur Fixierung abzustimmen. Da die Zivilhaft in den Justizvollzugsanstalten der Länder vollzogen wird und die Länder ebenfalls die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts für ihre Vollzugsbereiche umsetzen müssen, sind zukünftig zwei unterschiedliche Rechtsgrundlagen für den gleichen Tatbestand zu beachten.

#### Zu den Änderungen des Bundesstrafvollzugsgesetzes

Das Bundesverfassungsgericht hat festgelegt, dass es sich bei einer 5-Punkt- und einer 7-Punkt-Fixierung, bei der sämtliche Gliedmaßen des Betroffenen mit Gurten am Bett festgebunden werden, um eine Freiheitsentziehung im Sinne des Art. 104 Abs. 2 GG handelt, es sei denn, es handelt sich um eine lediglich kurzfristige Maßnahme. Von einer kurzfristigen Maßnahme sei in der Regel auszugehen, wenn sie absehbar die Dauer von ungefähr einer halben Stunde unterschreitet. Die Fixierung sei als eigenständige Freiheitsentziehung zu qualifizieren, die den Richtervorbehalt des Art. 104 Absatz 2 Satz 1 GG abermals auslöst und von der vorherigen richterlichen Unterbringungsanordnung nicht gedeckt ist (Rdnr. 64 bis 70).

Der Referentenentwurf des Bundes gibt in einem neuen § 127 Absatz 1 zunächst eine Definition der Fixierung: „Eine Fesselung, durch die die Bewegungsfreiheit des Gefangenen vollständig aufgehoben wird (Fixierung), ist nur zulässig, wenn und solange dies zur Abwendung einer drohenden gewichtigen Gesundheitsschädigung des Gefangenen oder einer anderen Person unerlässlich ist“. Dies entspricht im Wesentlichen den Vorschriften der Länder zu den besonderen Sicherungsmaßnahmen im Vollzug.

Im Absatz 2 wird dann der Ausnahmetatbestand einer absehbar kurzfristigen Fixierung und bei Gefahr im Verzuge geregelt, während der Grundsatz des Verfahrens in Absatz 3 Satz 1 geregelt wird. („Eine nicht nur kurzfristige Fixierung bedarf der vorherigen Anordnung durch das Gericht“.) Wir schlagen daher vor, aus Gründen der Rechtsystematik die beiden Absätze zu tauschen.

Nach diesem Satz 1 in Absatz 3 sollte eingefügt werden: „Die Anordnung und Überwachung der Fixierung erfolgt durch einen Arzt“. (BVerfG Rdnr. 83: „Zur Wahrung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes unabdingbar ist die Anordnung und Überwachung der Fixierung ... durch einen Arzt“.). Dies ist das grundsätzliche normale Verfahren aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts. Alternativ könnte man die Formulierung aus dem Entwurf Nordrhein-Westfalens in § 70 Absatz 5 übernehmen: „Fixierungen ..., durch die die Bewegungsfreiheit der Gefangenen nicht nur kurzfristig aufgehoben wird, bedürfen der vorherigen ärztlichen Stellungnahme.“

Laut Urteil des Bundesverfassungsgerichts ist eine nachträgliche richterliche Entscheidung nur dann zulässig, wenn der mit der Freiheitsentziehung verfolgte verfassungsrechtlich zulässige Zweck nicht erreichbar wäre, sofern der Maßnahme die richterliche Entscheidung vorausgehen müsste. Art 104 Abs. 2 Satz 2 GG erfordere in einem solchen Fall, die richterliche Entscheidung unverzüglich nachzuholen. Nicht vermeidbar seien zum Beispiel Verzögerungen, die durch die Länge des Weges, Schwierigkeiten beim Transport, die notwendige Registrierung und Protokollierung oder ein renitentes Verhalten des Betroffenen bedingt sind (Rdnr. 98, 99).

Der Entwurf legt in § 127 Absatz 3 Satz 2 bis 4 fest: „Bei Gefahr im Verzug kann die Anordnung der Fixierung durch die Anstaltsleitung oder einen anderen Bediensteten der Anstalt getroffen werden. Ein Arzt ist unverzüglich hinzuzuziehen. Die richterliche Entscheidung ist unverzüglich herbeizuführen“. Aus den oben genannten Gründen schlagen wir folgende klarere Formulierung vor: „Die ärztliche Stellungnahme ist unverzüglich nachzuholen.“

Leider fehlt im Gesetzesentwurf der Hinweis des Bundesverfassungsgerichts auf unvermeidbare Verzögerungen. Wir halten dies für Praxis für unerlässlich. Dort treten immer wieder Probleme durch fehlendes Personal insbesondere am Wochenende auf, was eine Verzögerung nicht rechtfertigt. Durch eine gesetzliche Regelung über nicht vermeidbare Verzögerungen wird die Organisationspflicht der Anstalt klar definiert, um Vorsorge für die rechtzeitige Antragstellung zu treffen. Das Bundesverfassungsgericht weist in diesem Zusammenhang noch einmal darauf hin, dass nach dem Rechtsstaatsprinzip der Gesetzgeber gehalten ist, Vorschriften so zu fassen, wie dies nach der Eigenart der zu ordnenden Lebenssachverhalte mit Rücksicht auf den Normzweck möglich ist. Das diene u. a. dazu, die Gerichte in die Lage zu versetzen, die Verwaltung anhand rechtlicher Maßstäbe zu kontrollieren (Rdnr. 77).

Das Bundesverfassungsgericht hat weiterhin festgelegt, dass eine richterliche Entscheidung nicht erforderlich ist, wenn bereits zu Beginn der Maßnahme abzusehen ist, dass die Entscheidung erst nach Wegfall des Grundes der Maßnahme ergehen wird oder die Maßnahme vor Herbeiführung der Entscheidung tatsächlich beendet und auch keine Wiederholung zu erwarten ist (Rdnr. 101).

Die Umsetzung dieser Ausnahmeregelung im Entwurf begrüßen wir. Es heißt dort im § 127 Absatz 3 Satz 5 „... wenn zu Beginn der Fixierung abzusehen ist, ...“. Diese maßgebende Vorgabe ist bedeutend, weil die Dokumentationspflicht auch diese Entscheidung über die prognostizierte Dauer der Fixierung umfassen und eine nachträgliche gerichtliche Klärung die Überprüfung der Entscheidung immer gewährleisten muss (Rdnr. 104,59).

Das Bundesverfassungsgericht hat auch festgelegt, dass die genannten Fixierungen eine Freiheitsentziehung darstellen, es sei denn, es handelt sich um eine lediglich kurzfristige Maßnahme. Von einer kurzfristigen Maßnahme sei in der Regel



auszugehen, wenn sie absehbar die Dauer von ungefähr einer halben Stunde unterschreitet (Rdnr. 68).

Auch diese Vorgabe des Bundesverfassungsgerichts ist durch § 127 Absatz 2 Satz 1 umgesetzt: „Eine absehbar kurzfristige Fixierung ...“ und auch hier muss die Dokumentationspflicht die getroffene Entscheidung wiedergeben. Allerdings ist es im Sinne des o.g. Bestimmtheitsgrundsatz unerlässlich, die Definition einer kurzfristigen Maßnahme in den Gesetzestext aufzunehmen. Die Bediensteten und die Betroffenen brauchen für die Praxis und den späteren Rechtsschutz klare Vorgaben. Es sollte daher in § 127 Absatz 2 als Satz 2 eingefügt werden: „Eine kurzfristige Fixierung darf die Dauer einer halben Stunde nicht überschreiten.“

Das Bundesverfassungsgericht hat weitere Voraussetzungen für eine Fixierung festgelegt:

„Zur Wahrung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes unabdingbar ist die Anordnung und Überwachung der Fixierung in einer geschlossenen ... Einrichtung untergebrachter Personen durch einen Arzt“ (Rdnr. 83).

„Während der Durchführung der Maßnahme ist jedenfalls bei einer 5-Punkt- oder 7-Punkt-Fixierung in der Unterbringung aufgrund der Schwere des Eingriffs eine Eins-zu-Eins-Betreuung durch therapeutisches oder pflegerisches Personal zu gewährleisten“ (Rdnr. 83). Beide Vorgaben sind in § 127 Absatz 4 umgesetzt.

„Als Vorwirkung der Garantie effektiven Rechtsschutzes ergibt sich aus Art. 2 Abs.2 Sätze 2 und 3 i.V.m. Art. 104 Abs. 1 Satz 1 GG die Notwendigkeit, die gegen den natürlichen Willen der untergebrachten Person erfolgte Anordnung einer Fixierung, die maßgeblichen Gründe hierfür, ihre Durchsetzung, Dauer und Art der Überwachung zu dokumentieren“ (Rdnr. 84). Zwar gibt die Formulierung in § 127 Absatz 5 den Wortlaut des Urteils wieder, aber wir empfehlen aus den oben genannten Gründen und wegen einer späteren gerichtlichen Klärung alle getroffenen Entscheidungen und deren maßgebliche Gründe zu dokumentieren: „Die Anordnung sowie alle getroffenen

Entscheidungen, ihre maßgeblichen Gründe ... zu dokumentieren". Das Bundesverfassungsgericht hat hierzu festgestellt: „Nur auf der Grundlage einer detaillierten Dokumentation bleibt fachgerechtes und verhältnismäßiges Handeln auch unter der für Kliniken typischen Bedingung sichergestellt, dass die zuständigen Akteure wechseln".

„Zusätzlich erfolgt aus dem Freiheitsgrundrecht (Art. 2 Abs. 2 Sätze 2 und 3 i.V.m. Art 104 Abs. 1 Satz 1 GG) die Verpflichtung, dem Betroffenen nach Beendigung der Maßnahme auf die Möglichkeit hinzuweisen, die Zulässigkeit der durchgeführten Fixierung gerichtlich überprüfen zu lassen" (Rdnr. 85). Diese Vorgabe wurde umgesetzt durch § 127 Absatz 6. Wir begrüßen die Klarstellung, dass der Hinweis aktenkundig zu machen ist.

#### Zu den Änderungen der StPO und des JGG

In § 126 Abs. 5 StPO und § 93 JGG werden Vorschriften zur Zuständigkeit für die gerichtliche Überprüfung von Fixierungen eingeführt. Die Normtexte verwenden jedoch jeweils den Begriff „Fesselung", ergänzt um den Zusatz „durch die die Bewegungsfreiheit des Untersuchungsgefangenen nicht nur kurzfristig vollständig aufgehoben wird, ...". In § 93 JGG n.F. wird dann zusätzlich noch der Begriff Fixierung eingeführt, und zwar im Zusammenhang mit dem Gerichtsbezirk, in dem die „Fixierung" durchgeführt wird. Diese Formulierungen sind unklar, denn das Urteil des Bundesverfassungsgerichts bezieht sich auf 5-Punkt- und 7-Punkt-Fixierungen und nicht auf Fesselungen. Auch in diesen beiden Normen sollte daher eine kurze Definition des Begriffs „Fixierung" eingeführt werden und vor allem die Nennung beider Begriffe in einer Norm ohne Definition (§ 93 JGG n.F.) unbedingt vermieden werden.

#### Zum gerichtlichen Verfahren

Für das gerichtliche Verfahren zur richterlichen Anordnung und der nachfolgenden gerichtlichen Überprüfung verweist der Entwurf auf das Verfahren in Unterbringungssachen nach dem FamFG. Auf den ersten Blick erscheint dies sinnvoll,

da diese Gerichte eben für Unterbringungssachen spezialisiert sind und es hier bereits Bereitschaftsdienste gibt, die es bei den sonst nach §§ 109 ff.

Bundesstrafvollzugsgesetz für gerichtliche Entscheidungen über Maßnahmen zur Regelung einzelner Angelegenheiten auf dem Gebiet des Strafvollzuges oder des Vollzuges freiheitsentziehender Maßregeln der Besserung und Sicherung zuständigen Strafvollstreckungskammern nicht gibt.

Bei Fixierungen im Strafvollzug handelt es sich um eine besondere Sicherungsmaßnahme, für deren gerichtliche Überprüfung bisher die Strafvollstreckungskammer zuständig ist. Häufig geht diese besondere Sicherungsmaßnahme mit einer weiteren besonderen Sicherungsmaßnahme einher, nämlich der Unterbringung im besonders gesicherten Haftraum, da sich dort Vorrichtungen für Fixierungen befinden. Die Verschiebung der gerichtlichen Zuständigkeit im Fall der Anordnung von einer Fixierung zur Gerichtsbarkeit nach FamFG wird nun in vielen Fällen zu der für die betroffenen Gefangenen schwer zu überblickenden Situation führen, dass für zwei Aspekte eines aus ihrer Sicht einheitlichen Lebenssachverhalts (Unterbringung im besonders gesicherten Haftraum mit Fixierung) zwei verschiedene Gerichtsbarkeiten mit zwei unterschiedlichen Verfahrensordnungen zuständig sind, nämlich die nach FamFG für die Fixierung und die Strafvollstreckungskammer mit dem Verfahren nach §§ 109 ff.

Bundesstrafvollzugsgesetz für die Unterbringung im besonders gesicherten Haftraum. Wir bezweifeln, dass dies dem Gebot effektiven Rechtsschutzes gerecht wird.

#### Ausführungen zu den Kosten

Wir begrüßen grundsätzlich die Ausführungen unter F. des Referentenentwurfs zu den weiteren Kosten. Wir teilen aber die Prognose nicht, dass dem erhöhten Aufwand der Länder mittel- bis langfristig Einsparungen gegenüberstehen, weil die richterliche Entscheidung erforderlich ist und die Entscheidungen im nachträglichen Rechtsschutz dadurch weniger werden. Zum einen liegen in den Ländern noch keine Erfahrungen mit dem neuen Verfahren vor und zum anderen kann keine Prognose ohne weiteres

Datenmaterial über die kurzfristigen Fixierungen, die dem nachträglichen Rechtsschutz unterliegen, abgegeben werden.

Im Namen des Präsidiums,

Präsidentin des DBH-Fachverbandes

Vize-Präsident des DBH-Fachverbandes

# DBH

Fachverband für  
Soziale Arbeit,  
Strafrecht und  
Kriminalpolitik

DBH e.V. – Präsidium · Aachener Str. 1064 · 50858

Bayerische Staatsministerium der Justiz  
z. Hdn. Herrn Regierungsdirektor

80097 München  
Email:

DBH-Präsidentin

T: +49 221-9486-5120  
F: +49 221-9486-5121  
[kontakt@dbh-online.de](mailto:kontakt@dbh-online.de)  
[www.dbh-online.de](http://www.dbh-online.de)

Datum: 22.02.2019

Stellungnahme zum Gesetzentwurf der Bayerischen Staatsregierung zur Anpassung des  
Rechts der Fixierung im bayerischen Justizvollzug

Der DBH begrüßt die zeitnahe Umsetzung des Urteils des Bundesverfassungsgerichts zur  
Fixierung psychisch kranker Untergebrachter gem. § 25 PsychKG bzw. nach bayerischer  
Rechtslage vom 24. Juli 2018 - 2 BvR 309/15, 2 BvR 502/16-, juris.

Das Gericht hat für den Freistaat Bayern festgestellt, dass es an einer den  
verfassungsrechtlichen Anforderungen genügenden gesetzlichen Grundlage fehlt und hat für  
eine Regelung eine Übergangszeit bis zum 30. Juni 2019 festgelegt. Bis dahin führen  
Fixierungen unter bestimmten Voraussetzungen nicht zur Unzulässigkeit der Maßnahme  
(Rdnr. 126, 130).

Wir beziehen uns im Folgenden auf die geplanten Änderungen im bayerischen  
Strafvollzugsgesetz.

Das Bundesverfassungsgericht hat festgelegt, dass es sich bei einer 5-Punkt und einer 7-Punkt  
Fixierung, bei der sämtliche Gliedmaßen des Betroffenen mit Gurten am Bett festgebunden  
werden, um eine Freiheitsentziehung im Sinne des Art. 104 Abs. 2 GG handelt, es sei denn, es  
handelt sich um eine lediglich kurzfristige Maßnahme. Von einer kurzfristigen Maßnahme sei  
in der Regel auszugehen, wenn sie absehbar die Dauer von ungefähr einer halben Stunde

unterschreitet. Die Fixierung sei als eigenständige Freiheitsentziehung zu qualifizieren, die den Richtervorbehalt des Art. 104 Absatz 2 Satz 1 GG abermals auslöst und von der vorherigen richterlichen Unterbringungsanordnung nicht gedeckt ist (Rdnr. 64 bis 70).

Folgerichtig legt der bayerische Entwurf in dem neuen Absatz 3 des Art. 99 fest: „Die Fixierung bedarf der vorherigen Anordnung des zuständigen Gerichts, es sei denn, es handelt sich um eine kurzfristige Maßnahme“.

Laut Urteil des Bundesverfassungsgerichts ist eine nachträgliche richterliche Entscheidung nur dann zulässig, wenn der mit der Freiheitsentziehung verfolgte verfassungsrechtlich zulässige Zweck nicht erreichbar ist, sofern der Maßnahme die richterliche Entscheidung vorausgeht. Art. 104 Abs. 2 Satz 2 GG erfordere in einem solchen Fall, die richterliche Entscheidung unverzüglich nachzuholen. Nicht vermeidbar seien zum Beispiel Verzögerungen, die durch die Länge des Weges, Schwierigkeiten beim Transport, die notwendige Registrierung und Protokollierung oder ein renitentes Verhalten des Betroffenen bedingt sind (Rdnr. 98, 99).

Der Entwurf legt in Absatz 3 zu Art. 99 eindeutig fest: „Bei Gefahr im Verzug kann ohne vorherige Anordnung nach Satz 1 mit der Fixierung begonnen werden. Die richterliche Entscheidung ist unverzüglich nachzuholen, es sei denn, es ist absehbar, dass die Fixierung vor Erlangung einer richterlichen Entscheidung beendet sein und eine zeitnahe Wiederholung nicht erforderlich werden wird.“

Leider fehlt im Gesetzesentwurf der Hinweis des Bundesverfassungsgerichts auf „nicht vermeidbare“ Verzögerungen. Wir halten die ausdrückliche Erwähnung im Gesetz für die Praxis für unerlässlich. Es treten immer wieder Probleme durch fehlendes Personal insbesondere am Wochenende auf, welches eine Verzögerung nicht rechtfertigt. Durch eine gesetzliche Regelung über nicht vermeidbare Verzögerungen wird die Organisationspflicht der Anstalt klar definiert, um Vorsorge für die rechtzeitige Antragstellung zu treffen.

Das Bundesverfassungsgericht weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass nach dem Rechtsstaatsprinzip der Gesetzgeber gehalten ist, Vorschriften so zu fassen, wie dies nach der Eigenart der zu ordnenden Lebenssachverhalte mit Rücksicht auf den Normzweck möglich ist. Das diene u.a. dazu, die Gerichte in die Lage zu versetzen, die Verwaltung anhand rechtlicher Maßstäbe zu kontrollieren (Rdnr. 77).

Das Bundesverfassungsgericht hat weiterhin festgelegt, dass eine richterliche Entscheidung nicht erforderlich ist, wenn bereits zu Beginn der Maßnahme abzusehen ist, dass die Entscheidung erst nach Wegfall des Grundes der Maßnahme ergehen wird oder die Maßnahme vor Herbeiführung der Entscheidung tatsächlich beendet und auch keine Wiederholung zu erwarten ist (Rdnr. 101).

Die Umsetzung dieser Ausnahmeregelung ist im Entwurf nicht präzise. Es heißt dort im Absatz 3 zu Art. 99, „...es sei denn, es ist absehbar...“ Es fehlt die maßgebende Vorgabe, dass diese Absehbarkeit „bereits zu Beginn der Maßnahme“ vorliegen muss. Dies ist bedeutend, weil die Dokumentationspflicht auch diese Entscheidung umfassen muss und eine nachträgliche gerichtliche Klärung die Überprüfung der Entscheidung immer gewährleisten muss (Rdnr. 104, 59). Es sollte daher der Wortlaut ergänzt werden: „...es sei denn, es ist vor Beginn der Fixierung absehbar...“.

Die Formulierung: „...auch keine Wiederholung zu erwarten ist“ wird ausdrücklich begrüßt, weil sich in der Praxis zeigt, dass auch nach beendeten Fixierungen immer wieder nach kurzer Zeit eine weitere Fixierung notwendig wird. Die Formulierung verlangt daher eine Einschätzung der Persönlichkeit des Gefangenen und der tatsächlichen Umstände.

Das Bundesverfassungsgericht hat ferner festgelegt, dass die genannten Fixierungen eine Freiheitsentziehung darstellen, es sei denn, es handelt sich um eine lediglich kurzfristige Maßnahme. Von einer kurzfristigen Maßnahme sei in der Regel auszugehen, wenn sie absehbar die Dauer von ungefähr einer halben Stunde unterschreitet (Rdnr. 68).

Im Absatz 3 zu Art. 99 heißt es lediglich: „...es sei denn, es handelt sich um eine kurzfristige Maßnahme“. Auch für diesen Ausnahmetatbestand ist es wichtig, dass er präzise formuliert wird. Es fehlt im Text zum einen das Wort „absehbar“, weil die Verantwortlichen vor der Maßnahme eine Entscheidung über die Dauer der Maßnahme treffen müssen, die wiederum der Dokumentationspflicht unterliegt und damit auch der späteren Überprüfbarkeit. Zum anderen ist es im Sinne des o.g. Bestimmtheitsgrundsatzes unerlässlich, die Definition einer kurzfristigen Maßnahme in den Gesetzestext aufzunehmen. Die Bediensteten und die Betroffenen brauchen für die Praxis und den späteren Rechtsschutz klare Vorgaben. Der Wortlaut sollte daher ergänzt werden: „...es sei denn, es handelt sich vor der Fixierung absehbar um eine kurzfristige Maßnahme. Eine kurzfristige Maßnahme darf die Dauer von 30 Minuten nicht überschreiten.“

Das Bundesverfassungsgericht hat weitere Voraussetzungen für eine Fixierung festgelegt:

„Zur Wahrung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes unabdingbar ist die Anordnung und Überwachung der Fixierung in einer geschlossenen ... Einrichtung untergebrachter Personen durch einen Arzt“ (Rdnr. 83). Dies Erfordernis wird durch den neuen Absatz 2 zu Art 98 erfüllt.

„Während der Durchführung der Maßnahme ist jedenfalls bei einer 5-Punkt oder 7-Punkt-Fixierung in der Unterbringung aufgrund der Schwere des Eingriffs eine Eins-zu-Eins-Betreuung durch therapeutisches oder pflegerisches Personal zu gewährleisten“ (Rdnr. 83). Dies wird geregelt im neuen Absatz 4 zu Art. 99: „...sind die Gefangenen in besonderem Maß zu betreuen...sind sie durch geeignete Bedienstete ständig und unmittelbar zu beobachten.“

Ebenfalls neu geregelt wurde in einem Satz 3 zu Art. 100 Absatz 1, dass eine angemessene ärztliche Überwachung sichergestellt wird.

„Als Vorwirkung der Garantie effektiven Rechtsschutzes ergibt sich aus Art 2 Abs. 2 Sätze 2 und 3 i.V.m. Art 104 Abs. 1 Satz 1 GG die Notwendigkeit, die gegen den natürlichen Willen der untergebrachten Person erfolgte Anordnung einer Fixierung, die maßgeblichen Gründe hierfür, ihre Durchsetzung, Dauer und Art der Überwachung zu dokumentieren“. (Rdnr. 84) Diese Anforderung wird durch den neuen Absatz 2 zu Art. 98 geregelt. Es sollte allerdings aus Gründen der Rechtssicherheit nicht nur die Anordnung und deren Gründe dokumentiert werden, sondern auch die Entscheidung, dass es um eine kurzfristige Maßnahme handelt oder dass eine Gefahr im Verzuge vorliegt. Absatz 2 Nr. 1 wäre dementsprechend zu ergänzen.

„Zusätzlich erfolgt aus dem Freiheitsgrundrecht (Art. 2 Abs. 2 Sätze 2 und 3 i.V.m. Art 104 Abs. 1 Satz 1 GG) die Verpflichtung, den Betroffenen nach Beendigung der Maßnahme auf die Möglichkeit hinzuweisen, die Zulässigkeit der durchgeführten Fixierung gerichtlich überprüfen zu lassen“. (Rdnr. 85) Dies wird im Entwurf in Absatz 2 letzter Satz zu Art. 98 ausdrücklich geregelt.

Neben den vom Bundesverfassungsgericht geforderten gesetzlichen Regelungen sollte unserer Auffassung nach der Psychologische Dienst in die Entscheidung über die Fixierung eingebunden werden. Im Regelfall sucht der Psychologische Dienst alsbald nach der Fixierung und in der Folgezeit den Gefangenen täglich auf. Der Psychologische Dienst verfügt aber über andere und weitere Erkenntnisse der zu fixierenden Person, so dass die Fixierung entsprechend dem Verhältnismäßigkeitsgrundsatz so kurz wie möglich angeordnet werden kann, wenn diese Erkenntnisse mit einbezogen werden. Es sollte daher in Absatz 2 zu Art. 99 geregelt werden, dass der Psychologische Dienst vor der Fixierung zu hören ist.

Ausdrücklich begrüßen wir die unter „D. Kosten“ gemachten Ausführungen für die geplante Einrichtung von 6 Planstellen für Richter und 6 Stellen für den Servicebereich zur Unterstützung der Richter. Dies sollte allerdings nur ein erster Schritt sein. Mehrbedarf kann nicht ausgeschlossen werden, denn es liegen zurzeit keinerlei Erfahrungswerte für die Umsetzung des Rechtsschutzes bei Fixierungen vor.

Wir gehen davon aus, dass in Anstalten mit einem hohen Anteil an Untersuchungsgefangenen oder mit psychiatrischen Abteilungen bei der Berechnung des personellen Aufwandes / Mehraufwandes die Rufbereitschaft der Anstaltsleitung oder der mandatierten Personen, die Rufbereitschaft des ärztlichen Dienstes und der Einsatz von qualifiziertem Personal berücksichtigt wird.



DBH e.V. – Präsidium · Aachener Str. 1064 · 50858 Köln

Ministerium der Justiz Nordrhein-Westfalen

40190 Düsseldorf

DBH-Vize-Präsident

T: +49 221-9486-5120  
F: +49 221-9486-5121  
kontakt@dbh-online.de  
[www.dbh-online.de](http://www.dbh-online.de)

Köln, 21.01.2019

## **Stellungnahme des DBH-Fachverbandes für Soziale Arbeit, Strafrecht und Kriminalpolitik**

*zum Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung des Rechtsschutzes bei Fixierungen im Justiz- und Maßregelvollzug und bei öffentlich-rechtlichen Unterbringungen in psychiatrischen Einrichtungen des Landes Nordrhein-Westfalen*

Der DBH-Fachverband begrüßt die zeitnahe Umsetzung des Urteils des Bundesverfassungsgerichts zur Fixierung psychisch kranker Untergebrachter gem. § 25 PsychKG bzw. nach bayerischer Rechtslage vom 24. Juli 2018, 2 BvR 309/15, 2 BvR 502/16, NJW 2018, 2619-2628. Das Gericht hat für den Freistaat Bayern festgestellt, dass es an einer den verfassungsrechtlichen Anforderungen genügenden gesetzlichen Grundlage fehlt und hat für eine Regelung eine Übergangszeit bis zum 30. Juni 2019 festgelegt. Bis dahin führen Fixierungen unter bestimmten Voraussetzungen nicht zur Unzulässigkeit der Maßnahme (Rdnr. 126, 130).

Wir beziehen uns im Folgenden auf die geplanten Änderungen im Strafvollzugsgesetz NRW.

Das Bundesverfassungsgericht hat festgelegt, dass es sich bei einer 5-Punkt- und einer 7-Punkt-Fixierung, bei der sämtliche Gliedmaßen des Betroffenen mit Gurten am Bett festgebunden werden, um eine Freiheitsentziehung im Sinne des Art. 104 Abs. 2 GG handelt, es sei denn, es handelt sich um eine lediglich kurzfristige Maßnahme. Von einer kurzfristigen Maßnahme sei in der Regel auszugehen, wenn sie absehbar die Dauer von ungefähr einer halben Stunde unterschreitet. Die Fixierung sei als eigenständige

Freiheitsentziehung zu qualifizieren, die den Richtervorbehalt des Art. 104 Absatz 2 Satz 1 GG abermals auslöst und von der vorherigen richterlichen Unterbringungsanordnung nicht gedeckt ist (Rdnr. 64 bis 70). Folgerichtig legt der vorliegende Gesetzesentwurf in § 70 Abs. 5 StVollzG-E fest: „Fixierungen nach § 69 Abs. 2 Nr. 6, durch die die Bewegungsfreiheit der Gefangenen nicht nur kurzfristig aufgehoben wird, bedürfen der vorherigen ärztlichen Stellungnahme und richterlichen Anordnung.“

Laut Urteil des Bundesverfassungsgerichts ist eine nachträgliche richterliche Entscheidung nur dann zulässig, wenn der mit der Freiheitsentziehung verfolgte verfassungsrechtlich zulässige Zweck nicht erreichbar wäre, sofern der Maßnahme die richterliche Entscheidung vorausgehen müsste. Art 104 Abs. 2 Satz 2 GG erfordere in einem solchen Fall, die richterliche Entscheidung unverzüglich nachzuholen. Nicht vermeidbar seien zum Beispiel Verzögerungen, die durch die Länge des Weges, Schwierigkeiten beim Transport, die notwendige Registrierung und Protokollierung oder ein renitentes Verhalten des Betroffenen bedingt sind (Rdnr. 98, 99).

Der vorliegende Gesetzesentwurf legt in § 70 Absatz 5 StVollzG-E eindeutig fest: „Bei Gefahr im Verzug darf die Anstaltsleitung die Anordnung vorläufig treffen. Die richterliche Entscheidung und ärztliche Stellungnahme sind unverzüglich nachzuholen.“ Leider fehlt im Gesetzesentwurf aber der Hinweis des Bundesverfassungsgerichts auf „erlaubte“ Verzögerungen. Wir halten dies für die Praxis jedoch für unerlässlich. Dort treten immer wieder Probleme durch fehlendes Personal insbesondere am Wochenende auf, was eine Verzögerung nach den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts aber gerade nicht rechtfertigt. Durch eine gesetzliche Regelung über nicht vermeidbare Verzögerungen wird die Organisationspflicht der Anstalt klar definiert, um Vorsorge für die rechtzeitige Antragstellung zu treffen. Das Bundesverfassungsgericht weist in diesem Zusammenhang noch einmal darauf hin, dass nach dem Rechtsstaatsprinzip der Gesetzgeber gehalten ist, Vorschriften so bestimmt zu fassen, wie dies nach der Eigenart der zu ordnenden Lebenssachverhalte mit Rücksicht auf den Normzweck möglich ist.

Das diene unter anderem dazu, die Gerichte in die Lage zu versetzen, die Verwaltung anhand rechtlicher Maßstäbe zu kontrollieren (Rdnr. 77).

Das Bundesverfassungsgericht hat weiterhin festgelegt, dass eine richterliche Entscheidung nicht erforderlich ist, wenn bereits zu Beginn der Maßnahme abzusehen ist, dass die Entscheidung erst nach Wegfall des Grundes der Maßnahme ergehen wird oder die Maßnahme vor Herbeiführung der Entscheidung tatsächlich beendet und auch keine Wiederholung zu erwarten ist (Rdnr. 101). Die Umsetzung dieser Ausnahmeregelung ist im vorliegenden Gesetzesentwurf nicht präzise. Es heißt dort in § 70 Absatz 5 StVollzG-E lediglich, „...wenn absehbar ist, ...“ Es fehlt die maßgebende Vorgabe, dass diese Absehbarkeit „bereits zu Beginn der Maßnahme“ vorliegen muss. Dies ist bedeutend, weil die Dokumentationspflicht auch diese Entscheidung umfasst, um eine umfassende, nachträglich gerichtliche Überprüfung der Entscheidung zu gewährleisten (Rdnr. 104, 59).

Das Bundesverfassungsgericht hat auch festgelegt, dass die genannten Fixierungen eine Freiheitsentziehung darstellen, es sei denn, es handelt sich um eine lediglich kurzfristige Maßnahme. Von einer kurzfristigen Maßnahme sei in der Regel auszugehen, wenn sie absehbar die Dauer von ungefähr einer halben Stunde unterschreitet (Rdnr. 68).

In § 70 Abs. 5 StVollzG-E heißt es lediglich: „Fixierungen nach § 69 Absatz 2 Nr. 6, durch die die Bewegungsfreiheit nicht nur kurzfristig aufgehoben wird, bedürfen der vorherigen ärztlichen Stellungnahme und richterlichen Anordnung.“ Aber für diesen Ausnahmetatbestand ist es wichtig, dass er präzise formuliert wird. Es fehlt im Text zum einen das Wort „absehbar“, weil die Verantwortlichen vor der Maßnahme eine Entscheidung über die Dauer der Maßnahme treffen müssen, die wiederum der Dokumentationspflicht unterliegt und damit auch der späteren Überprüfbarkeit. Zum anderen ist es im Sinne des Bestimmtheitsgrundsatz unerlässlich, die Definition einer kurzfristigen Maßnahme in den Gesetzestext aufzunehmen. Die Bediensteten und die Betroffenen brauchen für die Praxis und den späteren Rechtsschutz klare Vorgaben. Der

Hinweis in der Problembeschreibung zum Gesetzesentwurf unter „A.“ reicht für diese Anforderung nicht aus.

Das Bundesverfassungsgericht hat weitere Voraussetzungen für eine Fixierung festgelegt: „Zur Wahrung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes unabdingbar ist die Anordnung und Überwachung der Fixierung in einer geschlossenen (...) Einrichtung untergebrachter Personen durch einen Arzt“(Rdnr. 83).

„Während der Durchführung der Maßnahme ist jedenfalls bei einer 5-Punkt- oder 7-Punkt-Fixierung in der Unterbringung aufgrund der Schwere des Eingriffs eine Eins-zu-Eins-Betreuung durch therapeutisches oder pflegerisches Personal zu gewährleisten“(Rdnr. 83).

„Als Vorwirkung der Garantie effektiven Rechtsschutzes ergibt sich aus Art. 2 Abs.2 Sätze 2 und 3 i.V.m. Art. 104 Abs. 1 Satz 1 GG die Notwendigkeit, die gegen den natürlichen Willen der untergebrachten Person erfolgte Anordnung einer Fixierung, die maßgeblichen Gründe hierfür, ihre Durchsetzung, Dauer und Art der Überwachung zu dokumentieren“(Rdnr. 84)

„Zusätzlich erfolgt aus dem Freiheitsgrundrecht (Art. 2 Abs. 2 Sätze 2 und 3 i.V.m. Art 104 Abs. 1 Satz 1 GG) die Verpflichtung, den Betroffenen nach Beendigung der Maßnahme auf die Möglichkeit hinzuweisen, die Zulässigkeit der durchgeführten Fixierung gerichtlich überprüfen zu lassen“. (Rdnr. 85)

Diese weiteren Voraussetzungen des Bundesverfassungsgerichts sind in dem vorliegenden Gesetzesentwurf eingearbeitet worden (§ 70 Abs. 4, § 70 Abs. 6, § 71 Absatz 1, 2 und 3 StVollzG-E).

In der bisherigen gesetzlichen Regelung in Nordrhein-Westfalen war in § 71 des Strafvollzugsgesetzes vorgesehen, dass im Bedarfsfall der psychologische Dienst den Gefangenen alsbald und in der Folgezeit möglichst täglich aufsucht. Diese Regelung ist

dahingehend geändert worden, dass vor der Anordnung der besonderen Sicherungsmaßnahme im Bedarfsfall der psychologische Dienst hinzuzuziehen ist.

Dies ist zweifelsfrei eine Verbesserung der tatsächlichen und rechtlichen Situation einer Fixierung, denn der psychologische Dienst verfügt über andere und weitere Erkenntnisse der zu fixierenden Person, so dass die Fixierung entsprechend dem Verhältnismäßigkeitsgrundsatz so kurz wie möglich andauert. Wir empfehlen daher, die Worte „im Bedarfsfall“ zu streichen, zumal das Gesetz keine Definition für dieses Tatbestandsmerkmal enthält und somit die Anstaltsleitung keine rechtssichere Entscheidung treffen kann.

Ausdrücklich begrüßen wir die unter „D. Kosten“ gemachten Ausführungen für die geplante Einrichtung von 50 Planstellen für Richter\*innen an Amts- und Landgerichten und 50 Stellen für den Servicebereich zur Unterstützung der Richter\*innen sowie weitere Sachmittel. Es ist richtig, hier von einem ersten Schritt zu sprechen und weiteren Mehrbedarf nicht gleich auszuschließen, denn es liegen zurzeit keinerlei Erfahrungswerte für die Umsetzung des Rechtsschutzes bei Fixierungen vor.

Zur Umsetzung ist es ebenso folgerichtig, die Rufbereitschaft der Anstaltsleitung oder der mandatierten Personen durch zusätzliche Planstellen des Vollzugs- und Verwaltungsdienstes zu stärken. Das gleiche gilt für die Einrichtung einer Rufbereitschaft des ärztlichen Dienstes und die Erstellung der ärztlichen Gutachten, deren Kosten im Haushaltsentwurf 2019 bereits berücksichtigt wurden. Die Personalkosten für die medizinische Überwachung und für den Einsatz von qualifiziertem Personal des Allgemeinen Vollzugsdienstes halten wir im Grundsatz ebenfalls für notwendig.

Im Namen des Präsidiums,

Vize-Präsident des DBH-Fachverbandes

**Formblatt zur Datenerhebung**  
**nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligtentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Zu welchem <b>Gesetzentwurf</b> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
<b>Gesetz zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur Hilfe und Unterbringung psychisch kranker Menschen und zur Änderung des Thüringer Maßregelvollzugsgesetzes (Gesetz zur notwendigen Ausgestaltung des Richtervorbehaltes) –</b> Gesetzentwurf der Parlamentarischen Gruppe der FDP in Drs. 7/5264											
<b>1.</b>	Haben Sie sich als <b>juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
<b>1.</b>	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>LIGA der Freien Wohlfahrtspflege in Thüringen e.V.</td> <td>Verein</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Arnstädter Str. 50</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99096 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	LIGA der Freien Wohlfahrtspflege in Thüringen e.V.	Verein	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Arnstädter Str. 50	Postleitzahl, Ort	99096 Erfurt
	Name	Organisationsform									
	LIGA der Freien Wohlfahrtspflege in Thüringen e.V.	Verein									
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Arnstädter Str. 50									
Postleitzahl, Ort	99096 Erfurt										
<b>2.</b> Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)</small>											
<b>2.</b>	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Vorname</td> </tr> <tr> <td> </td> <td> </td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse      <input type="checkbox"/> Wohnadresse  <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td> </td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td> </td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3.	<b>Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Interessenvertretung für die Wohlfahrtspflege in Thüringen	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Im vorgelegten Gesetzentwurf der FDP Fraktion ist der Richtervorbehalt entsprechend des Bundesverfassungsgerichtsurteils vom 24. Juli 2018 bei Ergreifen von besonderen Sicherungsmaßnahmen nach § 14 Abs. 1 Satz 5 ThürPsychKG und § 26 ThürMRVG Abs. 1 Satz 5 berücksichtigt. Insofern wurde diese Forderung in Landesrecht aufgenommen. Wir halten darüber hinaus aber weitere Ergänzungen bzw. Änderungen im Gesetzentwurf entsprechend des BVG-Urteils für notwendig	
5.	<b>Wurden Sie von der Landesregierung gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem <b>Anlass</b> haben Sie sich geäußert?	
	<div style="height: 80px;"></div>	
	In welcher <b>Form</b> haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	<b>Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren <b>Auftraggeber</b> !	
	<div style="height: 40px;"></div>	

7.	<b>Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu?</b> (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 30.09.2022	





THÜR. LANDTAG POST

31.08.2022 14:26

21627/2022

LIGA der Freien Wohlfahrtspflege in Thüringen e. V.  
Arnstädter Str. 50, 99096 Erfurt

- per E-Mail -

Thüringer Landtag  
Ausschuss für Soziales, Arbeit, Gesundheit und  
Gleichstellung  
Jürgen-Fuchs-Straße 1  
99096 Erfurt

**Geschäftsstelle**

**LIGA der Freien Wohlfahrtspflege  
in Thüringen e.V.**  
Arnstädter Str. 50  
(Eingang Humboldtstraße)  
99096 Erfurt

E-Mail: [info@liga-thueringen.de](mailto:info@liga-thueringen.de)  
Internet: [www.liga-thueringen.de](http://www.liga-thueringen.de)  
Telefon: (0361) 511499-0

Ihr Schreiben vom/Ihre Zeichen  
Drs. 7/5264

unsere Zeichen  
grü/swk/mit

Erfurt,  
31.08.2022

**Stellungnahme zum Gesetz zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur Hilfe und Unterbringung psychisch kranker Menschen und zur Änderung des Thüringer Maßregelvollzugsgesetzes (Gesetz zur notwendigen Ausgestaltung des Richtervorbehaltes) - Gesetzentwurf der Parlamentarischen Gruppe der FDP in Drs. 7/5264**

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Verbände des LIGA der Freien Wohlfahrtspflege in Thüringen e. V. bedanken sich für die Möglichkeit der Stellungnahme zu o.g. Gesetzesentwurf.

Nachfolgend gehen wir anhand des beigegeführten Fragenkataloges auf die aus unserer Sicht zentralen Punkte in der Entwurfsfassung ein und stellen unsere Hinweise und Anpassungsbedarfe diesbezüglich dar.

**1. Entspricht der vorgelegte Gesetzentwurf Ihrer Ansicht nach dem Verfassungsgerichtsurteil vom 24. Juli 2018 (2 BvR 309/15, 2 BvR 502/16)? Welche Änderungen halten Sie für notwendig?**

Im vorgelegten Gesetzentwurf der FDP Fraktion ist der Richtervorbehalt entsprechend des Bundesverfassungsgerichtsurteils vom 24. Juli 2018 bei Ergreifen von besonderen Sicherungsmaßnahmen nach § 14 Abs. 1 Satz 5 ThürPsychKG und § 26 ThürMRVG Abs. 1 Satz 5 berücksichtigt. Insofern wurde diese Forderung in Landesrecht aufgenommen. Wir halten darüber hinaus aber weitere Ergänzungen bzw. Änderungen im Gesetzentwurf entsprechend des BVG-Urteils für notwendig:

- Eine unverzügliche Information der gesetzlichen Vertreter des Untergebrachten bzw. des von der besonderen Sicherungsmaßnahme Betroffenen muss erfolgen,



sofern dies nicht dem mutmaßlichen Willen der untergebrachten Person widerspricht.

- Eine Ankündigung der beabsichtigten besonderen Sicherungsmaßnahme gegenüber dem Patienten in verständlicher Form muss erfolgen.
- Die Anordnung einer besonderen Sicherungsmaßnahme muss zwingend von einem Arzt bzw. von einer Ärztin vorgenommen werden (vgl. BVG-Urteil), Anordnungen von Psychotherapeuten und Psychotherapeutinnen sind u.E. nach nicht rechtmäßig.

## **2. Welche Auswirkungen hat der vorgelegte Gesetzentwurf auf die Arbeits- und Organisationsabläufe in den Einrichtungen des Maßregelvollzuges in Thüringen? Welche Auswirkungen hat der Gesetzentwurf auf Personal und den wirtschaftlichen Betrieb der Einrichtungen?**

Es ist zu vermuten, dass besondere Sicherungsmaßnahmen zu einem höheren Personalaufwand z.B. durch eine 1:1-Betreuung sowohl im Maßregelvollzug wie auch in der Allgemeinpsychiatrie führen werden. Dieser muss sichergestellt sein.

## **3. Welche Auswirkungen hat der vorgelegte Gesetzentwurf auf die im Thüringer Maßregelvollzug Untergebrachten?**

Den Patientinnen und Patienten im MRV und den nach PsychKG untergebrachten Personen wird eine gesetzeskonforme Umsetzung des BVG-Urteils zugesichert. Dazu zählen, dass nach einer ärztlichen Einschätzung eine richterliche Genehmigung erfolgt, die Maßnahme ihm bzw. ihr in einer verständlichen Form erläutert wird. Ebenso sind die betroffenen Personen auf die Möglichkeit der nachträglichen gerichtlichen Überprüfung der Zulässigkeit der besonderen Sicherungsmaßnahme hinzuweisen.

Eine urteilskonforme Umsetzung bietet auch den tätigen Ärztinnen und Ärzten sowie allen anderen therapeutisch-pflegerischen Berufsgruppen einen sicheren Rechtsrahmen, in dem der Handlungsspielraum konkret beschrieben ist.

## **4. Grenzt die in § 14 Abs. 1 ThürPsychKG bzw. § 26 Abs. 1 ThürMRVG genannte Einschränkung, nur bei „gegenwärtigen erheblichen Selbst- oder Fremdgefährdung oder einer gegenwärtigen erheblichen Gefährdung bedeutender Rechtsgüter Dritter“ im richtigen Maße ein, in welchen Situationen besondere Sicherungsmaßnahmen nach § 14 Abs. 1 ThürPsychKG bzw. § 26 Abs. 1 ThürMRVG ergriffen werden können?**

Es ist zu prüfen, ob als weiterer Zulässigkeitsgrund das geplante unerlaubte Verlassen der Einrichtung aufgeführt werden kann, wenn dem nicht durch mildere Mittel zu begegnen ist.

In § 26 ThürMRVG Abs. 1 Satz 2 ist jedoch noch der Zusatz: „Die Maßnahme darf nicht über das Erforderliche hinausgehen und der zu erwartende Nutzen muss die zu erwartende Beeinträchtigung deutlich feststellbar überwiegen“ enthalten. Aus Sicht der LIGA der Freien Wohlfahrtspflege müsste dieser Zusatz ebenso in § 14 ThürPsychKG

aufgenommen werden, denn auch bei Patienten und Patientinnen im Sinne des ThürPsychKG sollte dieser Grundsatz ebenso Priorität haben.

**5. Sollte in § 14 ThürPsychKG bzw. § 26 ThürMRVG Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 neben der Wegnahme auch die Vorenthaltung von Gegenständen ausdrücklich erlaubt sein?**

Ja, insofern es sich um Gegenstände handelt, die dazu geeignet sind, eine erhebliche Selbst- oder Fremdverletzung sowie die erhebliche Gefährdung der Rechtsgüter Dritter herbeizuführen.

**6. Sollten zusätzlich zu den in § 14 ThürPsychKG bzw. § 26 ThürMRVG Abs. 1 Satz 1 Nr. 1-5 genannten besonderen Sicherungsmaßnahmen weitere Maßnahmen genannt werden, wie etwa die Absonderung von anderen Patienten oder die medikamentöse Ruhigstellung?**

Die Absonderung in einen anderen Raum ist u.E. durch § 14 ThürPsychKG Abs. 1 Satz 3 bzw. § 26 ThürMRVG Abs. 1 Satz 3 gegeben.

**7. Ist die Lösung rechtssicher und praktikabel, besondere Sicherungsmaßnahmen nach § 14 Abs. 1 ThürPsychKG bzw. § 26 Abs. 1 ThürMRVG durch zuständige Ärzte oder Psychotherapeuten schriftlich anordnen zu lassen?**

Verweis auf die Antwort zu Frage 1.

**8. Sollten eine für den Patienten verständliche Ankündigung (§ 26 Abs. 2 ThürMRVG) und Nachbesprechung (§ 14 Abs. 6 ThürPsychKG bzw. § 26 Abs. 7 ThürMRVG) der besonderen Sicherungsmaßnahmen nach § 14 Abs. 1 ThürPsychKG bzw. § 26 Abs. 1 ThürMRVG gesetzlich fixiert werden?**

Aus Sicht der LIGA der Freien Wohlfahrtspflege sollten entsprechende Ankündigungen gesetzlich fixiert werden, da Maßnahmen der besonderen Sicherung einen tiefgreifenden Eingriff in die Persönlichkeitsrechte und Intimsphäre eines jeden Menschen darstellen, sodass eine Ankündigung in einer ihm verständlichen Sprache unabdingbar ist und ihm retrospektiv die Gelegenheit gegeben werden muss, die Situation im Gespräch mit den beteiligten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aufzuarbeiten. Der Abschluss von Behandlungsvereinbarungen sollte in diesem Zusammenhang angeboten und gefördert werden.

**9. In welcher Form sollte die Dokumentation (§ 14 Abs. 7 ThürPsychKG bzw. § 26 Abs. 8 ThürMRVG) erfolgen und welche Inhalte der Dokumentation sind gesetzlich zu fixieren?**

Die Dokumentation sollte mittels einer einheitlichen qualitätsgesicherten und datenschutzkonformen Software erfolgen. Die Dokumentation sollte in aggregierter Form

zur Berichterstattung dem zuständigen Ministerium regelmäßig zur Verfügung gestellt werden.

Mindestens dokumentiert werden sollte:

- Ankündigung und Begründung der besonderen Sicherungsmaßnahme
- Gründe für die Anordnung einschließlich der vergeblich ergriffenen milderer Mittel
- Gerichtliche Anordnungsentscheidung
- Art und Beginn der Maßnahme
- Art der Betreuung / Überwachung
- Etwaige Verlängerung und Beendigung der Maßnahme
- Nachbesprechung der Maßnahme
- Hinweis auf nachträgliche gerichtliche Überprüfung der Maßnahme
- Information der gesetzlichen Vertretung des von der Maßnahme betroffenen Menschen

#### **10. Sollten die Regelungen in § 14 ThürPsychKG und § 26 ThürMRVG generell synchronisiert werden?**

Aus Sicht der LIGA der Freien Wohlfahrtspflege können die § 14 ThürPsychKG und § 26 ThürMRVG synchronisiert werden.

Abschließend möchten wir auf weiteren Überarbeitungsbedarf in den hier zur Diskussion stehenden Gesetzen hinweisen. Die 2011 und 2013 getroffenen Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts zu Zwangsbehandlungen müssen ebenfalls umgehend in Thüringen umgesetzt werden. Hier bestehen große Regelungslücken, die zu massiven Unsicherheiten in der Praxis führen.

Bei Fragen können Sie sich gern an uns wenden.

Mit freundlichen Grüßen

**Formblatt zur Datenerhebung**  
**nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenz dokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetselten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

<b>Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?</b>											
<b>Gesetz zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur Hilfe und Unterbringung psychisch kranker Menschen und zur Änderung des Thüringer Maßregelvollzugsgesetzes (Gesetz zur notwendigen Ausgestaltung des Richtervorbehalts)</b> Gesetzentwurf der Parlamentarischen Gruppe der FDP - Drucksache 7/5264 -											
<b>1.</b>	Haben Sie sich als Vertreter einer <b>juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Landeskrankenhausgesellschaft Thüringen e.V.</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">eingetragener Verein</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Landeskrankenhausgesellschaft Thüringen e.V.</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Friedrich-Ebert-Str. 63</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">99096 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Landeskrankenhausgesellschaft Thüringen e.V.	eingetragener Verein	Geschäfts- oder Dienstadresse	Landeskrankenhausgesellschaft Thüringen e.V.	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Friedrich-Ebert-Str. 63	Postleitzahl, Ort	99096 Erfurt
	Name	Organisationsform									
	Landeskrankenhausgesellschaft Thüringen e.V.	eingetragener Verein									
	Geschäfts- oder Dienstadresse	Landeskrankenhausgesellschaft Thüringen e.V.									
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Friedrich-Ebert-Str. 63									
Postleitzahl, Ort	99096 Erfurt										
<b>2.</b>	Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)</small>										
	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="padding: 2px;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse      <input type="checkbox"/> Wohnadresse  <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Straße, Hausnummer</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBetellG)	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBetellG)	
	<p>Die Umsetzung der Festlegungen des vorgelegten Gesetzentwurfes würde Arbeits- und Organisationsabläufe wesentlich verbessern und rechtssicher machen. Damit würde Konfliktpersonal bei der Lösung akuter Eskalationssituationen erheblich vermindert werden.</p> <p>Alle Formen der Anordnung besonderer Schutz- und Sicherheitsmaßnahmen der Untergebrachten, bedürfen in den Thüringer Maßregelvollzügen aktuell der vorherigen Zustimmung eines/er Interventionsbeauftragten. Diese Regelung erfordert nicht nur einen erheblichen Arbeitsaufwand, doch auch für den verantwortlichen Arzt, sondern stört zugleich empfindlich die Organisationsabläufe.</p> <p>Die Anordnung von besonderen Sicherungsmaßnahmen bedarf nicht unbedingt einer ärztlichen Qualifikation, aber einer breiten psychiatrischen und psychotherapeutischen Erfahrung durch eine mehrjährige Tätigkeit im Maßregelvollzug.</p> <p>Nach den vorliegenden Erfahrungen können zusätzliche Kosten anfallen. Die Einrichtungen gehen davon aus, dass für die 1:1-Betreuung Fachpersonal erforderlich ist, aber es keine exzellenten Pflegekräfte sein müssen. Die Kosten würden dann steigen, wenn die Forderung bestünde, exzellentes Pflegepersonal einzustellen, um erhöhten Personalbedarf abzudecken.</p> <p>Anmerkung: In medizinisch begründeten Ausnahmefällen muss es weiterhin möglich sein, eine 1:1-Betreuung mittels Videoüberwachung durchführen zu können.</p>	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBetellG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBetellG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

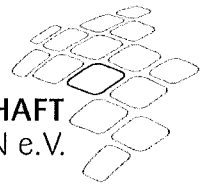
Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	
Erfurt, 30.08.2022	

THÜR. LANDTAG POST  
31.08.2022 15:31

21644/2022

LANDESKRANKENHAUSGESELLSCHAFT  
THÜRINGEN e.V.



LKHG Thüringen e.V. • Friedrich-Ebert-Str. 63 • 99096 Erfurt

Thüringer Landtag  
Ausschuss für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung  
Jürgen-Fuchs-Straße 1  
99096 Erfurt

Per E-Mail: [poststelle@thueringer-landtag.de](mailto:poststelle@thueringer-landtag.de)

Verband der Krankenhausträger  
in Thüringen

Friedrich-Ebert-Straße 63  
99096 Erfurt

Telefon:  
+49 (0) 361 558300

Telefax:  
+49 (0) 361 5583019

[www.lkhg-thueringen.de](http://www.lkhg-thueringen.de)

[post@lkhg-thueringen.de](mailto:post@lkhg-thueringen.de)

Ihre Nachricht vom  
15. Juli 2022  
DRS 7/5264

Unsere Nachricht von

Datum  
31.08.2022

#### Anhörungsverfahren gemäß § 79 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtags

sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 15. Juli 2022 mit dem Sie uns im Rahmen des o.g. Anhörungsverfahrens Gelegenheit geben, Stellung zu nehmen.

Die Landeskrankenhausgesellschaft Thüringen e.V. (LKHG) schließt sich der gemeinsamen Stellungnahme der Thüringer Fachkrankenhäuser mit Maßregelvollzug: Ökumenisches Hainich Klinikum gGmbH, Helios Fachkliniken Hildburghausen GmbH sowie Asklepios Fachklinikum Stadtroda GmbH an. Die gemeinsame Stellungnahme ist der guten Ordnung halber beigefügt.

Mit freundlichen Grüßen



Ökumenisches Hainich Klinikum gGmbH  
Pfafferode 102  
99974 Mühlhausen

Helios Fachkliniken Hildburghausen GmbH  
Eisfelder Straße  
98646 Hildburghausen

Asklepios Fachklinikum Stadtroda GmbH  
Bahnhofstraße 1a  
07646 Stadtroda

Thüringer Landtag

Jürgen-Fuchs-Str. 1  
99096 Erfurt

Per E-Mail: [poststelle@thueringer-landtag.de](mailto:poststelle@thueringer-landtag.de)

Ihre Nachricht vom 15.07.2022

25.08.2022

**Gesetzentwurf der Parlamentarischen Gruppe der FDP Drucksache 7/5264  
Anhörungsverfahren gemäß § 79 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtags  
hier: Gemeinsame Stellungnahme der Thüringer Fachkrankenhäuser mit Maßregelvollzug**

sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit bedanken wir uns für die Gelegenheit, zu dem Antrag der FDP und zu dem Fragenkatalog der CDU-Fraktion zu o.g. Thematik eine Stellungnahme abgeben zu können. Da uns die Abstimmung zwischen den drei Thüringer Fachkliniken mit Maßregelvollzügen in dieser wichtigen Thematik von Vorteil erschien, bitten wir Sie um Verständnis, dass wir nachfolgend inhaltlich mit dieser Stellungnahme übereinstimmen.

Wir unterstützen grundsätzlich die Zielstellung des o. g. Antrags und begrüßen die Erörterung der aufgeführten Fragestellungen.

Zu den Fragen nehmen wir im Einzelnen wie folgt Stellung:

1. Der vorgelegte Gesetzentwurf basiert auf den Feststellungen der Urteile des 2. Senats des Bundesverfassungsgerichtes vom 24. Juli 2018 (2 BvR 309/15, 2 BvR 309/16). Eine derartige Einschätzung können wir nicht abschließend vornehmen, da dies einer juristischen Einschätzung bedarf.

Da die Erreichbarkeit der Gerichte auch in der Nacht sowie an Wochenenden und Feiertagen gegeben sein muss, ist es notwendig, dies gleichfalls gesetzlich zu regeln.

2. Die Umsetzung der Festlegungen des vorgelegten Gesetzentwurfes würde Arbeits- und Organisationsabläufe wesentlich verbessern und rechtssicherer machen. Damit würde Konfliktpotenzial bei der Lösung akuter Eskalationssituationen erheblich vermindert werden.

Begründung:

Alle Formen der Anordnung besonderer Schutz- und Sicherungsmaßnahmen, wie die Einschränkung des Aufenthaltes im Freien zusammen mit anderen Untergebrachten, die Wegnahme von Gegenständen, die Absonderung in einem besonderen Raum oder bei erhöhter Fluchtgefahr die Fesselung bei der Ausführung, Vorführung oder einem Transport bedürfen in Thüringer Maßregelvollzügen aktuell der vorherigen Zustimmung eines/r Interventionsbeauftragten. Bei Gefahr in Verzug ist die Zustimmung des/r Interventionsbeauftragten unverzüglich nachzuholen.

Diese Regelung erfordert nicht nur einen erheblichen Arbeitsaufwand, auch für den verantwortlichen Arzt, sondern stört zugleich empfindlich die Organisationsabläufe.

Allein aus der Problematik, dass, wenn der verantwortliche Facharzt auf der Basis seiner Sach- und Fachkunde bei einem Untergebrachten die gegenwärtige erhebliche Selbst- oder Fremdgefährdung oder die gegenwärtige erhebliche Gefährdung der Rechtsgüter Dritter festgestellt hat, er den Interventionsbeauftragten am Telefon davon jedoch nicht überzeugen kann, und dieser die Zustimmung nicht erteilt, kann sich ein Dilemma entwickeln. Dies besteht darin, dass sich der verantwortliche Facharzt generell bzw. im Einzelfall nicht mehr traut, die besonderen Schutz- und Sicherungsmaßnahmen anzuordnen, obschon er überzeugt ist, dass aufgrund eines psychopathologischen Ausnahmezustandes beim Untergebrachten eine erhebliche Selbst- und Fremdgefährdung besteht.

Ordnet er die besonderen Schutz- und Sicherungsmaßnahmen nicht an, weil er die Zustimmung des Interventionsbeauftragten nicht erreichen konnte, und begeht der Untergebrachte im Nachgang einen Suizid, so übernimmt der Interventionsbeauftragte nicht die Verantwortung. Die Verantwortlichkeit bleibt beim behandelnden Facharzt.

Bezüglich der besonderen Schutz- und Sicherungsmaßnahmen ist es unzureichend, dass Fesselungen nur bei zusätzlicher, erhöhter Fluchtgefahr verhängt werden können und die Fesselung bei einer Ausführung, Vorführung oder beim Transport eines Untergebrachten bisher nur dann erlaubt sind. Erfahrungsgemäß besteht auch bei Untergebrachten mit sehr hohem Aggressionspotential und nicht

einschätzbaren impulshaften Handlungen die Notwendigkeit einer Fesselung bei Ausführungen, Vorführungen und Transporten, auch ohne dass erhöhte Fluchtgefahr besteht. Dies ist erforderlich, um Verletzungen des begleitenden Personals zu vermeiden.

§ 14 ThürMRVG (neu) sieht vor, dass die besonderen Sicherungsmaßnahmen nach Abs. 1 Nummer 1-4 durch die fachliche Einrichtungsleitung, eine zuständige Ärztin oder einen zuständigen Arzt oder eine zuständige Psychotherapeutin oder einen zuständigen Psychotherapeuten angekündigt und angeordnet werden können. Die Zustimmung des Interventionsbeauftragten ist nicht mehr erforderlich.

Die geplante Änderung unter Abs. 2 hat dahingehend Auswirkungen, dass in Zukunft die fachliche Einrichtungsleitung (also auch eine Juristin/ein Jurist) oder der/die zuständige Arzt/Ärztin (also auch ohne Facharztanerkennung) oder eine Psychotherapeutin/ein Psychotherapeut (also auch eine Psychologin/ein Psychologe, die/der noch kein psychologischer Psychotherapeut ist) Sicherungsmaßnahmen von Abs. 1 Nr. 1-4 anordnen können soll, ist nicht angemessen. Die Anordnung von besonderen Sicherungsmaßnahmen bedarf einer breiten psychiatrischen und psychotherapeutischen Erfahrung durch eine mehrjährige Tätigkeit im Maßregelvollzug. „Zuständige Ärzte“ und „zuständige Psychotherapeuten“ könnten sonst Personen sein, die kaum oder gar nicht über klinische Erfahrungen in diesem Bereich verfügen.

Besondere Sicherungsmaßnahmen sollten nur von der Vollzugsleitung und der von ihr benannten Vertretung anzuordnen sein. Notwendigerweise muss diese Person wie oben beschrieben im Maßregelvollzug mehrjährig erfahren sein, sie kann dabei ein Facharzt/eine Fachärztin für Psychiatrie, für Kinder- und Jugendpsychiatrie, für Psychosomatik, eine Ärztin/ein Arzt ohne abgeschlossene Facharztweiterbildung, eine Psychologische Psychotherapeutin/ein Psychologischer Psychotherapeut oder eine Psychologin/ein Psychologe ohne abgeschlossene Therapieausbildung sein. Die Erweiterung der Anordnungserlaubnis auf nicht ärztliche Berufsgruppen ist aus fachlicher Sicht dringend überfällig.

Die Änderung, dass bei Gefahr im Vollzug besondere Sicherungsmaßnahmen nach Abs. 1-4 auch durch anderes therapeutisches oder pflegerisches Personal der Einrichtung angeordnet werden können soll, sind zu befürworten, selbstverständlich ist aber frühestmöglich die Vollzugsleitung bzw. die für diese Aufgaben benannte Vertretung darüber zu informieren. Die geplante Änderung einer durchgängigen 1:1-Betreuung bei Fixierungen wird aufgrund der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes schon so gehandhabt. Die durchgängige 1:1-Betreuung ist aus medizinischen und psychotherapeutischen Gründen dringend erforderlich. Die Anforderung, dass diese durch „therapeutisches oder pflegerisches Personal, dass durch Ärzte in solche Aufgaben eingewiesen wurde“ erfolgen muss, halten wir für richtig.

Aufgrund der derzeitigen Versorgungsstrukturen im Maßregelvollzug mit erheblichem Personalmangel im pflegerischen Bereich ist eine kontinuierliche 1:1-Betreuung „nur durch erfahrenes Fachpersonal“ (dies bedeutet: examinierte Fachkräfte für Pflege) aktuell schon sehr schwer zu gewährleisten, da dieses innerhalb einer Schicht immer auch für andere, medizinische Aufgaben (Ausgabe der Medikation etc.)

herangezogen werden muss. Examierte Pflegekräfte stehen auf dem Arbeitsmarkt kaum noch zur Verfügung. Ein Problem, das auch nicht durch bessere Entlohnung allein gelöst werden kann. Das „erforderliche Maß der ärztlichen Kontrolle“ während der Sicherungsmaßnahme „Fixierung“ sollte durch fachärztliche Beurteilung festgelegt werden.

Wichtig erscheint, dass in § 14 Abs. 7 ThürMRVG hingewiesen wird, dass ein Untergebrachter bei besonderen Sicherungsmaßnahmen nach Abs. 1 Nummer 3-5 auf die Möglichkeit einer nachträglichen gerichtlichen Überprüfung ihrer Zulässigkeit hinzuweisen ist.

Auch für die Mitarbeiter:innen ist im jeweiligen Kontext zu erwarten, so die Erfahrung der vergangenen 20 Jahre, dass sie erhebliche Stress- und Arbeitsbelastung erfahren, wenn sie den Untergebrachten nicht ausreichend gesichert sehen, nachdem der zuständige Arzt akute Suizidalität festgestellt hat.

3. Nach den vorliegenden Erfahrungen können zusätzlichen Kosten anfallen. Die Einrichtungen gehen davon aus, dass für die 1:1-Betreuung Fachpersonal erforderlich ist, aber es keine examinierten Pflegekräfte sein müssen. Die Kosten würden dann steigen, wenn die Forderung bestünde, examiniertes Pflegepersonal einzustellen, um den erhöhten Personalbedarf abzudecken.
4. Der vorgelegte Gesetzentwurf wird nach vorliegenden Erfahrungen keine gravierenden negativen Auswirkungen auf die im Thüringer Maßregelvollzug Untergebrachten haben. Grundsätzlich besteht dadurch die Möglichkeit einer besseren Untergebrachtenbetreuung. Allerdings könnte es zu fachlich nicht fundierten Entscheidungen kommen, wenn im Maßregelvollzug unerfahrene Ärzte, Psychologen oder Juristen Sicherungsmaßnahmen anordnen dürften, was bedeuten könnte, dass diese zu früh, zu spät oder fälschlicherweise verhängt würden.
5. Die in § 14 Abs. 1 ThürPsychKG bzw. § 26 Abs. 1 ThürMRVG genannte Einschränkung grenzt nur bei „gegenwärtigen erheblichen Selbst- oder Fremdgefährdung oder einer gegenwärtigen erheblichen Gefährdung bedeutender Rechtsgüter Dritter“ im richtigen Maße ein, in welchen Situationen besondere Sicherungsmaßnahmen nach § 14 Abs. 1 ThürPsychKG bzw. § 26 Abs. 1 ThürRVG ergriffen werden können. Die Formulierung grenzt die Situation ausreichend ein.
6. Die in § 14 ThürPsychKG bzw. § 26 ThürMRVG Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 vorgesehene Vorenthaltung von Gegenständen sollte neben der Wegnahme ausdrücklich erlaubt sein.
7. Es ist nicht erforderlich zusätzlich zu den in § 14 ThürPsychKG bzw. § 26 ThürMRVG Abs. 1 Satz 1 Nr. 1-5 genannten besonderen Sicherungsmaßnahmen weitere Maßnahmen zu nennen, wie etwa die Absonderung von anderen Patienten bzw. Untergebrachten oder die medikamentöse Ruhigstellung. Die erwähnte sogenannte „medikamentöse Ruhigstellung“ ist unnötig. Untergebrachte im Maßregelvollzug müssen nicht und werden nicht „ruhiggestellt“.

Die medikamentöse Zwangsbehandlung von Maßregelvollzugsuntergebrachten ist in § 29 ThürMRVG geregelt. Hier muss dringend eine Änderung erfolgen im Sinne einer Regelung, welche ermöglichen sollte, dass Untergebrachte „zur Erreichung des Vollzugsziels (nämlich der Sicherung der Allgemeinheit durch eine Besserung der sog. „Anlasserkrankung“ des Untergebrachten, welche für seine Gefährlichkeit ursächlich ist) zwangsbehandelt werden dürfen. Dies sollte genehmigt werden, sofern Untergebrachte im Maßregelvollzug die medikamentöse Behandlung ihrer sog. „Anlasserkrankung“ mehrfach abgelehnt haben, diesbezüglich aber nicht einwilligungsfähig sind und folglich nicht ermessen können, was eine Ablehnung für sie selbst bedeutet. Die Konsequenz wäre ein jahrelanges, reines „Verwahren und Sichern“ psychisch schwer kranker – oft junger! – Menschen im Maßregelvollzug, welche aufgrund fortbestehender Gefährlichkeit nicht gelockert werden können, da die zugrundeliegende psychiatrische Erkrankung nicht medikamentös behandelt werden kann.

Selbstverständlich müssten alle anderen Bedingungen für medikamentöse Zwangsbehandlungen (wie z.B. Nutzen-Schaden-Abwägung, mehrmalige Ablehnung der oralen Einnahme, Geeignetheit des Präparates, mildestes Mittel, fehlende ablehnende Patientenverfügung etc.) erfüllt sein.

8. Die Lösung stellt sich rechtssicher und praktikabel dar.
9. Eine für den Untergebrachten verständliche Ankündigung (§ 26 Abs. 2 ThürMRVG) und Nachbesprechung (§ 14 Abs. 6 ThürPsychKG bzw. § 26 Abs. 7 ThürMRVG) der besonderen Sicherungsmaßnahmen nach § 14 Abs. 1 ThürPsychKG bzw. § 26 Abs. 1 ThürMRVG sollte gesetzlich fixiert werden. Dies ist bereits im Thüringer Maßregelvollzugsgesetz geregelt.
10. Angepasstes Dokumentationsblatt vor Ort in den Thüringer Maßregelvollzügen in Abstimmung mit den Interventionsbeauftragten. Dieses sollte schriftlich erfolgen und folgende Inhalte umfassen:
  - Beginn der Fixierung
  - Ende der Fixierung
  - Grund für die Fixierung
  - Dauer der Fixierung
11. Die Regelungen in § 14 ThürPsychKG und § 26 ThürMRVG sollten generell synchronisiert werden.

#### Weitere Anmerkungen zum Entwurf:

In medizinisch begründeten Ausnahmefällen muss es weiterhin möglich sein, eine 1:1-Betreuung mittels Videoüberwachung durchführen zu können.

Im Übrigen wird ausdrücklich begrüßt, dass die 1:1-Betreuung nicht nur von examiniertem Pflegepersonal, sondern auch von ärztlich eingewiesenem Personal übernommen werden kann.

Mit freundlichen Grüßen

(

**Formblatt zur Datenerhebung**  
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenz dokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Zu welchem <b>Gesetzentwurf</b> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
<b>Gesetz zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur Hilfe und Unterbringung psychisch kranker Menschen und zur Änderung des Thüringer Maßregelvollzugsgesetzes (Gesetz zur notwendigen Ausgestaltung des Richtervorbehalts)</b> Gesetzentwurf der Parlamentarischen Gruppe der FDP - Drucksache 7/5264 -											
<b>1.</b>	Haben Sie sich als Vertreter einer <b>juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="height: 40px; vertical-align: bottom; padding: 5px;">Park Thüringen</td> <td style="height: 40px; vertical-align: bottom; padding: 5px;">u d ö R</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="padding: 5px;"></td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="padding: 5px;">Bismarckstr. 46</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="padding: 5px;">99084 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Park Thüringen	u d ö R	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Bismarckstr. 46	Postleitzahl, Ort	99084 Erfurt
	Name	Organisationsform									
	Park Thüringen	u d ö R									
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Bismarckstr. 46									
Postleitzahl, Ort	99084 Erfurt										
<b>2.</b> Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)</small>											
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="height: 40px;"></td> <td style="height: 40px;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="padding: 5px;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse      <input type="checkbox"/> Wohnadresse  <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Straße, Hausnummer</td> <td style="padding: 5px;"></td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="padding: 5px;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der <b>Schwerpunkt</b> Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBetellG)	
	<i>Vertretung der Belange der in Thüringen ansässigen Rechtsanwältinnen, Rechtsanwälte und Notarinnen/Notare</i>	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBetellG)	
	<i>Beachtung von Fragen</i>	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBetellG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail	
	<input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als <b>Anwaltskanzlei im Auftrag</b> eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBetellG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	



7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
G.H., 31.08.22	



Rechtsanwaltskammer Thüringen · Bahnhofstraße 16 · 99084 Erfurt

Thüringer Landtag  
Ausschuss für Soziales, Arbeit, Gesundheit  
und Gleichstellung  
Jürgen-Fuchs-Straße 1  
99096 Erfurt

THÜR. LANDTAG POST  
31.08.2022 15:19

21637/22

Rechtsanwaltskammer Thüringen  
Bahnhofstraße 16  
99084 Erfurt

Telefon: (0361) 6 64 93-0  
Telefax: (0361) 6 64 93-20

E-Mail: [info@rak-thueringen.de](mailto:info@rak-thueringen.de)  
Internet: [www.rak-thueringen.de](http://www.rak-thueringen.de)

-nur per E-Mail-

Ihr Aktenzeichen

Drs. 7/5264

Unser Aktenzeichen

AV/93/2022  
Da-we

Datum

31.08.2022

**Gesetz zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur Hilfe und Unterbringung psychisch kranker Menschen und zur Änderung des Thüringer Maßregelvollzugsgesetzes (Gesetz zur notwendigen Ausgestaltung des Richtervorbehalts)**

Gesetzesentwurf der Parlamentarischen Gruppe der FDP

in vorbezeichneter Angelegenheit überreichen wir die im Auftrag des Vorstandes gefertigte anliegende Stellungnahme des Vorstandsmitgliedes RA Dr. Fertig zur gefälligen Verwendung.

Mit freundlichen Grüßen

**Beantwortung des Fragenkatalogs**

**zur schriftlichen Anhörung zum Gesetzentwurf in Drucksache 7/5264**

Vom Ausschuss beschlossene Fragen der Fraktion der CDU:

- 1. Entspricht der vorgelegte Gesetzentwurf Ihrer Ansicht nach dem Verfassungsgerichtsurteil vom 24.07.2018 (2 BvR 309/15, 2 BvR 502/16)? Welche Änderungen halten Sie für notwendig?**

Es sollte geprüft werden, ob der Richtervorbehalt die Entscheidung einer freiheitsentziehenden Maßnahme nicht grundsätzlich erhalten bleibt und nur in den Fällen der gegenwärtigen und erheblichen Selbst- oder Fremdgefährdung zumindest temporär ersetzt werden kann. Dies bedeutet, nur in den Fällen, in denen eine Gefahr für Leib und Leben besteht, kann im Zeitpunkt der Entscheidung auf den Richtervorbehalt verzichtet werden. Ggf. sollte der Richter im Nachgang beteiligt werden, um die Rechtmäßigkeit der Maßnahme zu überprüfen. Des Weiteren ist zu prüfen, ob die Formulierung in § 14 Abs. 2 ThürPsychKG „die fachliche Einrichtungsleitung“, die auch in § 26 Abs. 2 ThürMRVG vorkommt, als unbestimmter Rechtsbegriff geeignet ist, Rechtssicherheit zu schaffen. Insbesondere in den Fällen, wo der Richtervorbehalt nicht greifen würde, könnte es zu Streit dahingehend führen, ob die fachliche Geeignetheit bei der Einrichtungsleitung für die hier relevante Entscheidung gegeben war. Aus diesem Grunde sollte die Entscheidung im Falle des nicht gegebenen Richtervorbehaltes bei Eilbedürftigkeit nur durch eine zuständige Ärztin oder einen zuständigen Arzt oder eine zuständige Psychotherapeutin oder einen zuständigen Psychotherapeuten angeordnet werden.

- 2. Welche Auswirkungen hat der vorgelegte Gesetzentwurf auf die Arbeits- und Organisationsabläufe in den Einrichtungen des Maßregelvollzuges in Thüringen? Welche Auswirkungen hat der Gesetzentwurf auf Personal und den wirtschaftlichen Betrieb der Einrichtungen?**

Diesbezüglich kann keine Erklärung abgegeben werden.

**3. Welche zusätzlichen Kosten fallen an?**

Diesbezüglich kann keine Erklärung abgegeben werden.

**4. Welche Auswirkungen hat der vorgelegte Gesetzentwurf auf die im Thüringer Maßregelvollzug Untergebrachten?**

Bei Nichtvorhandensein eines Richtervorbehaltes könnte die Gefahr bestehen, dass bei Abwägung der Voraussetzungen der besonderen Sicherungsmaßnahmen die rechtliche Abwägung in den Hintergrund tritt. In vorliegenden Fallgestaltungen muss allerdings bei Fällen der Eigen- und Fremdgefährdung sowohl die physische und psychische Situation bewertet, aber auch die Verhältnismäßigkeit im Sinne einer rechtlichen Bewertung gegeben sein. Das BVerfG hat dies in seinem Urteil vom 24.07.2018 (2 BvR 309/15) so entschieden. Dies scheint durch die gefundene Formulierung nicht ausgewogen berücksichtigt worden sei.

**5. Grenzt die in § 14 ThürPsychKG bzw. § 26 ThürMRVG genannte Einschränkung, nur bei „gegenwärtigen erheblichen Selbst- oder Fremdgefährdung oder einer gegenwärtigen erheblichen Gefährdung bedeutender Rechtsgüter Dritter“ im richtigen Maße ein, in welchen Situationen besondere Sicherungsmaßnahmen nach § 14 Abs. 1 ThürPsychKG bzw. § 26 Abs. 1 ThürMRVG ergriffen werden können?**

Nein.

**6. Sollte in § 14 ThürPsychKG bzw. § 26 ThürMRVG neben Wegnahme auch die Vorenthaltung von Gegenständen ausdrücklich erlaubt sein?**

Ja.

**7. Sollten zusätzlich zu den in § 14 ThürPsychKG bzw. § 26 ThürMRVG genannten besonderen Sicherungsmaßnahmen weitere Maßnahmen genannt werden, wie etwa die Absonderung von anderen Patienten oder die medikamentöse Ruhigstellung?**

Unter Berücksichtigung der psychischen Situation des Betroffenen/der Betroffenen kann u. a. die Absonderung von anderen Patienten ein geeignetes Mittel sein. Bei Fällen der medikamentösen Ruhigstellung ist selbstverständlich die medizinische Bewertung bzw. Einschätzung der behandelnden oder hinzugezogenen Ärzte maßgeblich.

Die Möglichkeiten der besonderen Sicherungsmaßnahmen sollten hier breiter sein und eine größere Auswahl von Möglichkeiten beinhalten.

**8. Ist die Lösung rechtssicher und praktikabel, besondere Sicherungsmaßnahmen nach § 14 Abs. 1 ThürPsychKG bzw. § 26 Abs. 1 ThürMRVG durch zuständige Ärzte oder Psychotherapeuten schriftlich anordnen zu lassen?**

Wie bereits unter 1. erwähnt, ist die ärztliche und/oder psychotherapeutische Entscheidung auch bei einer schriftlichen Darlegung nicht unproblematisch, wenn diese die rechtliche Abwägung einer freiheitsentziehenden Maßnahme, so wie sie ein zuständiger Richter/eine zuständige Richterin vornehmen würde, treffen könnte. Die Frage, wann die schriftliche Anordnung zu dokumentieren ist, ist aus meiner Sicht unter Praktikabilitätspunkten infrage zu stellen. In der Regel stellt sich der Fall so dar, dass ein psychisch auffälliger Patient im Rahmen einer Selbstgefährdung zeitnah gesichert werden muss, so dass eine vorherige schriftliche Anordnung unpraktikabel scheint.

Nichts desto trotz verbleibt es damit, dass eine entsprechende Entscheidung einer besonderen Sicherungsmaßnahme spätestens im Nachhinein dokumentiert sein muss.

Insbesondere dann, wenn die Sicherungsmaßnahmen über einen bestimmten Zeitpunkt hinausgehen, verbleibt es dabei, dass hier in Erwägung gezogen werden muss, die juristische Prüfung zu ergänzen. Deswegen sei an dieser Stelle nochmals auf den Richtervorbehalt verwiesen.

- 9. Sollten eine für den Patienten verständliche Ankündigung (§26 Abs. 2 ThürMRVG) und Nachbesprechung (§14 Abs. 6 ThürPsychKG bzw. § 26 Abs. 7 ThürMRVG) der besonderen Sicherungsmaßnahmen nach § 14 Abs. 1 ThürPsychKG bzw. § 26 Abs. 1 ThürMRVG gesetzlich fixiert werden?**

Ja.

- 10. In welcher Form sollte die Dokumentation (§14 Abs. 7 ThürPsychKG bzw. § 26 Abs. 8 ThürMRVG) erfolgen und welche Inhalte der Dokumentation sind gesetzlich zu fixieren?**

Hier sind die Anforderungen der medizinischen Dokumentation im Sinne einer Patientendokumentation ausreichend.

Vergleicht man die Vorgaben, die für eine medizinische Dokumentation, die auch durch die Rechtsprechung gefordert werden, so ist erforderlich, dass die Situation des Patienten (ggf. Krankheitsbild) und die Behandlungsalternativen (die Abwendung der besonderen Sicherungsmaßnahmen) dokumentiert werden. Insbesondere die Entscheidung, warum sich gerade für die jeweilige Sicherungsmaßnahme in diesem Moment entschieden wurde.

Des Weiteren ist erforderlich, die Eilbedürftigkeit der Entscheidung durch den behandelnden Arzt/die behandelnde Ärztin/die Psychotherapeutin/den Psychotherapeuten zu dokumentieren. Gerade die Frage der Eilbedürftigkeit ist von hoher Relevanz, denn wenn die Eilbedürftigkeit nicht gegeben ist, ist aus Sicht des Unterzeichners wieder an den Richtervorbehalt zu denken bzw. diesen zur Anwendung zu bringen.

- 11. Sollten die Regelungen in § 14 ThürPsychKG und § 26 ThürMRVG generell synchronisiert werden?**

Ja. Eine Synchronisation ist sinnvoll, da es aufgrund von möglichen Lücken, die durch unterschiedliche Regelungen entstehen, Auslegungsprobleme geben kann.

**Formblatt zur Datenerhebung  
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtransparenz dokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtransparenz dokumentationsgesetz (ThürBeteil dokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteil dokG in der Beteiligtransparenz dokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

<b>Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?</b>		
Gesetz zur Änderung des ThürPsychKG und des Thüringer Maßregelvollzugsgesetzes Gesetzentwurf der Parlamentarischen Gruppe der FDP - Drucksache 7/5264 -		
<b>1.</b>	Haben Sie sich als Vertreter einer <b>juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteil dokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)	
	<div style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Name</div> <div style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Organisationsform</div>	
		Sophien- und Hufelandklinikum gGmbH c/o Gesellschaft für Psychiatrie, Neurologie, Jugendpsychiatrie e.V.
	Geschäfts- oder Dienstadresse	
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Henry-van-de-Velde-Straße 2
	Postleitzahl, Ort	99425 Weimar
<b>2.</b>	Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteil dokG)	
	<div style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Name</div> <div style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Vorname</div>	
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	



3.	Was ist der <b>Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte</b> (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren <b>zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem <b>Anlass</b> haben Sie sich geäußert?	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
	In welcher <b>Form</b> haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich <b>als Anwaltskanzlei im Auftrag</b> eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren <b>Auftraggeber!</b>	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	

7.	<b>Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu?</b> (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilDokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

<b>Ort, Datum</b>	<b>Unterschrift</b>

**Formblatt zur Datenerhebung  
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenz dokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
<b>Gesetz zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur Hilfe und Unterbringung psychisch kranker Menschen und zur Änderung des Thüringer Maßregelvollzugsgesetzes (Gesetz zur notwendigen Ausgestaltung des Richtervorbehalts)</b> Gesetzentwurf der Parlamentarischen Gruppe der FDP - Drucksache 7/5264 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>GdP</td> <td>e.V.</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td>Auenstr. 38</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>39084 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	GdP	e.V.	Geschäfts- oder Dienstadresse	Auenstr. 38	Straße, Hausnummer (oder Postfach)		Postleitzahl, Ort	39084 Erfurt
Name	Organisationsform										
GdP	e.V.										
Geschäfts- oder Dienstadresse	Auenstr. 38										
Straße, Hausnummer (oder Postfach)											
Postleitzahl, Ort	39084 Erfurt										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse      <input type="checkbox"/> Wohnadresse            (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)         </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
Name	Vorname										
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)											
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBetellG)	
	Vertretung aller Polizei- / Justizbeschäftigten	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input type="checkbox"/> befürwortet, <input checked="" type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBetellG)	
	- Vorbehalt wird kritisch - / Umsetzungsproblem hervorgehoben - Personalierung erforderlich	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBetellG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBetellG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligungstransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift //
Eft, 31.08.2022	



## Gewerkschaft der Polizei Landesbezirk Thüringen

Gewerkschaft der Polizei LB Thüringen Auenstr. 38 a 99089 Erfurt

Thüringer Landtag  
Ausschuss für Soziales, Arbeit,  
Gesundheit und Gleichstellung  
Jürgen-Fuchs-Straße 1  
99096 Erfurt

THÜR. LANDTAG POST  
01.09.2022 07:02  
21661/22

### Gewerkschaft der Polizei Landesbezirk Thüringen

Telefon: 0361 / 59895-0  
Telefax: 0361 / 59895-11  
E-Mail: [gdp-thueringen@gdp.de](mailto:gdp-thueringen@gdp.de)  
[www.gdp-thueringen.de](http://www.gdp-thueringen.de)  
Bankverbindung:

IBAN:  
BIC:

Ihr Zeichen.	Ihr Schreiben vom	Unser Zeichen	Datum
DRS. 7/5246	15.07.2022	WG	31.08.2022

Sehr geehrte Damen und Herren,

die GdP bedankt sich für die Möglichkeit der Stellungnahme des Gesetzes.

Der Gesetzentwurf zeigt eine wesentlich spürbare Änderung zur Praxis auf. Zudem müsste weiterhin juristisch die Formulierung für eine Klarheit ohne Auslegungen geprüft und überarbeitet werden.

Im Bezug gesehen zu den Justizvollzugsanstalten kann folgendes grundsätzlich dargelegt werden.

Generell würden sich wegen Anweisungsvorbehalt vor allem größere Praxisänderungen ergeben. Anordnungen von besonderen Sicherungsmaßnahmen obliegen derzeit der Anstaltsleitung bzw. von der Anstaltsleitung betrautem Personal.

Hier besteht ja auch die Sonderregelung, dass bei Gefahr im Verzug sofort gehandelt werden darf. Einzig die Fixierung ist ein Problem. Eine ausschließliche Anordnung durch eine zuständige Ärztin oder einen zuständigen Arzt wird nicht befürwortet. Damit nimmt man dem Personal in den Einrichtungen die Möglichkeit zu handeln. Auch bei Gefahr im Verzug dürfen Fixierungen nur vom Arzt angewiesen werden. Praxisproblem wäre vor allem in Thüringen als dauerhafte Umsetzung, dass in den Anstalten ständig bzw. täglich kein Arzt zur Verfügung steht. Im Maßregelvollzug müsste der Patient solange durch unmittelbaren Zwang festgehalten werden, bis ein Arzt vor Ort ist um eine Fixierung anzuweisen. Für eine praktische Umsetzung wäre mit äußerster Schwierigkeit und wesentlichem höheren Personalaufwand von Nöten. Würde der Fall von zwei gleichzeitigen Maßnahmen eintreten, wären die Bereiche nicht handlungsfähig. Die GdP stellt sich dieses daher ziemlich schwierig und stressig vor. Eine praktische Lösung ist hierbei nicht greifbar, zumal eine 24 Stunden Besetzung von Ärzten nicht der Realität und Praxis entsprechen würde, die gelebt werden kann.

Die derzeitigen Handlungsanweisungen bezüglich der Anordnung und dem Verfahren besonderer Sicherungsmaßnahmen sind in dem §89 in dem für uns zuständigen Thüringer Justizvollzugsgesetzbuch soweit klar geregelt. Daher müsste hinterfragt werden, ob dieses wahrscheinlich nur den Maßregelvollzug betreffen könnte. Die Details der Anweisungen wie z.B. der Richtervorbehalt (Richterliche Genehmigung einer Fixierung ab 30 min) sind in Dienstsanweisungen/ Handlungsanweisungen bereits berücksichtigt.

Für das praktische Verwaltungshandeln im Vollzugsdienst müsste der Vollzugsdienst sich nun um den Kontakt, Umsetzung und Darlegung kümmern, welcher zusätzlicher Aufwand und Personalbedarf erfordern. Daher ist keine praktische Realisierung möglich, so dass die Maßnahmen, wie diese Fixierung unterbleiben.

Antworten zu den Fragen:

2. Durch diese Änderungen müsste Personalerhöhungen und 24h/7x in der Woche Besetzungen durch Ärzte bzw. Anzuweisende realisiert werden, welches bisher im Personalhaushalt und praktisch nicht umsetzbar erscheint.
3. Weitere Personalkosten und Erschwerniszulagen
4. Aus praktischer Sicht würde die vorläufige Maßnahme bis zur Anweisung bestehen bleiben. Daher könnten andere Maßnahmen nicht umgesetzt werden. Es ist zudem denkbar, dass gesundheitliche Schäden der Person entstehen, weil die Sicherungsmaßnahmen nicht sofort erfolgen können. Zudem wird die Situation zu Umsetzungsproblemen in der Praxis führen, welche für die Untergebrachten nicht vermittelbar sind. Eine Eigengefährdung abzuwenden ist daher wesentlich Schwieriger.
8. Die GdP lehnt dieses ab. Siehe vorherige Ausführungen in der Stellungnahme.
9. Nein
10. Bisherige Dokumentation sind ausreichend und Ressourcenschonend. Eine Dauer ist ausreichend. Eine sofortige Nachbereitung führt im Regelbetrieb zu Hürden und umsetzbaren Problemstellungen für den Alltagsablauf.

Für weiter Rückfragen stehen wir gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

**Formblatt zur Datenerhebung**  
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtransparenz dokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtransparenz dokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligtransparenz dokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
<b>Gesetz zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur Hilfe und Unterbringung psychisch kranker Menschen und zur Änderung des Thüringer Maßregelvollzugsgesetzes (Gesetz zur notwendigen Ausgestaltung des Richtervorbehalts)</b> Gesetzentwurf der Parlamentarischen Gruppe der FDP - Drucksache 7/5264 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Name <i>Ostdeutsche Psychotherapeutenkammer</i></td> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Organisationsform <i>Körperschaft des öffentl. Rechts</i></td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="padding: 5px;"><i>Goyask. 2d</i></td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="padding: 5px;"><i>04105 Leipzig</i></td> </tr> </table>	Name <i>Ostdeutsche Psychotherapeutenkammer</i>	Organisationsform <i>Körperschaft des öffentl. Rechts</i>	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	<i>Goyask. 2d</i>	Postleitzahl, Ort	<i>04105 Leipzig</i>		
	Name <i>Ostdeutsche Psychotherapeutenkammer</i>	Organisationsform <i>Körperschaft des öffentl. Rechts</i>									
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	<i>Goyask. 2d</i>									
Postleitzahl, Ort	<i>04105 Leipzig</i>										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)</small>										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="height: 30px;"></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="padding: 5px;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse      <input type="checkbox"/> Wohnadresse  <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											



3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBetellidokG)	
	Berufsschwerpunkt der Psychotherapeuten und Psychotherapeuten	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBetellidokG)	
	Der Gesetzesentwurf greift die Umsetzung des Bundesverfassungsgerichtsurteils auf, nach dem für alle freiheitsentziehende Maßnahmen stets der Richter Vorbehalt gilt. Das FS Thüringen hat dies bislang noch nicht umgesetzt. Eine Anpassung des Lehr. Gesetzes wäre daher zu begrüßen.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBetellidokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6) <input type="checkbox"/> nein	
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBetellidokG)	
	<input type="checkbox"/> ja <input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)	
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligte transparenten Dokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Leipzig, 24/8/22	

Geschäftsführer  
Ostdeutsche Psychotherapeutenkammer KdöR  
Goyastraße 2 d • 04105 Leipzig  
Tel. 0341-462 432 0 • Fax 0341-462 432 19

## Stellungnahme OPK

Gesetz zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur Hilfe und Unterbringung psychisch kranker Menschen und zur Änderung des Thüringer Maßregelvollzugsgesetzes (Gesetz zur notwendigen Ausgestaltung des Richtervorbehalts) –

Drucksache 7/5264

Gesetzentwurf der Parlamentarischen Gruppe der FDP

Thüringer Landtag  
Z u s c h r i f t  
7/2128

zu Drs. 7/5264

Sehr geehrte Frau Vorsitzende Dr. Klisch,  
sehr geehrte Ausschussmitglieder,

wir danken für die Möglichkeit, zum vorgelegten Gesetzentwurf der Parlamentarischen Gruppe der FDP Stellung beziehen zu können. Dieser sieht eine dringend notwendige Anpassung des **Thüringer Gesetzes zur Hilfe und Unterbringung psychisch kranker Menschen und zur Änderung des Thüringer Maßregelvollzugsgesetzes (Gesetz zur notwendigen Ausgestaltung des Richtervorbehalts)** aufgrund des Urteils des Bundesverfassungsgerichts vom 24. Juli 2018 (2 BvR 309/15 und 2 BvR 502/16) vor. Die Ostdeutsche Psychotherapeutenkammer (OPK) empfiehlt eine rasche gesetzliche Anpassung im Freistaat Thüringen.

Freiheitsentziehende Maßnahmen sind ein Eingriff in die Grundrechte jedes Einzelnen. Daher stehen sie ab einer Dauer von 30 Minuten unter Richtervorbehalt. Das Bundesverfassungsgericht hat das in seinem Urteil von 2018 nochmal bekräftigt. In dem Urteil ging es um zwei Fälle aus Bayern und Baden-Württemberg und die dort geltenden Gesetze. Durch die höchstrichterliche Rechtsprechung sind alle Bundesländer aufgefordert die entsprechenden Gesetze in ihren Bundesländern auf Rechtskonformität zu überprüfen und anzupassen. Soweit ersichtlich, wurde dies bisher, noch nicht im Freistaat Thüringen umgesetzt.

Die Aufnahme von Psychotherapeuten und Psychotherapeutinnen in **§ 14 Absatz 2 des Thüringer Gesetzes zur Hilfe und Unterbringung psychisch kranker Menschen** begrüßen wir ausdrücklich. Bereits in unseren Stellungnahmen der letzten zehn Jahre haben wir darauf hingewiesen, dass viele Aufgaben in diesem Bereich auch von Psychotherapeuten übernommen werden können. Die Feststellung von psychischen Störungen mit Krankheitswert gehört zu den Kernaufgaben der Berufsausübung von Psychologischen Psychotherapeuten (§ 1 Abs. 3 PsychThG). Auf Grund ihrer Ausbildung (staatlich geregelt nach PsychThAPrV, verordnet durch das BMG) verfügen Psychologische Psychotherapeuten auf diesem Gebiet über eine umfangreiche theoretische und praktische Ausbildung und über einschlägige Berufserfahrung.

Gleichwohl würden wir empfehlen, das **Thüringer Gesetz zur Hilfe und Unterbringung psychisch kranker Menschen und zur Änderung des Thüringer Maßregelvollzugsgesetzes (Gesetz zur notwendigen Ausgestaltung des Richtervorbehalts)** zeitnah voranzubringen. Bereits im Jahr 2017

gab es erste Hinweise von Seiten des Thüringer Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie (TMASGFF), dass eine umfassende Novellierung angestrebt wird. Die Ostdeutsche Psychotherapeutenkammer hat ihre Anmerkungen dazu 2017 an die entsprechende Abteilung im TMASGFF übersandt.

Wir bitten um Verständnis, dass wir nicht auf den vorliegenden Fragenkatalog eingegangen sind. Die dort aufgeworfenen Fragen sind von Seiten der OPK zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht zu beantworten, da es uns über die Sommerpause nicht möglich war, die dafür notwendige fachliche Expertise einzuholen. Im Laufe des parlamentarischen Verfahrens würden wir dazu gerne nochmal Stellung nehmen.

Wir bedanken uns für die Möglichkeit zur Stellungnahme und stehen für Rückmeldungen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Der Vorstand der Ostdeutschen Psychotherapeutenkammer  
Im Auftrag

Geschäftsführer

Leipzig, den 31. August 2022

Ostdeutsche Psychotherapeutenkammer  
Körperschaft des öffentlichen Rechts

Goyastraße 2d  
04105 Leipzig  
Tel. 0341 462 432 0  
Fax 0341 462 432 19  
E-Mail: [info@opk-info.de](mailto:info@opk-info.de)  
Homepage: [www.opk-info.de](http://www.opk-info.de)  
Präsident:  
Vizepräsidentin:  
Geschäftsführer:

# Formblatt zur Datenerhebung

nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetz (ThürBeteilG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilG in der Beteiligungstransparenz dokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?	
Gesetz zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur Hilfe und Unterbringung psychisch kranker Menschen und zur Änderung des Thüringer Maßregelvollzugsgesetzes (Gesetz zur notwendigen Ausgestaltung des Richtervorbehalts) Gesetzentwurf der Parlamentarischen Gruppe der FDP - Drucksache 7/5264 -	
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)
	Name
	Organisationsform
	Lannaspolizeidirektion
	Behörde
	Geschäfts- oder Dienstadresse
	Andersstrasse 38
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)
	Postleitzahl, Ort
	99084 Erfurt
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilG)
	Name
	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)
	Straße, Hausnummer
	Postleitzahl, Ort

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Zentrale Führungs-, Finanz- und Verwaltungsbehörde des Thüringer Polizei	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	Anweisung der Anwendung der gesetzlichen Vorgaben zur Erhöhung der Bekanntheit.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 31.08.2022	

# Formblatt zur Datenerhebung

nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenz dokumentations veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?

**Gesetz zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur Hilfe und Unterbringung psychisch kranker Menschen und zur Änderung des Thüringer Maßregelvollzugsgesetzes (Gesetz zur notwendigen Ausgestaltung des Richtervorbehalts)**

Gesetzentwurf der Parlamentarischen Gruppe der FDP.

- Drucksache 7/5264 -

1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)	
	Name	Organisationsform
	Helios Fachkliniken Hildburghausen GmbH	GmbH
	Geschäfts- oder Dienstadresse	Helios Fachkliniken Hildburghausen GmbH
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Elsfelder Str. 41
	Postleitzahl, Ort	98646 Hildburghausen
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	



3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Fachkrankenhaus für Psychiatrie und Psychotherapie, Psychosomatische Medizin und Psychotherapie, Kinder- und Jugendpsychiatrie, Psychosomatik und Psychotherapie, Neurologie mit Maßregelvollzug § 64 StGB und Einrichtung der Behindertenhilfe.	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	<p>Die Umsetzung der Festlegungen des vorgelegten Gesetzentwurfes würde Arbeits- und Organisationsabläufe wesentlich verbessern und rechtssicher machen. Damit würde Konfliktpotenzial bei der Lösung akuter Eskalationssituationen erheblich vermindert werden.</p> <p>Alle Formen der Anordnung besonderer Schutz- und Sicherungsmaßnahmen der Untergebrachten, bedürfen in den Thüringer Maßregelvollzügen aktuell der vorherigen Zustimmung eines/r Interventionsbeauftragten. Diese Regelung erfordert nicht nur einen erheblichen Arbeitsaufwand, doch auch für den verantwortlichen Arzt, sondern stößt zugleich empfindlich die Organisationsabläufe.</p> <p>Die Anordnung von besonderen Sicherungsmaßnahmen bedarf nicht unbedingt einer ärztlichen Qualifikation, aber einer breiten psychiatrischen und psychotherapeutischen Erfahrung durch eine mehrjährige Tätigkeit im Maßregelvollzug.</p> <p>Nach den vorliegenden Erfahrungen können zusätzliche Kosten anfallen. Die Einrichtungen gehen davon aus, dass für die 1:1-Betreuung Fachpersonal erforderlich ist, aber es keine examinierten Pflegekräfte sein müssen. Die Kosten würden dann steigen, wenn die Forderung bestünde, examiniertes Pflegepersonal einzustellen, um erhöhten Personalbedarf abzudecken.</p> <p>Anmerkung: In medizinisch begründeten Ausnahmefällen muss es weiterhin möglich sein, eine 1:1-Betreuung mittels Videoüberwachung durchführen zu können.</p>	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> Ja (Hinweis: weiter mit Frage 6) <input type="checkbox"/> nein	
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> Ja <input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)	
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBefellDokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Hildburghausen, 25.08.2022	

**Formblatt zur Datenerhebung**  
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Betellgentransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Betellgentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Betellgentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
<b>Gesetz zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur Hilfe und Unterbringung psychisch kranker Menschen und zur Änderung des Thüringer Maßregelvollzugsgesetzes (Gesetz zur notwendigen Ausgestaltung des Richtervorbehalts)</b> Gesetzentwurf der Parlamentarischen Gruppe der FDP - Drucksache 7/5264 -											
<b>1.</b>	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Ökumenisches Hainich Klinikum</td> <td style="padding: 5px;">gGmbH</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="padding: 5px;"></td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="padding: 5px;">Pfafferode 102</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="padding: 5px;">99974 Mühlhausen</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Ökumenisches Hainich Klinikum	gGmbH	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Pfafferode 102	Postleitzahl, Ort	99974 Mühlhausen
	Name	Organisationsform									
	Ökumenisches Hainich Klinikum	gGmbH									
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Pfafferode 102									
Postleitzahl, Ort	99974 Mühlhausen										
<b>2.</b>	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)</small>										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;"></td> <td style="padding: 5px;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="padding: 5px;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse      <input type="checkbox"/> Wohnadresse  <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Straße, Hausnummer</td> <td style="padding: 5px;"></td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="padding: 5px;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Fachkrankenhaus für Psychiatrie und Psychotherapie, Psychosomatische Medizin und Psychotherapie, Kinder- und Jugendpsychiatrie, Psychotherapie und Psychosomatik, Neurologie, Forensische Psychiatrie § 63 StGB und Einrichtungen der Jugendhilfe, Eingliederungshilfe und Pflegeheim	
	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
4.	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	Die Umsetzung der Festlegungen des vorgelegten Gesetzentwurfes würde Arbeits- und Organisationsabläufe wesentlich verbessern und rechtssicher machen. Damit würde Konfliktpotenzial bei der Lösung akuter Eskalationssituationen erheblich vermindert werden. Alle Formen der Anordnung besonderer Schutz- und Sicherungsmaßnahmen der Untergebrachten, bedürfen in den Thüringer Maßregelvollzügen aktuell der vorherigen Zustimmung eines/r Interventionsbeauftragten. Diese Regelung erfordert nicht nur einen erheblichen Arbeitsaufwand, doch auch für den verantwortlichen Arzt, sondern stört zugleich empfindlich die Organisationsabläufe. Die Anordnung von besonderen Sicherungsmaßnahmen bedarf nicht unbedingt einer ärztlichen Qualifikation, aber einer breiten psychiatrischen und psychotherapeutischen Erfahrung durch eine mehrjährige Tätigkeit im Maßregelvollzug. Nach den vorliegenden Erfahrungen können zusätzliche Kosten anfallen. Die Einrichtungen gehen davon aus, dass für die 1:1-Betreuung Fachpersonal erforderlich ist, aber es keine examinierten Pflegekräfte sein müssen. Die Kosten würden darin steigen, wenn die Forderung bestünde, examiniertes Pflegepersonal einzustellen, um erhöhten Personalbedarf abzudecken. Anmerkung: In medizinisch begründeten Ausnahmefällen muss es möglich sein, eine 1:1-Betreuung mittels Videoüberwachung durchführen zu können.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Mühlhausen, 25.08.2022	

**Formblatt zur Datenerhebung  
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenz dokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
<b>Gesetz zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur Hilfe und Unterbringung psychisch kranker Menschen und zur Änderung des Thüringer Maßregelvollzugsgesetzes (Gesetz zur notwendigen Ausgestaltung des Richtervorbehalts)</b> Gesetzentwurf der Parlamentarischen Gruppe der FDP - Drucksache 7/5264 -											
<b>1.</b>	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Asklepios Fachklinikum Stadtroda GmbH</td> <td style="padding: 5px;">GmbH</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="padding: 5px;">Asklepios Fachklinikum Stadtroda GmbH</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="padding: 5px;">Bahnhofstraße 1a</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="padding: 5px;">07646 Stadtroda</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Asklepios Fachklinikum Stadtroda GmbH	GmbH	Geschäfts- oder Dienstadresse	Asklepios Fachklinikum Stadtroda GmbH	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Bahnhofstraße 1a	Postleitzahl, Ort	07646 Stadtroda
Name	Organisationsform										
Asklepios Fachklinikum Stadtroda GmbH	GmbH										
Geschäfts- oder Dienstadresse	Asklepios Fachklinikum Stadtroda GmbH										
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Bahnhofstraße 1a										
Postleitzahl, Ort	07646 Stadtroda										
<b>2.</b>	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 6 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)</small>										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;"></td> <td style="padding: 5px;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="padding: 5px;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse      <input type="checkbox"/> Wohnadresse  <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Straße, Hausnummer</td> <td style="padding: 5px;"></td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="padding: 5px;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
Name	Vorname										
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>											
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Fachklinikum für Psychiatrie und Neurologie mit den Fachabteilungen Klinik für Psychiatrie/PT, Gerontopsychiatrie und Suchterkrankungen; Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie, Psychosomatik und PT; Klinik für Neurologie, Schmerztherapie und Schlafmedizin; Klinik für Psychosomatische Medizin und Psychotherapie und Klinik für Forensische Psychiatrie	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	<p>Die Umsetzung der Festlegungen des vorgelegten Gesetzentwurfes würde Arbeits- und Organisationsabläufe wesentlich verbessern und rechtssicher machen. Damit würde Konfliktpotential bei der Lösung akuter Eskalationssituationen erheblich vermindert werden.</p> <p>Alle Formen der Anordnung besonderer Schutz- und Sicherungsmaßnahmen der Untergebrachten bedürfen in den Thüringer Maßregelvollzugs aktuell der vorherigen Zustimmung eines/r Interventionsbeauftragten. Diese Regelung erfordert nicht nur einen erheblichen Arbeitsaufwand, doch auch für den verantwortlichen Arzt, sondern stört zugleich empfindlich die Organisationsabläufe.</p> <p>Die Anordnung von besonderen Sicherungsmaßnahmen bedarf nicht unbedingt einer ärztlichen Qualifikation, aber einer breiten psychiatrischen und psychotherapeutischen Erfahrung durch eine mehrjährige Tätigkeit im Maßregelvollzug.</p> <p>Nach den vorliegenden Erfahrungen können zusätzliche Kosten anfallen. Die Einrichtungen gehen davon aus, dass für die 1:1 Betreuung Fachpersonal erforderlich ist, aber es keine examinierten Pflegekräfte sein müssen. Die Kosten würden dann steigen, wenn die Forderung bestünde, examiniertes Pflegepersonal einzustellen, um erhöhten Personalbedarf abzudecken.</p> <p>Anmerkung: In medizinisch begründeten Ausnahmefällen muss es weiterhin möglich sein, eine 1:1 Betreuung mittels Videoüberwachung durchführen zu können.</p>	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6) <input type="checkbox"/> nein	
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja <input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)	
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeleiddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Stadtlroda, 31.08.2022	



Ökumenisches Hainich Klinikum gGmbH  
Pfafferode 102  
99974 Mühlhausen

Helios Fachkliniken Hildburghausen GmbH  
Elsfelder Straße  
98646 Hildburghausen

Asklepios Fachklinikum Stadtroda GmbH  
Bahnhofstraße 1a  
07646 Stadtroda

Thüringer Landtag

Jürgen-Fuchs-Str. 1  
99096 Erfurt

Thüringer Landtag

Z u s c h r i f t

7/2130

zu Drs. 7/5264

Per E-Mail: [poststelle@thueringer-landtag.de](mailto:poststelle@thueringer-landtag.de)

Ihre Nachricht vom 15.07.2022

25.08.2022

**Gesetzesentwurf der Parlamentarischen Gruppe der FDP Drucksache 7/5264  
Anhörungsverfahren gemäß § 79 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtags  
hier: Gemeinsame Stellungnahme der Thüringer Fachkrankenhäuser mit Maßregelvollzug**

Sehr geehrte Frau  
sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit bedanken wir uns für die Gelegenheit, zu dem Antrag der FDP und zu dem Fragenkatalog der CDU-Fraktion zu o.g. Thematik eine Stellungnahme abgeben zu können. Da uns die Abstimmung zwischen den drei Thüringer Fachkliniken mit Maßregelvollzügen in dieser wichtigen Thematik von Vorteil erschien, bitten wir Sie um Verständnis, dass wir nachfolgend inhaltlich mit dieser Stellungnahme übereinstimmen.

Wir unterstützen grundsätzlich die Zielstellung des o. g. Antrags und begrüßen die Erörterung der aufgeführten Fragestellungen.

Zu den Fragen nehmen wir im Einzelnen wie folgt Stellung:

1. Der vorgelegte Gesetzentwurf basiert auf den Feststellungen der Urteile des 2. Senats des Bundesverfassungsgerichtes vom 24. Juli 2018 (2 BvR 309/15, 2 BvR 309/16). Eine derartige Einschätzung können wir nicht abschließend vornehmen, da dies einer juristischen Einschätzung bedarf.

Da die Erreichbarkeit der Gerichte auch in der Nacht sowie an Wochenenden und Feiertagen gegeben sein muss, ist es notwendig, dies gleichfalls gesetzlich zu regeln.

2. Die Umsetzung der Festlegungen des vorgelegten Gesetzentwurfes würde Arbeits- und Organisationsabläufe wesentlich verbessern und rechtssicherer machen. Damit würde Konfliktpotenzial bei der Lösung akuter Eskalationssituationen erheblich vermindert werden.

Begründung:

Alle Formen der Anordnung besonderer Schutz- und Sicherungsmaßnahmen, wie die Einschränkung des Aufenthaltes im Freien zusammen mit anderen Untergebrachten, die Wegnahme von Gegenständen, die Absonderung in einem besonderen Raum oder bei erhöhter Fluchtgefahr die Fesselung bei der Ausführung, Vorführung oder einem Transport bedürfen in Thüringer Maßregelvollzügen aktuell der vorherigen Zustimmung eines/r Interventionsbeauftragten. Bei Gefahr in Verzug ist die Zustimmung des/r Interventionsbeauftragten unverzüglich nachzuholen.

Diese Regelung erfordert nicht nur einen erheblichen Arbeitsaufwand, auch für den verantwortlichen Arzt, sondern stört zugleich empfindlich die Organisationsabläufe.

Allein aus der Problematik, dass, wenn der verantwortliche Facharzt auf der Basis seiner Sach- und Fachkunde bei einem Untergebrachten die gegenwärtige erhebliche Selbst- oder Fremdgefährdung oder die gegenwärtige erhebliche Gefährdung der Rechtsgüter Dritter festgestellt hat, er den Interventionsbeauftragten am Telefon davon jedoch nicht überzeugen kann, und dieser die Zustimmung nicht erteilt, kann sich ein Dilemma entwickeln. Dies besteht darin, dass sich der verantwortliche Facharzt generell bzw. im Einzelfall nicht mehr traut, die besonderen Schutz- und Sicherungsmaßnahmen anzuordnen, obschon er überzeugt ist, dass aufgrund eines psychopathologischen Ausnahmezustandes beim Untergebrachten eine erhebliche Selbst- und Fremdgefährdung besteht.

Ordnet er die besonderen Schutz- und Sicherungsmaßnahmen nicht an, weil er die Zustimmung des Interventionsbeauftragten nicht erreichen konnte, und begeht der Untergebrachte im Nachgang einen Suizid, so übernimmt der Interventionsbeauftragte nicht die Verantwortung. Die Verantwortlichkeit bleibt beim behandelnden Facharzt.

Bezüglich der besonderen Schutz- und Sicherungsmaßnahmen ist es unzureichend, dass Fesselungen nur bei zusätzlicher, erhöhter Fluchtgefahr verhängt werden können und die Fesselung bei einer Ausführung, Vorführung oder beim Transport eines Untergebrachten bisher nur dann erlaubt sind. Erfahrungsgemäß besteht auch bei Untergebrachten mit sehr hohem Aggressionspotential und nicht

einschätzbaren impulshaften Handlungen die Notwendigkeit einer Fesselung bei Ausführungen, Vorführungen und Transporten, auch ohne dass erhöhte Fluchtgefahr besteht. Dies ist erforderlich, um Verletzungen des begleitenden Personals zu vermeiden.

§ 14 ThürMRVG (neu) sieht vor, dass die besonderen Sicherungsmaßnahmen nach Abs. 1 Nummer 1-4 durch die fachliche Einrichtungsleitung, eine zuständige Ärztin oder einen zuständigen Arzt oder eine zuständige Psychotherapeutin oder einen zuständigen Psychotherapeuten angekündigt und angeordnet werden können. Die Zustimmung des Interventionsbeauftragten ist nicht mehr erforderlich.

Die geplante Änderung unter Abs. 2 hat dahingehend Auswirkungen, dass in Zukunft die fachliche Einrichtungsleitung (also auch eine Juristin/ein Jurist) oder der/die zuständige Arzt/Ärztin (also auch ohne Facharztanerkennung) oder eine Psychotherapeutin/ein Psychotherapeut (also auch eine Psychologin/ein Psychologe, die/der noch kein psychologischer Psychotherapeut ist) Sicherungsmaßnahmen von Abs. 1 Nr. 1-4 anordnen können soll, ist nicht angemessen. Die Anordnung von besonderen Sicherungsmaßnahmen bedarf einer breiten psychiatrischen und psychotherapeutischen Erfahrung durch eine mehrjährige Tätigkeit im Maßregelvollzug. „Zuständige Ärzte“ und „zuständige Psychotherapeuten“ könnten sonst Personen sein, die kaum oder gar nicht über klinische Erfahrungen in diesem Bereich verfügen.

Besondere Sicherungsmaßnahmen sollten nur von der Vollzugsleitung und der von ihr benannten Vertretung anzuordnen sein. Notwendigerweise muss diese Person wie oben beschrieben im Maßregelvollzug mehrjährig erfahren sein, sie kann dabei ein Facharzt/eine Fachärztin für Psychiatrie, für Kinder- und Jugendpsychiatrie, für Psychosomatik, eine Ärztin/ein Arzt ohne abgeschlossene Facharztweiterbildung, eine Psychologische Psychotherapeutin/ein Psychologischer Psychotherapeut oder eine Psychologin/ein Psychologe ohne abgeschlossene Therapieausbildung sein. Die Erweiterung der Anordnungserlaubnis auf nicht ärztliche Berufsgruppen ist aus fachlicher Sicht dringend überfällig.

Die Änderung, dass bei Gefahr im Vollzug besondere Sicherungsmaßnahmen nach Abs. 1-4 auch durch anderes therapeutisches oder pflegerisches Personal der Einrichtung angeordnet werden können soll, sind zu befürworten, selbstverständlich ist aber frühestmöglich die Vollzugsleitung bzw. die für diese Aufgaben benannte Vertretung darüber zu informieren. Die geplante Änderung einer durchgängigen 1:1-Betreuung bei Fixierungen wird aufgrund der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes schon so gehandhabt. Die durchgängige 1:1-Betreuung ist aus medizinischen und psychotherapeutischen Gründen dringend erforderlich. Die Anforderung, dass diese durch „therapeutisches oder pflegerisches Personal, dass durch Ärzte in solche Aufgaben eingewiesen wurde“ erfolgen muss, halten wir für richtig.

Aufgrund der derzeitigen Versorgungsstrukturen im Maßregelvollzug mit erheblichem Personalmangel im pflegerischen Bereich ist eine kontinuierliche 1:1-Betreuung „nur durch erfahrenes Fachpersonal“ (dies bedeutet: examinierte Fachkräfte für Pflege) aktuell schon sehr schwer zu gewährleisten, da dieses innerhalb einer Schicht immer auch für andere, medizinische Aufgaben (Ausgabe der Medikation etc.)

herangezogen werden muss. Examierte Pflegekräfte stehen auf dem Arbeitsmarkt kaum noch zur Verfügung. Ein Problem, das auch nicht durch bessere Entlohnung allein gelöst werden kann. Das „erforderliche Maß der ärztlichen Kontrolle“ während der Sicherungsmaßnahme „Fixierung“ sollte durch fachärztliche Beurteilung festgelegt werden.

Wichtig erscheint, dass in § 14 Abs. 7 ThürMRVG hingewiesen wird, dass ein Untergebrachter bei besonderen Sicherungsmaßnahmen nach Abs. 1 Nummer 3-5 auf die Möglichkeit einer nachträglichen gerichtlichen Überprüfung ihrer Zulässigkeit hinzuweisen ist.

Auch für die Mitarbeiter:innen ist im jeweiligen Kontext zu erwarten, so die Erfahrung der vergangenen 20 Jahre, dass sie erhebliche Stress- und Arbeitsbelastung erfahren, wenn sie den Untergebrachten nicht ausreichend gesichert sehen, nachdem der zuständige Arzt akute Suizidalität festgestellt hat.

3. Nach den vorliegenden Erfahrungen können zusätzlichen Kosten anfallen. Die Einrichtungen gehen davon aus, dass für die 1:1-Betreuung Fachpersonal erforderlich ist, aber es keine examinierten Pflegekräfte sein müssen. Die Kosten würden dann steigen, wenn die Forderung bestünde, examiniertes Pflegepersonal einzustellen, um den erhöhten Personalbedarf abzudecken.
4. Der vorgelegte Gesetzentwurf wird nach vorliegenden Erfahrungen keine gravierenden negativen Auswirkungen auf die im Thüringer Maßregelvollzug Untergebrachten haben. Grundsätzlich besteht dadurch die Möglichkeit einer besseren Untergebrachtenbetreuung. Allerdings könnte es zu fachlich nicht fundierten Entscheidungen kommen, wenn im Maßregelvollzug unerfahrene Ärzte, Psychologen oder Juristen Sicherungsmaßnahmen anordnen dürften, was bedeuten könnte, dass diese zu früh, zu spät oder fälschlicherweise verhängt würden.
5. Die in § 14 Abs. 1 ThürPsychKG bzw. § 26 Abs. 1 ThürMRVG genannte Einschränkung grenzt nur bei „gegenwärtigen erheblichen Selbst- oder Fremdgefährdung oder einer gegenwärtigen erheblichen Gefährdung bedeutender Rechtsgüter Dritter“ im richtigen Maße ein, in welchen Situationen besondere Sicherungsmaßnahmen nach § 14 Abs. 1 ThürPsychKG bzw. § 26 Abs. 1 ThürRVG ergriffen werden können. Die Formulierung grenzt die Situation ausreichend ein.
6. Die in § 14 ThürPsychKG bzw. § 26 ThürMRVG Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 vorgesehene Vorenthaltung von Gegenständen sollte neben der Wegnahme ausdrücklich erlaubt sein.
7. Es ist nicht erforderlich zusätzlich zu den in § 14 ThürPsychKG bzw. § 26 ThürMRVG Abs. 1 Satz 1 Nr. 1-5 genannten besonderen Sicherungsmaßnahmen weitere Maßnahmen zu nennen, wie etwa die Absonderung von anderen Patienten bzw. Untergebrachten oder die medikamentöse Ruhigstellung. Die erwähnte sogenannte „medikamentöse Ruhigstellung“ ist unnötig. Untergebrachte im Maßregelvollzug müssen nicht und werden nicht „ruhiggestellt“.

Die medikamentöse Zwangsbehandlung von Maßregelvollzugsuntergebrachten ist in § 29 ThürMRVG geregelt. Hier muss dringend eine Änderung erfolgen im Sinne einer Regelung, welche ermöglichen sollte, dass Untergebrachte „zur Erreichung des Vollzugsziels (nämlich der Sicherung der Allgemeinheit durch eine Besserung der sog. „Anlasserkrankung“ des Untergebrachten, welche für seine Gefährlichkeit ursächlich ist) zwangsbehandelt werden dürfen. Dies sollte genehmigt werden, sofern Untergebrachte im Maßregelvollzug die medikamentöse Behandlung ihrer sog. „Anlasserkrankung“ mehrfach abgelehnt haben, diesbezüglich aber nicht einwilligungsfähig sind und folglich nicht ermessen können, was eine Ablehnung für sie selbst bedeutet. Die Konsequenz wäre ein jahrelanges, reines „Verwahren und Sichern“ psychisch schwer kranker – oft junger! – Menschen im Maßregelvollzug, welche aufgrund fortbestehender Gefährlichkeit nicht gelockert werden können, da die zugrundeliegende psychiatrische Erkrankung nicht medikamentös behandelt werden kann.

Selbstverständlich müssten alle anderen Bedingungen für medikamentöse Zwangsbehandlungen (wie z.B. Nutzen-Schaden-Abwägung, mehrmalige Ablehnung der oralen Einnahme, Geeignetheit des Präparates, mildestes Mittel, fehlende ablehnende Patientenverfügung etc.) erfüllt sein.

8. Die Lösung stellt sich rechtssicher und praktikabel dar.
9. Eine für den Untergebrachten verständliche Ankündigung (§ 26 Abs. 2 ThürMRVG) und Nachbesprechung (§ 14 Abs. 6 ThürPsychKG bzw. § 26 Abs. 7 ThürMRVG) der besonderen Sicherungsmaßnahmen nach § 14 Abs. 1 ThürPsychKG bzw. § 26 Abs. 1 ThürMRVG sollte gesetzlich fixiert werden. Dies ist bereits im Thüringer Maßregelvollzugsgesetz geregelt.
10. Angepasstes Dokumentationsblatt vor Ort in den Thüringer Maßregelvollzügen in Abstimmung mit den Interventionsbeauftragten. Dieses sollte schriftlich erfolgen und folgende Inhalte umfassen:
  - Beginn der Fixierung
  - Ende der Fixierung
  - Grund für die Fixierung
  - Dauer der Fixierung
11. Die Regelungen in § 14 ThürPsychKG und § 26 ThürMRVG sollten generell synchronisiert werden.

#### Weitere Anmerkungen zum Entwurf:

In medizinisch begründeten Ausnahmefällen muss es weiterhin möglich sein, eine 1:1-Betreuung mittels Videoüberwachung durchführen zu können.

Im Übrigen wird ausdrücklich begrüßt, dass die 1:1-Betreuung nicht nur von examiniertem Pflegepersonal, sondern auch von ärztlich eingewiesenem Personal übernommen werden kann.

Mit freundlichen Grüßen

Geschäftsführer  
Ökumenisches Hainich  
Klinikum gGmbH

Geschäftsführerin  
Helios Fachkliniken  
Hildburghausen GmbH

Geschäftsführer  
Asklepios Fachklinikum  
Stadtroda GmbH

22676/2022

**Formblatt zur Datenerhebung  
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Zu welchem <b>Gesetzentwurf</b> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?		
Gesetz zur Änderung des ThürPsychKG und des Thüringer Maßregelvollzugsgesetzes (Ausgestaltung des Richtervorbehalts) hier: Gesetzentwurf der Parlamentarischen Gruppe der FDP in Drs. 7/5264-		
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer <b>juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2, Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)	
	Name	Organisationsform
	Thüringischer Landkreistag	e.V.
	Geschäfts- oder Dienstadresse	
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Richard-Breslau-Str. 13
	Postleitzahl, Ort	99094 Erfurt
2.	Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	

3.	Was ist der <b>Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Kommunaler Spitzenverband i.S.v. §§ 126, 127 ThürKO, Art. 91 Abs. 4 ThürVerf	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Bewertung des Gesetzentwurfes aus kreislicher Perspektive	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem <b>Anlass</b> haben Sie sich geäußert?	
	In welcher <b>Form</b> haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich <b>als Anwaltskanzlei im Auftrag</b> eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren <b>Auftraggeber!</b>	



7.	<b>Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu?</b> (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

<b>Ort, Datum</b> Erfurt, den 13.09.2022	
---	--

#### **4. Eigeninitiativ eingebrachte Beiträge**

**Die folgenden natürlichen und juristischen Personen haben sich eigeninitiativ beteiligt.**

Verband kommunaler Gesundheitseinrichtungen e.V.

**Die Beiträge der Beteiligten sind in der Beteiligentransparenzdokumentation nur enthalten, wenn die Zustimmung zur Veröffentlichung erteilt wurde.**

**Formblatt zur Datenerhebung  
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligtransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Zu welchem <b>Gesetzentwurf</b> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
<b>Gesetz zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur Hilfe und Unterbringung psychisch kranker Menschen und zur Änderung des Thüringer Maßregelvollzugsgesetzes (Gesetz zur notwendigen Ausgestaltung des Richtervorbehalts)</b> Gesetzentwurf der Parlamentarischen Gruppe der FDP - Drucksache 7/5264 -											
1.	Haben Sie sich als <b>juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td></td> <td>Verband Kommunaler Gesundheitseinrichtungen e. V.</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Lindigallee 3</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>36433 Bad Salzungen</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform		Verband Kommunaler Gesundheitseinrichtungen e. V.	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Lindigallee 3	Postleitzahl, Ort	36433 Bad Salzungen
	Name	Organisationsform									
		Verband Kommunaler Gesundheitseinrichtungen e. V.									
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Lindigallee 3									
Postleitzahl, Ort	36433 Bad Salzungen										
2.	Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse      <input type="checkbox"/> Wohnadresse            (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)         </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3.	<b>Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	1. Umsetzung der Vorgaben des BVerfG ist wichtig. Über diese Vorgaben hinaus sollte die angestrebte Anpassung jedoch nicht gehen. 2. Synchronisierung bei den Fixierungen ist denkbar, ansonsten ist das unterschiedliche Patientenkontext bei den Regelungen zu berücksichtigen. Regulär psychisch kranke Menschen, die nach ThürPsychKG untergebracht sind, mit den Regeln des Maßregelvollzuges zu konfrontieren, ist kritisch zu sehen. 3. Beantwortung des Fragenkatalogs der CDU-Fraktion;	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input checked="" type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem <b>Anlass</b> haben Sie sich geäußert?	
	Der Verband kommunaler Gesundheitseinrichtungen e.V. ist stimmberechtigtes Mitglied im Planungsausschuss des Freistaates Thüringen. Im Mitgliedsbereich gibt es psychiatrische und psychosomatische Kliniken, die von der Gesetzesinitiative betroffen sind. Insoweit ist eine Stellungnahme des Verbandes aus Sicht der fachlich-inhaltlichen Beteiligten erfolgt.	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail	<input checked="" type="checkbox"/> per Brief
6.	Haben Sie sich als <b>Anwaltskanzlei im Auftrag</b> eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren <b>Auftraggeber</b> !	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Bad Salzungen, 12.09.2022	

Verband kommunaler  
Gesundheitseinrichtungen e.V.  
Lindgallee 3 • 36433 Bad Salzungen  
Tel. 0 36 95 / 64-10 01  
Fax 0 36 95 / 64-10 02



Verband  
kommunaler  
Gesundheits-  
einrichtungen e.V.

Verband kommunaler Gesundheitseinrichtungen e.V.  
Lindigallee 3, 36433 Bad Salzungen

Geschäftsadresse:  
Lindigallee 3  
36433 Bad Salzungen

Thüringer Landtag  
Ausschuss für Soziales, Arbeit, Gesundheit  
und Gleichstellung  
Jürgen-Fuchs-Straße 1  
99096 Erfurt

Kenntnisnahme: 7/745  
zu Drs. 7/5264

Tel.: 03695 641001  
Fax: 03695 641002  
www.vkgev.org

Per E-Mail: [poststelle@thueringer-landtag.de](mailto:poststelle@thueringer-landtag.de)

Ihr Zeichen/  
Ihre Nachricht vom

Unser Zeichen/  
Unsere Nachricht vom

Durchwahl  
03695/64-

Telefax  
03695/64-

Bad Salzungen, den

10 01

10 02

01.09.2022

**Anhörungsverfahren gemäß § 79 der Geschäftsordnung des Thüringer  
Landtages zum  
Gesetz zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur Hilfe und Unterbringung  
psychisch kranker Menschen und zur Änderung des Thüringer Maßregelvoll-  
zugsgesetzes (Gesetzesentwurf der Parlamentarischen Gruppe der FDP)**

Sehr geehrte Damen und Herren,

zunächst bitten wir, die verspätete Abgabe zu entschuldigen. Ich hoffe, dass Sie auch mit einem Tag Verzug die Rückmeldung eines stimmberechtigten Mitglieds im Landesplanungsausschuss berücksichtigen können.

Bezüglich der vorliegenden Gesetzesinitiative der FDP-Fraktion zur Anpassung des Thüringer Gesetzes zur Hilfe und Unterbringung psychisch kranker Menschen und zur Änderung des Thüringer Maßregelvollzugsgesetzes möchten wir wie folgt Stellung nehmen:

Grundsätzlich ist eine Konkretisierung der Landesregeln in Bezug auf die Inhalte des Bundesverfassungsgerichtsurteils vom 24.07.2018 zu begrüßen. Dabei sollte man sich auf die darin beschriebenen Inhalte konzentrieren und nicht noch weiterreichende Regelungen treffen. In Beantwortung des Fragenkataloges der CDU-Fraktion haben wir dies weiter konkretisiert und mit Beispielen aus dem Psychiatriebereich unseres Mitgliedsbereiches unterlegt.

Darüber hinaus möchten wir darauf hinweisen, dass die Unterbringung und der Maßregelvollzug unterschiedliche Sachverhalte darstellen. Wir möchten darauf hinweisen, dass wir es bei den Patienten, die nach dem Gesetz zur Hilfe und Unterbringung psychisch kranker Menschen untergebracht werden, um Patienten handelt, die ein medizinisches Problem haben.

Amtsgericht Bad Salzungen  
VR-Nr. 300813  
St.-Nr.: 157/143/00161

1. Vorsitzender:  
2. Vorsitzender:

Im Maßregelvollzug haben wir es mit Personen zu tun, die eine Straftat begangen haben. Auch wenn diese Taten mit einer ebenfalls vorliegenden psychischen Erkrankung einhergehen, gibt es aus unserer Sicht unterschiedliche Bewertungen. Insofern ist eine enge Verzahnung nicht sinnvoll. Das Stichwort *Stigmatisierung* sei hier genannt.

Den Fragenkatalog der CDU-Fraktion haben wir in der Anlage 1 beantwortet.

Sollten Sie weitere Fragen haben, stehe ich Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

1. Vorsitzender

Anlage

## Fragenkatalog zur schriftlichen Anhörung zum Gesetzentwurf in Drucksache 7/5264

### 1. Entspricht der vorgelegte Gesetzentwurf Ihrer Ansicht nach dem Verfassungsgerichtsurteil vom 24. Juli 2018? Welche Änderungen halten Sie für notwendig?

Das Bundesverfassungsgericht hat sicherlich eine wegweisende Entscheidung zur Frage getroffen, ob Fixierungen von öffentlich-rechtlich untergebrachten Patienten einer richterlichen Genehmigung bedürfen. Klar geregelt wurde dies jedoch nur für die 5- und 7-Punkt-Fixierung. Ebenso wurde allgemein Stellung genommen zu den rechtlichen Voraussetzungen von freiheitsbeschränkenden Maßnahmen. Das BVerfG bezieht sich dabei in seinem Urteil lediglich auf das baden-württembergische PsychKG und das bayrische UnterbrG.

Laut BVerfG ist der Artikel 104 Abs. 2 des Grundgesetzes jedoch unmittelbar geltendes und anzuwendendes (Bundes-)Recht. Das heißt, der Richtervorbehalt bei der Anordnung oder Genehmigung einer Freiheitsentziehung gilt bundesweit, somit auch jetzt schon in Thüringen.

Wichtig wäre die Klärung, was zählt zu freiheitsbeschränkenden Maßnahmen und was zu freiheitsentziehenden Maßnahmen in einem schon bestehenden Freiheitsentziehungsverhältnis und dies auch in Orientierung am Urteil des BVerfG im ThürPsychKG getrennt aufzuführen (z.B. besondere Sicherungsmaßnahmen *und* besondere Sicherungsmaßnahmen mit Richtervorbehalt). Das Urteil des BVerfG (siehe Gründe 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75) gibt hier eine eindeutige Klärung vor.

Freiheitsentziehende Maßnahmen, die zu einer Verschärfung des Vollzuges der Unterbringung führen, sind die 5 und 7-Punkt-Fixierung, da die Bewegungsfreiheit in jede Richtung aufgehoben ist. Bei allen anderen besonderen Sicherungsmaßnahmen, einschließlich einer 3-Punkt-Fixierung, ist ein Bewegungsspielraum für den Untergebrachten möglich.

In dem Gesetzentwurf § 14 Abs. 5 Satz 1 bedarf es einer Klärung des Begriffes „weitgehend“. Hier sollte Eindeutigkeit und Konformität mit dem Urteil des BVerfG hergestellt werden; lediglich der Begriff „vollständig aufgehoben“ deckt sich mit dem Urteil.

### 2. Welche Auswirkung hat der vorgelegte Gesetzentwurf auf die Arbeits- und Organisationsabläufe in den Einrichtungen des Maßregelvollzuges in Thüringen? Welche Auswirkung hat der Gesetzentwurf auf Personal und den wirtschaftlichen Betrieb der Einrichtung?

Der Arbeits- und Organisationsaufwand in den psychiatrischen Kliniken wird sich erheblich steigern.

Aus dem Gesetzentwurf § 14 Abs. 5 Satz 1 geht hervor, dass **jede besondere Sicherungsmaßnahme nach Abs. 1 Nr. 5** einer richterlichen Anordnung unterliegt, d.h. nicht nur eine 5- und 7-Punkt-Fixierung, sondern angefangen ab 3-Punkt-Fixierung. Dies geht über das Urteil des BVerfG hinaus! Unweigerlich führt dies zu einer Flut an Anträgen beim zuständigen Gericht.

Der Richtervorbehalt führt zu 2 Anträgen beim zuständigen Gericht: ein Antrag auf Unterbringung nach ThürPsychKG beim SpDi mit Weiterleitung nach Anhörung zum Gericht und ein Antrag auf Genehmigung einer 5- oder 7-Punkt-Fixierung (laut Gesetzentwurf)



jegliche Fixierung) mit zeitlichen Mehraufwand für Ärzte, Schreibdienst (in den Kliniken) und Gerichte.

In einer Klinik im Mitgliedsbereich gibt es exemplarisch pro Jahr zwischen 90-105 Unterbringungen nach ThürPsychKG mit entsprechender Beantragung. Im Jahr 2021 wurden in der Klinik 1.991 Menschen behandelt, davon mussten 118 Menschen fixiert werden. Nach dem vorgelegten Gesetzentwurf bedeutet dies 118 Beantragungen einer Genehmigung einer besonderen Sicherungsmaßnahme nach §14 Abs. 1 Nr. 5. In der Summe sind mehr als 200 Anträge (Unterbringung nach ThürPsychKG und Antrag auf Genehmigung einer Fixierung) zu stellen.

Im Gesetzentwurf steht im § 14 Abs. 4 Satz 2: „bei Sicherungsmaßnahmen nach Absatz 1 Nr. 5 ist **grundsätzlich** eine Eins-zu-Eins-Betreuung durch ... zu gewährleisten“. Das heißt, alle fixierten Patienten bedürfen einer Eins-zu-Eins-Betreuung. Im Urteil des BVerfG (siehe Gründe 83) ist eine Eins-zu-Eins-Betreuung bei einer 5-Punkt- und 7-Punkt-Fixierung zu gewährleisten. Der Gesetzentwurf geht also über das Urteil des BVerfG hinaus.

Laut der eigenen, in der oben beschriebenen Klinik, statistischen Erfassung aller Fixierungsmaßnahmen (3/4/5/7-Punkt-Fixierung) ergibt sich im Zeitraum von 2010 bis 2021 eine durchschnittliche Fixierungszeit im Jahr von 12.593 Stunden. Bei einer Nettoarbeitszeit der Pflege von 1.650 Stunden im Jahr wird ein Mehrbedarf von 7,6 VK Pflegekräften zur Eins-zu-Eins-Betreuung benötigt. Bei dem derzeitigen und anhaltenden Personalnotstand in der Pflege ist dies kritisch zu sehen. Es wird dazu führen, dass die Regelversorgung zu Gunsten dieser Betreuungsvorgabe reduziert wird. Das bedeutet Schließung von Betten und Reduzierung der notwendigen Versorgung.

### **3. Welche Kosten fallen an?**

Nur für den klinischen Bereich fallen die Personalkosten für die zusätzlichen Pflegekräfte an. Zu berücksichtigen ist aber auch der erhebliche Mehraufwand für die Ärzte, Psychologen, Schreibdienst und Gerichte. Allein die Beantragung einer Unterbringung nach ThürPsychKG über alle daran beteiligten Berufsgruppen in der Klinik dauert 1,5 bis 2 Stunden, hinzu kommen 1-2 Stunden für die Beantragung einer besonderen Sicherungsmaßnahme. Bei unter Frage 2 genannten Zahlen und zur Veranschaulichung und Berechnung: 100 Unterbringungen nach ThürPsychKG und 100 Anträge auf Genehmigung einer besonderen Sicherungsmaßnahme mit je 1,5 Stunden = 300 Stunden (bei einer monatlichen Arbeitszeit von 160 Stunden bedeutet das für die Klinik knapp 2 Monate im Jahr werden nur für die entsprechenden Beantragungen benötigt).

Dabei ist zu berücksichtigen, dass diese Regelungen im Thüringer Landesgesetz, von den Kostenträgern nicht akzeptiert werden. Eine Refinanzierung für diese zusätzlichen Leistungen findet de facto nicht statt.

### **4. Welche Auswirkungen hat der vorgelegte Gesetzentwurf auf die im Thüringer Maßregelvollzug Untergebrachten?**

Hierzu möchten wir keine Stellungnahme abgeben, da im Mitgliedsbereich keine Kliniken im Maßregelvollzug tätig sind.

5. **Grenzt die in § 14 Abs. 1 ThürPsychKG bzw. 26 Abs. 1 ThürMRVG genannte Einschränkung, nur bei „gegenwärtigen erheblichen Selbst- oder Fremdgefährdung oder einer gegenwärtigen Gefährdung bedeutender Rechtsgüter Dritter“ im richtigen Maße ein, in welchen Situationen besondere Sicherungsmaßnahmen nach § 14 Abs. 1 ThürPsychKG bzw. § 26 Abs. 1 ThürMRVG ergriffen werden können?**

Ja.

6. **Sollte in § 14 ThürPsychKG bzw § 26 ThürMRVG Abs. 1 Satz 1 Nr.2 neben der Wegnahme auch die Vorenthaltung von Gegenständen ausdrücklich erlaubt sein?**

Ja. Die Wegnahme von Gegenständen bezieht sich überwiegend auf durch den Patienten mitgebrachte Gegenstände (Eigentum des Patienten). Die Vorenthaltung bezieht sich überwiegend auf vorhandene Gegenstände auf Station. Formalrechtlich sollte es deshalb aufgeführt werden. Sowohl im BayPsychKHG als auch in Baden-Württemberg ist dies gesetzlich verankert.

7. **Sollten zusätzlich zu den in § 14 ThürPsychKG bzw. § 26 ThürMRVG Abs. 1 Satz 1 Nr. 1-5 genannte besondere Sicherungsmaßnahmen weitere Maßnahmen genannt werden, wie die Absonderung von anderen Patienten oder die medikamentöse Ruhigstellung?**

Im klinischen Alltag geht die Absonderung in einen besonderen Raum (§ 14 ThürPsychKG Abs. 1 Nr. 3) zwangsläufig mit einer Absonderung von anderen Patienten einher.

Eine vorübergehende medikamentöse Ruhigstellung kann ggf. ein milderes und weniger traumatisierendes Mittel als eine Fixierung bedeuten. Sie stellt jedoch auch eine freiheitsbeschränkende Maßnahme und damit Sicherungsmaßnahme dar, aber die medikamentöse Ruhigstellung ist nicht mit einer vollständigen aufgehobenen Bewegungsfreiheit in jede Richtung verbunden.

8. **Ist die Lösung rechtssicher und praktikabel, besondere Sicherungsmaßnahmen nach § 14 Abs. 1 ThürPsychKG bzw. § 26 Abs. 1 ThürMRVG durch zuständige Ärzte oder Psychotherapeuten schriftlich anordnen zu lassen?**

Hinsichtlich der Rechtssicherheit bedarf es einer juristischen Einschätzung. Die schriftliche Anordnung besonderer Sicherungsmaßnahmen durch Ärzte/Psychotherapeuten /Psychologen nach § 14 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3 ThürPsychKG ist praktikabel. Die schriftliche Anordnung besonderer Sicherungsmaßnahmen § 14 Abs. 1 Satz 1 Nr. 4 und 5 sollte nur durch Ärzte erfolgen.

9. **Sollte eine für den Patienten verständliche Ankündigung (§ 26 Abs. 2 ThürMRVG) und Nachbesprechung (§ 14 Abs. 6 ThürPsychKG bzw. § 26 Abs. 7 ThürMRVG) der besonderen Sicherungsmaßnahmen nach § 14 Abs. 1 ThürPsychKG bzw. § 26 Abs. 1 ThürMRVG gesetzlich fixiert werden?**

Die Ankündigung von besonderen Sicherungsmaßnahmen nach ThürPsychKG kann in Abhängigkeit des psychischen Befindens bei dem Betroffenen gegebenenfalls seine Bedarfe

und Wünsche berücksichtigen sowie das Mitspracherecht hinsichtlich einer kooperativen Entscheidungsfindung, welche Sicherungsmaßnahme zur Anwendung kommen soll, stärken.

Die Nachbesprechung besonderer Sicherungsmaßnahmen ist in manchen Bundesländern gesetzlich verankert und ist: "... ein Mittel die Erfahrungen und Sichtweisen des psychisch kranken Menschen zu berücksichtigen, präventive Maßnahmen zu vereinbaren, emotional zu entlasten und das möglicherweise traumatisierende Ereignis zu verarbeiten." (S3 Leitlinie „Verhinderung von Zwang: Prävention und Therapie aggressiven Verhaltens bei Erwachsenen“, 13.6 Nachbesprechung von aggressivem Verhalten und freiheitsbeschränkender Maßnahmen).

**10. In welcher Form sollte die Dokumentation (§ 14 Abs. 7 ThürPsychKG bzw. § 26 Abs. 8 ThürMRVG) erfolgen und welche Inhalte der Dokumentation sind gesetzlich zu fixieren?**

Dokumentation:

- der Art der besonderen Sicherungsmaßnahme
- der Dauer der besonderen Sicherungsmaßnahme
- regelmäßige Kontrollen und Überprüfung der besonderen Sicherungsmaßnahme durch Ärzte/Pflege

Die Art der Dokumentation obliegt den Kliniken. In der Regel gibt es dafür entsprechende Dokumentationsbögen für §14 Nr. 3, 4 ThürPsychKG (Gesetzentwurf §14 Nr. 3, 5). Die Anordnung besonderer Sicherungsmaßnahmen nach §14 Nr. 1, 2 ThürPsychKG (Gesetzentwurf §14 Nr. 1, 2) werden in der Patientenakte dokumentiert.

Die Dokumentation der Nachbesprechung sollte in der Patientenakte erfolgen mit folgenden Inhalten:

- Datum und Uhrzeit des Gespräches
- anwesende Personen
- welche Sicherungsmaßnahmen kamen zur Anwendung mit welcher Begründung
- Möglichkeit der nachträglichen gerichtlichen Überprüfung nach Abs. 1 Satz 1 Nr. 4 und 5

**11. Sollten die Regelungen in § 14 ThürPsychKG und § 26 ThürMRVG generell synchronisiert werden?**

Hier liegen 2 verschiedene Verfahrensrechtskreise vor: die öffentlich- rechtliche Unterbringung (FamFG > ThürPsychKG) und die Anwendung des Strafrechts (ThürMGVG). Ob eine Synchronisierung möglich ist, muss juristisch überprüft werden. Gesellschaftspolitisch könnte dies jedoch problematisch sein, weil es sich um psychisch kranke Menschen (ThürPsychKG) und psychisch kranke Rechtsbrecher (ThürMRVG) handelt.

## **5. Weitere Beiträge**

(Keine Dokumente vorhanden)

## **6. Diskussionsforum**

**(Keine Dokumente vorhanden)**